



**CONSIGLIO REGIONALE  
TRENTINO-ALTO ADIGE**

Ufficio resoconti consiliari

**REGIONALRAT  
TRENTINO-SÜDTIROL**

Amt für Sitzungsberichte

**ATTI  
CONSILIARI**

XIV Legislatura  
2008 - 2013

**SITZUNGSBERICHTE  
DES REGIONALRATES**

XIV Gesetzgebungsperiode  
2008 – 2013

## RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.07

**VORSITZ: PRÄSIDENTIN ZELGER THALER**  
**PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE ZELGER THALER**

**PRÄSIDENT:** Ich wünsche allen einen guten Morgen und ich ersuche um den Namensaufruf.

MUNTER: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*  
*(Segretario):(fa l'appello nominale)*

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Ich erkläre die Sitzung als eröffnet. Für den heutigen Tag haben sich die Abg. Anderle (für den Nachmittag), Civico, Mair, Mussner, Pardeller, Rudari (für den Nachmittag), Seppi, Vezzali (für den Vormittag), Widmann (für den Nachmittag) und Zanon für ihre Anwesenheit entschuldigt.

MUNTER: *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*  
*(Segretario):(legge il processo verbale)*

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Ich sehe keine Einwände zum Protokoll. Somit gilt es als genehmigt.

Wir kommen nun zu den Mitteilungen:

Am 9. Mai 2013 hat der Regionalausschuss den Gesetzentwurf Nr. 60: Änderung von Regionalgesetzen auf dem Sachgebiet der Ergänzungsvorsorge eingebracht.

Mit Schreiben vom 30. April 2013 haben die Abg. Elena Artioli und Franca Penasa mitgeteilt, dass sie ab 1. Mai 2013 der Fraktion „Team Autonomie“ angehören und dass die Fraktionssprecherin Frau Abg. Penasa ist.

Mit Schreiben vom 5. Mai 2013, eingegangen am 7. Mai 2013, haben die Abg. Mario Casna, Claudio Civettini, Luca Paternoster und Alessandro Savoi mitgeteilt, dass der neue Fraktionssprecher der Ratsfraktion „Lega Nord“ ab 1. Mai 2013 Herr Claudio Civettini ist.

Es sind folgende Anfragen mit der Bitte um schriftliche Antwort eingereicht worden:

**Nr. 212** eingebracht am 30. April 2013 vom Regionalratsabgeordneten Alessandro Urzi, um zu erfahren, aufgrund welcher juristischen Voraussetzungen der normale Schriftverkehr zwischen dem Altenheim St. Pauls in Eppan und dem Landesverband der Sozialbetreuung mit Sitz in Bozen, der sich im Namen einer Bediensteten des Altenheimes an dieses gewandt hat, von einem ad

hoc beauftragten Rechtsanwalt geführt wird, was unweigerlich zu höheren Ausgaben führt, und ob seit Dezember 2012 Personal ohne Zweisprachigkeitsnachweis in besagtem Altenheim aufgenommen wurde;

**Nr. 213** eingebracht am 30. April 2013 vom Regionalratsabgeordneten Giorgio Leonardi, um die detaillierte Aufstellung der Anzahl der Schwerfahrzeuge und der PKWs, die jährlich von 2008 bis heute die Autobahn auf der Strecke von Modena bis zum Brenner benützt haben, und die von der Brennerautobahn erhobenen Mautgebühren für jedes einzelne Jahr, von 2008 bis heute, in Erfahrung zu bringen;

**Nr. 214** eingebracht am 8. Mai 2013 vom Regionalratsabgeordneten Alessandro Urzì, um zu erfahren, aus welchem moralischen Grund die Region ihren Namen für die am 15. Mai organisierte Initiative hergegeben hat, in der ehemalige Terroristen eine Hauptrolle spielen und ob die Region nicht jede Form von offizieller Beteiligung an dieser Initiative unterlassen sollte, bei der mit purem Geschichtsrevisionismus der separatistische Terrorismus rehabilitiert werden soll, während die Leiden und Geschichten der Opfer kein Gehör finden.

Die [Anfragen](#) Nr. 100, 154, 193, 201, 202, 211 und 213 sind beantwortet worden. Die Anfragen und die entsprechende Antworten bilden integrierten Bestandteil des stenographischen Berichts über diese Sitzung.

#### COMUNICAZIONI:

In data 9 maggio 2013 è stato presentato da parte della Giunta regionale il disegno di legge n. 60: Modifica di leggi regionali in materia di previdenza integrativa.

Con nota pervenuta in data 30 aprile 2013 le Consigliere regionali Elena Artioli e Franca Penasa hanno comunicato di costituire, con decorrenza 1° maggio 2013, il Gruppo consiliare "Team Autonomie", designando quale Capogruppo la Consigliera Penasa.

Con nota di data 5 maggio 2013, pervenuta il 7 maggio 2013, i Consiglieri regionali Mario Casna, Claudio Civettini, Luca Paternoster e Alessandro Savoì hanno comunicato che il nuovo Capogruppo del gruppo consiliare "Lega Nord" a decorrere dal 1° maggio 2013 è il Consigliere Claudio Civettini.

Sono pervenute le seguenti interrogazioni a risposta scritta:

**n. 212**, presentata in data 30 aprile 2013, dal Consigliere regionale Alessandro Urzì, per sapere sulla base di quale presupposto giuridico una ordinaria corrispondenza fra la Casa di Riposo San Paolo di Appiano e l'Associazione provinciale delle professioni sociali con sede a Bolzano che si è attivata in nome e per conto di una dipendente della Casa di Riposo stessa debba essere tenuta attraverso uno studio legale e con quale conseguente aggravio in termini economici e se, da dicembre 2012, sia stato assunto presso detta Casa di Riposo personale sprovvisto di patentino di bilinguismo;

**n. 213**, presentata in data 30 aprile 2013, dal Consigliere regionale Giorgio Leonardi, per avere informazioni dettagliate sul numero dei transiti

annui di mezzi pesanti e di autovetture dal 2008 ad oggi lungo l'intera rete della Autostrada del Brennero e per sapere a quanto ammonta la somma incassata per i pedaggi, per ogni singolo anno dal 2008 ad oggi;

**n. 214**, presentata in data 8 maggio 2013, dal Consigliere regionale Alessandro Urzì per chiedere quale sia la ragione morale per cui la Regione ha ritenuto di accostare il suo nome all'iniziativa organizzata per il 15 maggio prossimo nella quale sono invitati a svolgere un ruolo da protagonista degli ex terroristi e se la Regione non intenda ritirare ogni forma di adesione ufficiale a tale iniziativa chiamata a riabilitare in una cornice di puro revisionismo storico il terrorismo separatista, attraverso la sola voce della difesa, senza darne alcuna alle sofferenze e alle storie delle vittime.

È stata data risposta alle interrogazioni n. 100, 154, 193, 201, 202, 211 e 213. Il testo delle interrogazioni medesime e le relative risposte scritte formano parte integrante del resoconto stenografico della presente seduta.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt Nr. 1: **Beschlussantrag Nr. 45, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Egger, Leitner, Mair, Tinkhauser, Stocker Sigmar, Heiss, Dello Sbarba und Bombarda, mit dem die Regionalregierung verpflichtet werden soll, sich mit allen Mitteln gegen die von der Brennerautobahn AG geplante Modernisierung und Erweiterung des LKW-Parkplatzes im Sadobre-Areal im Südtiroler Wipptal einzusetzen – Fortsetzung.**

Könnte bitte jemand den Abg. Egger in den Saal rufen? Abg. Egger, wir würden jetzt mit der Behandlung des Beschlussantrages Nr. 45 fortfahren, der bereits zum Teil behandelt worden ist. Die Regierung müsste jetzt antworten. Wir haben den Antrag im November 2012 ausgesetzt und die Regierung hatte damals erklärt, sie würde eine Nachprüfung vornehmen.

Dann gebe ich das Wort dem Vizepräsidenten, Landeshauptmann Durnwalder, damit er eine Antwort gibt.

**DURNWALDER:** Sehr verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Es ist selbstverständlich, dass nicht das Land Südtirol hier Parkplätze baut, sondern die Autobahngesellschaft. Das Land Südtirol, die Provinz Trient und auch die Region sind Mitglieder der Autobahngesellschaft, aber es ist selbstverständlich so, dass nicht jedes Projekt den Gesellschaftern vorgelegt wird, sondern es ist die Autobahngesellschaft, die die entsprechenden Programme weiterführt und die letzten Endes dann entscheidet, welche technische Erneuerungen notwendig sind und welche nicht. Selbstverständlich ist vorgesehen, dass in der Sadobre, die jetzt in die Autobahngesellschaft übertragen worden ist, entsprechende Neuerungen eingeführt werden. Zunächst einmal werden die notwendigen Räumlichkeiten für den Zoll geschaffen. Sie wissen ja selber, obwohl am Brenner nicht mehr direkt verzollt wird und auch die Verzollung am Bestimmungsort gemacht werden kann, so ist es doch so, dass in der Sadobre gewisse Verzollungen vor allem aus den Oststaaten usw. durchgeführt werden müssen. Selbstverständlich müssen deshalb für die Mitarbeiter entsprechende Parkplätze geschaffen werden. Es ist klar, dass dort vor allem auch entsprechende Dienstleistungen angeboten werden, ganz gleich, ob es Übernachtungsmöglichkeiten für diejenigen

Fernlastfahrer sind, die nicht in der Kabine übernachten können und dass vor allem auch für diejenigen, die übernachten möchten, ohne dass sie die Autobahn verlassen müssen, dort entsprechende Parkplätze angeboten werden müssen. Außerdem ist vorgesehen, dass eine Zone für Camping angeboten wird und auch dafür müssen die notwendigen Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

Nun geht es vor allem darum, dass in der Sadobre – und das was auch der Grund, dass die Autobahngesellschaft die Sadobre übernommen hat - , auch die notwendigen Plätze für die Instandhaltung der Autobahn geschaffen werden müssen, vor allem was die Schneeräumung im Winter anbelangt. Sie wissen ja selber, bei besonderen Schneefällen usw. braucht es entsprechende Fahrzeuge und auch Räumungsfahrzeuge und diese müssen auch entsprechend untergebracht und gewartet werden. Nun ist es auch so, dass in gewissen Zeiten vor allem auf österreichischer Seite, weil dort gewisse Feiertage oder Vorschriften vorhanden sind, die Lkws und auch die Pkws nicht so ohne weiteres über den Brenner fahren können, dann müssen sie irgendwo abgestellt werden. Deswegen braucht es vor allem für Lkws oder wenn bei besonderen Schneefällen die Straße gesperrt ist entsprechende Möglichkeiten, weil es unmöglich ist, dass alle Lkws längs der Autobahn parken können, d.h. auf den Autobahnspuren. Vor allem ist die Bevölkerung auch der Meinung, dass man auf der Autobahnspur nicht die ganze Nacht parken kann und die Motoren laufen lassen kann. Deshalb wurde auch immer wieder verlangt, dass wir in diesen Fällen die Lkws bereits in Sterzing aufhalten und dass sie nicht längs der Autobahn auf der Überholspur parken können und deshalb wird verlangt, dass entsprechende Parkplätze in der Sadobre bereitgestellt werden. Wir werden selbstverständlich mit der Autobahngesellschaft reden. Niemand ist interessiert zu viele Parkplätze zu schaffen oder mehr Parkplätze als unbedingt notwendig sind, denn letzten Endes wäre das der wirtschaftliche Schaden der Gesellschaft selber und außerdem wäre es auch nicht notwendig. Deshalb wird man selbstverständlich mit der Gesellschaft reden, soweit wir als Aktionäre diese Möglichkeit haben, dass die notwendigen Parkplätze bereitgestellt werden, aber dass man hier auch entsprechende Überlegungen anstellt, wie viel ist notwendig, wie viel werden gebraucht und diese sollten erstellt werden, aber nicht mehr. Jetzt aber zu sagen, dass keine Parkplätze gebaut werden, das wäre Unsinn, denn das wäre technisch unsinnig, aber auch umweltmäßig hätte es keinen Sinn und vor allem wäre es auch wirtschaftlich gesehen ein Nonsens. Deshalb werden wir mit der Autobahn reden, die notwendigen Parkplätze werden gebaut werden, nicht mehr aber auch nicht weniger.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Abg. Egger, Sie haben das Wort für die Replik.

**EGGER:** Vielen Dank, Herr Vizepräsident! Wir reden schon ein wenig am Thema vorbei, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, ich bedanke mich natürlich für die Antwort, aber hier geht es doch um eine Gefahrenquelle und zwar geht es um die Gesundheit der Bürger des Wipptales, des Sterzinger Talkessels. Also hier geht es nicht nur darum, dass man einige Parkplätze errichtet usw. Wir wissen ja alle, dass der Talkessel von Sterzing – und da gehört auch noch ein Teil von Ratschings, von Freienfeld und ein kleiner Teil von der Gemeinde Pfitsch dazu – und die Menschen, die dort wohnen, dieser Umweltgefahr ausgesetzt sind. Wir haben nicht nur diesen Parkplatz, wo wir

vorschlagen, dass man ihn bitte nicht vergrößern möge, weil ein größerer Parkplatz bedeutet nicht weniger Belastung, sondern sicherlich mehr, sondern wir haben auch die Mautstelle und die Autobahn an und für sich. Die Autobahn ist schon an und für sich eine große Belastung und dann haben wir in Sterzing noch die allgemeine Mautstelle dazu. Jeder, der nach Norden oder nach Süden fährt, muss dort halten. Übrigens ist es eine Zumutung, dass es immer wieder große Staus gibt. Auch vor kurzem, am Sonntagnachmittag, gab es dort kilometerlange Staus Richtung Süden, weil man offensichtlich nicht in der Lage ist, da rasch abzuwickeln und das ist dann auch wieder eine zusätzliche Belastung. Es hat im Wipptal auch Umfragen gegeben und Herr Landeshauptmann, nehmen Sie es bitte zur Kenntnis, dass 81,4% der Bürger – das ist eine Umfrage der politisch neutralen Bezirkszeitung Ercker – sich gegen dieses Vorhaben der Autobahngesellschaft ausgesprochen haben. Ich weiß schon, wir sind nicht die Autobahngesellschaft, aber wir sind die quotenmäßig wichtigsten Eigentümer der Autobahngesellschaft, sowohl die Region als auch die beiden Länder und somit haben wir schon einen relativ großen Einfluss und als Eigentümer müssen wir unser Gewicht in die Waagschale legen.

Aber noch etwas anderes: Dieser Beschlussantrag geht ja darüber hinaus, Herr Landeshauptmann, das haben Sie sich nicht angesehen. Er richtet sich nicht nur gegen die Erweiterung – und dagegen wehren wir uns, gegen diesen Lkw-Parkplatzes im Sadobre-Areal – er schlägt auch vor, Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung und –vermeidung zu prüfen. Dazu haben Sie überhaupt kein Wort verloren und das ist eigentlich ein wenig enttäuschend, wenn man nicht einmal Maßnahmen prüfen will, die die Bürger entlasten. Da muss ich schon sagen, Herr Landeshauptmann, bei allem Respekt, aber dann scheinen Sie hier in diesem Fall keine notwendige Sensibilität für dieses Problem zu haben. Aber ich nehme das zur Kenntnis und dann werden wir uns niederstimmen lassen müssen.

Noch kurz ein Letztes: Es hat kürzlich auch – und zwar organisiert vom Dachverband für Natur- und Umweltschutz in Brixen – eine Debatte, eine Podiumsdiskussion gegeben, wo ein Sterzinger Physiker, Armin Wisthaler, und auch andere referiert haben. Was sagt Wisthaler? Eines ist auch klar: das Problem ist nicht nur in Südtirol oder innerhalb der Region zu lösen. Das verstehen wir schon alle, da geht es um internationale Verkehrsverflechtungen usw.. Wisthaler sagt, ich lese es jetzt vor: „Ich denke, das Problem lässt sich nur in Rom, Wien, Berlin und Brüssel lösen. Die Lokalpolitik kann da leider auch wenig machen, weil die Zuständigkeiten fehlen. Das Einzige, was ich der Lokalpolitik ankreide, ist dass sie sich nicht massiv einbringt und zusätzlich die Öffentlichkeit informiert, sensibilisiert und mobilisiert. Erst durch starken, politischen und öffentlichen Druck kann man in Rom oder sonst wo vielleicht etwas bewegen“. Und genau diesen Zweck hat dieser Beschlussantrag, endlich auch selbst aktiv zu werden und zu mobilisieren.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zu den Stimmabgabeerklärungen.

Bitte, Abg. Eccher.

**ECCHER:** Grazie, Presidente. Quando si parla di A22 noto come vengono messi in evidenza più i lati negativi rispetto a quelli positivi. Direi che questa arteria, che ha avuto un lungo iter fin dalla sua costituzione e qui certamente rivendico alla provincia di Trento la sua grossa opera per attuare l'A22, perché

inizialmente c'erano delle grosse opposizioni in Alto Adige/Sudtirolo. Adesso mi sembra di percorrere lo stesso iter, l'A22 c'è, però vediamo come quando si parla di potenziamento, di ampliamento, che si tratti di un parcheggio, oppure di pensare di far la terza corsia dinamica, vedo che c'è una posizione piuttosto bloccante.

Voi sapete che dal punto di vista economico, non sono un economista, ma gli economisti dicono che lo sviluppo economico di una zona è direttamente proporzionale alla sua accessibilità. Pertanto tutti i modi per cui questa zona possa essere più accessibile, sia l'ampliamento di una strada, sia l'ampliamento di un parcheggio, tutto quello che migliora l'accessibilità porta certamente un grosso vantaggio economico.

Vorrei vederla come una opportunità questa, non come un fatto aprioristico. Se poi l'area della Sadobre può essere ampliata, ma senza interferire sull'ambiente e su altre cose, chiaramente vediamo quello che di migliorativo si può fare, non soltanto dire: no, non vogliamo questo.

Vorrei capire se la consideriamo una risorsa per la nostra regione, oppure se continuiamo a vederla come qualcosa che inquina e basta. È chiaro che tutti vorremmo che venissero i turisti, venissero le merci senza inquinare l'ambiente, è ovvio che un po' di inquinamento c'è, adesso faremo il trasporto su rotaia, potenziamolo anche quello, però certamente è una posizione che dovremo chiarire.

Pertanto auspico che, di fronte ad un problema di questo genere, si veda nella sua complessità e non soltanto localizzato e vorrei sapere anche la posizione della Giunta rispetto alla eventuale formazione oppure potenziamento dell'autostrada, quello che già in provincia di Trento c'è, la famosa terza corsia dinamica, questo inserito in un programma generale. Grazie.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Abg. Heiss, Sie haben das Wort.

**HEISS:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wir haben diesen Beschlussantrag des Kollegen Thomas Egger und seiner vormaligen Parteikollegen gerne mitgetragen, weil er eben ein wirkliches Problem, eine wirkliche Gefahr beschreibt und adäquat erfasst. Es ist wirklich so, dass die Stadt Sterzing in einem besonderen Ausmaß den Risiken ausgesetzt ist. Der winterliche Verschmutzungsgrad in Sterzing liegt nach Messung des Physikers Armin Wisthaler doppelt so hoch wie im vergleichbar großen Latsch im Vinschgau und noch ein Drittel höher als etwa in Bruneck, vergleichbar mit Brixen. Aber Sterzing aufgrund seiner Höhenlage von 900 Metern, aufgrund der dort vorherrschenden Inversionslage vor allem im Winter, hat eigentlich das Schicksal im Winter unter diesen drückenden Glocke aus Emissionen, aus Feinstaub zu liegen und diese Glocke hat den Nachteil, dass man davon lange Zeit relativ wenig merkt. Man merkt erst mit Verzögerung, dass eigentlich die Herz-Kreislauf-Erkrankungen und die Asthmaerkrankungen vor allem bei Kindern zunehmen und dass diese Risiken in einem nicht mehr tragbaren Ausmaß die Bevölkerung treffen. Das ist der Grund dieses Beschlussantrages, nicht, Kollege Eccher, eine Blockade der Brennerautobahn. Wir alle wissen, dass die Brennerautobahn eine wichtige und notwendige Verkehrsachse ist. Ich würde nicht von Ader sprechen, denn Ader ist mit nur positiven Konnotationen behaftet, aber eine Verkehrsachse hat auch negative Seiten, hat heftige Emissionen und diese liegen entlang dieser Brennerachse doppelt so hoch wie

es das gesetzlich zugelassen und erlaubt ist. Dieser Sadobre-Parkplatz würde, wenn er erweitert würde, die Bevölkerung in dieser Stadt Sterzing in einem enormen Ausmaß treffen. Sie würde vor allem dadurch getroffen werden, dass die Laster langsam hin- und hermanövrieren auf diesem Areal und damit eigentlich wesentlich mehr Emissionen verursachen als wie wenn sie nur durchfahren. Das ist der Grund, warum man hier die Bevölkerung in Schutz nehmen muss. Kollege Egger hat darauf hingewiesen, dass am letzten Samstag eine Tagung in Brixen stattgefunden hat, die nachdrücklich darauf hingewiesen hat, dass die Gesundheitsrisiken nach wie vor bestehen und dass sie hoch sind. Ich würde Ihnen, Kollege Claudio Eccher, sehr empfehlen als Arzt für Ihre Provinz Trient auch einmal diese Gesundheitsrisiken näher untersuchen zu lassen. Für Südtirol sind Gesundheitsuntersuchungen in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse müssten demnächst vorliegen und wenn sie ähnlich sind wie im Bundesland Tirol, so können wir sagen, dass hier dringend etwas zu tun ist und zu tun ist dort etwas, wo besonders sensible Punkte sind und die Stadt Sterzing ist nun mal ein besonders sensibler Punkt und hier muss man ansetzen und dieses Parkplatzproblem klar umschrieben halten und nicht weiter ausweiten. Wir glauben auch, dass es natürlich notwendig ist, die Lkws von den Notbuchten entlang der Autobahn wegzuholen. Das ist ein Risiko für den dort zirkulierenden Verkehr, aber es ist nicht zielführend, einen solch riesigen Parkplatz in einer ohnehin belasteten Stadt – wie es Kollege Egger ausgeführt hat – zu errichten und das Risiko noch weiter zu vergrößern.

Aus diesem Grund würden wir sagen, es muss für Sterzing eine Garantie geben, dass dieser Parkplatz nicht über den bisherigen Bestand hinaus erweitert wird. Es ist durchaus denkbar, dass weitere Parkplätze im menschenleeren Teil des Wipptales vielleicht geschaffen werden. Ich denke etwa auch in der Nähe der Autobahnausfahrt Vahrn. Da gibt es durchaus Möglichkeiten, dem entgegenzusteuern. Ohne als fortschrittsfeindlich, Kollege Claudio Eccher, verrufen zu werden, müssen wir sagen – und das ist in Deinem Sinne -, dass die Gesundheit Vorfahrt haben muss, dass die Belastung durch Feinstaub in ihrer medizinischen Wirkung inzwischen vollständig geklärt ist und dieser Beschlussantrag zielt also nicht auf eine Ablehnung eines an sich notwendigen Projektes, sondern zielt wirklich darauf ab, die Gesundheit dieser Menschen zu schützen.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Klotz.

**KLOTZ:** Es gibt ein Recht auf Unversehrtheit und wenn es Abwägungen braucht, dann steht das sicher an oberster Stelle. Der Beschlussantrag ist sehr aktuell, denn wer die Berichte auch in Zusammenhang mit der Diskussion am Samstag in Brixen verfolgt hat, hat vor allen Dingen auch die Warnungen des Nordtiroler Vertreters Fritz Gurgiser aufgenommen und der Hinweis... ja, aber die Streuung ist doch viel größer Herr Landeshauptmann... ich bin z.B. nicht dort gewesen, aber die Berichterstattung habe ich mir sehr genau angeschaut. Das heißt nicht, wenn irgendwo nur 10 Hanseln sitzen, dass das nicht doch eine Wirkung hat, denn dann gäbe es sehr viele Aktionen nicht, wenn es so wäre. Nicht immer macht es die Masse, manchmal ist es die Klasse. Dies zum einen.

Wir stimmen diesem Beschlussantrag zu. Es stimmt, es gibt eine Schwäche, wo soll man solche Rastplätze errichten? Das ist ein Schwachpunkt,



das gebe ich zu. Aber es hängt mit der gesamten Verkehrs- und Transitpolitik zusammen. Wir stimmen dafür, damit die politisch Verantwortlichen sich wirklich gründlich damit auseinandersetzen, dass es hier um ein prioritäres Recht, das Recht auf Unversehrtheit geht. Wenn man schon nicht die Berichte oder Ermahnungen von Fritz Gurgiser ernst nimmt, dann soll man doch die Berichte und Warnungen jener Ärzte ernst nehmen, von denen einige in diesem Beschlussantrag auch hier zitiert sind. Das sind wir der Bevölkerung schuldig. Eines hat Fritz Gurgiser auf Südtirol angesprochen sehr klar gesagt, dass ihm auffällt, in Südtirol gibt es diesbezüglich kaum Druck, was das Nachtfahrverbot anbelangt, dass sich der Umwegverkehr nicht rentieren darf, die Anhebung der Lkw-Maut. Wir kennen das Problem alle und hier wieder einmal der Verweis auf den BBT, das ist dann ein eigenes Kapitel, dass damit alles besser würde und das ist nicht abzusehen.

Aus diesem Grunde ist es hier eine ganz klare Bekundung, die Politik muss sich ernsthaft damit auseinandersetzen, nicht wieder ablenken auf BBT, auf Dinge, die das alles dann besser machen werden. Hier bedarf es schon anderer Anstrengungen, wenn es darum geht, diese Warnungen ernst zu nehmen.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Pöder, Sie haben das Wort.

**PÖDER:** Vielen Dank! Dass man nicht bereit ist, hier den einen oder anderen Teil wenigstens zu genehmigen, ist eigenartig. Das Wipptal ist mit Sicherheit, ähnlich wie das Eisacktal, ein sehr stark belasteter Bezirk. Die Autobahn, der Parkplatz, die Eisenbahn, also Lärm, Luftverschmutzung, der Brennerbasistunnel, im Prinzip ist dieser Bezirk stark belastet und es ist durchaus berechtigt, dass hier „Kirchturmpolitik“ betrieben wird im positiven Sinne, dass man sagt, wir haben genug, es reicht, es muss nicht das auch noch sein, denn die Folgebelastungen sind natürlich enorm durch zusätzliche Lärm- und Abgasbelastungen. Warum soll hier nicht irgendwo oder irgendwie versucht werden, dem entgegenzukommen. Zumindest der Punkt drei wäre schon irgendwo annehmbar, auch wenn man mit den anderen Punkten nicht einverstanden ist. Ich denke, dass man auch die anderen Punkte beschließen kann und soll. Letztlich ist die Brennerautobahn eine zwar privatrechtlich organisierte Gesellschaft, aber doch ein großes Stück von diesem Kuchen ist in der Hand der öffentlichen Hand und deshalb müsste man schon überlegen, ob man nicht noch eine zusätzliche Belastung macht. Nebenbei erwähnt ist es auch die Bevölkerung, die sagt, uns reicht es. Es geht ja nicht darum, dass jemand hier politisch gesehen Recht haben will oder um Recht kriegen in diesen Bereichen, sondern es geht einfach darum, dass man sagt, die Bevölkerung hat einfach die Schnauze voll. Es reicht, man muss irgendwann einmal irgendwo auch anerkennen, dass hier in diesem Minibezirk für die Bevölkerung, die dort doch recht dicht angesiedelt ist, diese Belastung eigentlich irgendwann einmal nicht mehr ertragbar ist.

Deshalb muss man und sollte man diesem Antrag zustimmen.

**PRÄSIDENTIN:** Bitte, Abg. Civettini.

**CIVETTINI:** Grazie, Presidente. Il tema autostrada va affrontato nella sua totalità. Per quanto ci riguarda noi rispettiamo le scelte dei sudtirolesi sul tema

specifico, perché è casa loro e credo sia giusto che se per loro è un problema si collabori a trovare una soluzione.

Però non possiamo scappare dal fatto che l'A22 ha sempre creato un tesoretto anche per la politica sudtirolese, ma poi non è il concetto della salute, è un concetto strategico, di trasporto, di cosa vogliamo fare e dove vogliamo andare. Se vogliamo chiuderci in noi stessi e poi parlarci addosso di Euregio, di Europa e di mondo, probabilmente c'è qualche contraddizione palese, ma dall'altra parte va ricordato che ogni stazione di servizio è un deposito di Tir durante la notte. Perciò questo va anche detto e di conseguenza non è solo un problema specifico.

Qualche collega ha citato le polveri sottili e sapete che da studi certificati la gran parte delle polveri sottili deriva dagli impianti di riscaldamento, soprattutto delle stufe a legna. E cosa si sta facendo su questo? Vietiamo le stufe a legna che sono il nostro focolare? Bene, probabilmente lì dovremo intervenire in modo importante, perché sulle canne fumarie c'è la possibilità di intervenire.

Allora o si fa un discorso globale salutistico, ma allora si fa un lavoro coordinato in termini di macro regione alpina su un tema specifico, per quanto riguarda la viabilità, perciò la mobilità interna, nord-sud dell'Europa e allora affrontiamolo. La A22 è piccola, è stretta, non è sufficiente, sicuramente ci vogliono situazioni diverse, d'altronde l'A22 è frutto di 60 anni di scelte, perché non possiamo nasconderci anche questo passaggio e perciò 60 anni di scelte che probabilmente, in un modo o nell'altro, hanno creato la prima globalizzazione nord-sud.

Allora, a fronte di un tema calato su un territorio specifico, credo sia giusto ascoltare chi vi abita in quel territorio, però non possiamo nasconderci che dobbiamo uscire da quello che è il territorio, capire il meccanismo A22, capire come va gestito, come lo vorremmo pensare per i nostri figli in futuro, ma soprattutto se il problema è la mobilità ragioniamo in termini globali, se il problema è la salute ragioniamo su questo tema seriamente. Per esempio, nessuno di voi si sta chiedendo dove vanno a finire le polveri dei pneumatici che si consumano? Sono milioni, miliardi di particelle di chili di pneumatici che consumandosi volano nell'aria.

Allora, vogliamo fare un discorso salutistico? Bene, mettiamoci davanti alla realtà e chiudiamoci nel nostro piccolo maso, io in quel di Mori, altri in altre zone, se dobbiamo invece ragionare su sistemi alternativi, al di là di sogni metrolandiani trentini, facciamo ragionamenti seri, facciamo ragionamenti sostenibili, facciamo ragionamenti che possano coinvolgere i nostri partner europei, al di là dei localismi e che diventino effettivamente strada e via da seguire.

Il mio pensiero va ai molti camionisti, perché qui stiamo quasi demonizzando l'autotrasporto, ebbene è una grande economia anche quel settore ed è una economia alla quale va fatta molta attenzione, probabilmente anche su questi temi dovremo fare dei ragionamenti sulla tipologia dei mezzi di trasporto, sull'ammodernamento, per esempio invitando l'A22 a vietare il transito agli autotreni che provengono da un certo Est che non sono in regola, non sono Euro 5. Abbiamo sull'autostrada delle carrette che sono delle bare mobili ed allora si trovi il sistema, naturalmente facendo anche pressioni a Roma, laddove è possibile, di vietare il transito agli automezzi che non sono a norma dal punto di vista dell'inquinamento.

Per quanto ci riguarda, nella libertà della presa di coscienza sul tema specifico, credo che in ogni caso a Vipiteno deve decidere chi poi deve respirare quell'aria, invitando i proponenti e comunque anche chi risiede ad avere una visione globale su questo tipo di opportunità che in ogni modo è una ricchezza anche per il nostro territorio.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass ein Abgeordneter pro Fraktion reden darf, weil es die Stimmabgabeerklärung ist.  
Bitte, Abg. Leitner.

**LEITNER:** Danke, Frau Präsidentin! Dieser Antrag ist zwei Jahre alt und es ist schade, dass es im Regionalrat immer so lange dauert, bis Anträge behandelt werden, d.h. nicht , dass er an Aktualität verloren hätte – ganz im Gegenteil – und wenn Freiheitliche und Grüne gemeinsam einen Antrag einbringen, dann muss es sicherlich um ein Sachthema gehen, denn ideologisch sind wir sicher nicht immer so eng beieinander. Da ich selber einige Zeit dort gearbeitet habe, worüber wir jetzt sprechen, weiß ich wie die Situation aussieht. Auch wenn die Sadobre heute eine andere Funktion hat, wie sie vor Jahren hatte, umso weniger verstehen natürlich die Anwohner dieses Geländes, das man, nachdem es nach einer Entlastung ausgesehen hat, jetzt wiederum dort diesen Konzentrationspunkt schafft, um die Umwelt anhaltend zu belasten.

Die Kollegen des Trentino mögen einmal in der Früh vor allem im Spätherbst oder im Winter vom Brenner herunter fahren nach Sterzing und schauen, welche Glocke sich dort über die Sadobre seinerseits gelegt hat. Da ist alles regelrecht zu. Kollege Civettini, ich halte nichts davon, dass man hier die eine Verursacherquelle gegen die andere ausspielt. Natürlich bezieht man sich hier auf eine, das ist schon wahr. Aber das ist einmal für das Wipptal die neuralgische Stelle, was den Luftaustausch belangt, diese Immersionssituation, die wir dort oft haben, führt sicherlich dazu, dass hier die Belastung anhaltend ist und das ist nicht unproblematisch. Das Eisacktal hat ja zwei große Belastungsquellen, einmal die Luftbelastung und einmal der Lärm. Das ist eine andere Geschichte, aber auch da sind die Eisacktaler sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Man mutet ihnen schlechte Luft und Lärm zu und beide Verursacherquellen sind in höchstem Maße gesundheitsschädlich. Das bestätigen eigentlich alle und ich denke die Politik hat auch die vornehmste Aufgabe, Gefahren, in diesem Fall gesundheitliche Schäden, von der Bevölkerung abzuwenden. So wie es bei Lärm heißt, dass er krank macht und gleichzeitig schaut man zu, wie jeder Nachtzug im Eisacktal die nötigen Lärmpegel überschreitet und dann wundert man sich, wenn Menschen krank werden. Sie haben schon fast nicht mehr die Kraft sich aufzuregen, weil sie mehr oder weniger leider resigniert haben. Es ist wahr, dass in Südtirol hier nicht dieser Widerstand wie vielleicht im Bundesland Tirol je entstanden ist, wo man auch gegenüber der Europäischen Union mit sektoralen Fahrverboten usw. geklagt hat. Wenn man jetzt ein Projekt dieser Größenordnung dort ansiedeln wird, dann signalisiert man eigentlich der betroffenen Bevölkerung „Ihr seid uns vollkommen egal“. Das ist das Signal an die Bevölkerung. Ihr seid uns nicht egal, wir bemühen uns, dieses Unheil von euch abzuwenden. Die Punkte, die hier im beschließenden Teil aufgezählt sind, sind notwendig, dass man sich mit allen Mitteln gegen diese Form, also den Parkplatz am Sadobre-

Areal, ausspricht. Wir haben eine Alpenkonvention. Jetzt wurden die Protokolle unterzeichnet. Dann frage ich mich – und das ist eine ganz präzise Frage an die Regierung – ist dieser Parkplatz mit den Zielsetzungen der Alpenkonvention und des Verkehrsprotokolls vereinbar? Wo werden hier die Parameter eingehalten? Ich bin der Meinung, dass dieser Parkplatz mit der Alpenkonvention und mit dem Verkehrsprotokoll nicht vereinbar ist. Er widerspricht sich geradezu. Das ist doch etwas Wesentliches. Was nützt es, wenn wir große Protokolle unterzeichnen und große Vereinbarungen treffen, auch internationale Verträge, wenn sich dann niemand daran hält. Aber die Menschen fragen nicht nach Verträgen, sie wollen, dass ihr Recht auf Gesundheit durchgesetzt wird und das ist die erste Aufgabe, die wir als Politiker auch haben.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Abg. Urzì, von der Gemischn Fraktion hat bereits jemand gesprochen. Wir könnten Ihnen noch höchstens die zwei Minuten geben, die noch verbleiben.

**URZÌ:** Grazie, Presidente. Subito chiedo la votazione separata del punto 1) dell'impegnativa, del punto 2) e del punto 3).

Rapidissimamente, partendo dal presupposto che lei ha indicato, Presidente, volevo ricordare che il consiglio comunale di Vipiteno, in data 15 giugno 2011, ha deliberato una risoluzione che prevede tutta una serie di richieste di impegno, circa la qualità della vita nell'ambito del comune e circa i progetti che riguardano la Sadobre. Credo che un atto di rispetto nei confronti del consiglio comunale di Vipiteno nella sua interezza, sia dovuto da parte di ciascuno di noi.

Credo che si debba assumere un impegno preciso, affinché i progetti di realizzazione di una grande area scalo a Vipiteno, superiore nelle dimensioni rispetto a quella attuale, debbano essere considerati con la massima attenzione ed anche con la massima cautela.

Attualmente il posteggio ospita circa 300 Tir, questo posteggio viene occupato nella sua massima capienza quando ci sono festività particolari in Austria che impediscono il traffico, quindi in casi eccezionali. Con il potenziamento dell'area sosta e con la riorganizzazione della struttura ricettiva, si garantirebbe una sosta di oltre 300 Tir tutti i giorni dell'anno, con le conseguenze che sono state già chiaramente indicate.

Io richiedo, Presidente, che ci sia un impegno, da parte della Regione Trentino-Alto Adige presso l'Autobrennero, affinché si definisca un progetto che garantisca sull'asse dell'autostrada del Brennero, da Verona al Brennero, tutta una serie di articolazioni di aree di sosta attrezzate, cosa che oggi non esiste, esiste solamente a Trento, in modo da poter distribuire il carico della sosta di questi Tir, con tutte le conseguenze che sono legate poi alla rimessa in moto alla mattina sull'arco dell'intera asse autostradale e quindi non concentrando in una zona che, anche dal punto di vista ambientale, si presta ad un accumulo di gas sulla città.

Auspico che questo tipo di impegno possa essere assunto, sarebbe coerente con una serie di iniziative che anche noi, colleghi, abbiamo nel passato già avviato con grande forza. Noi non siamo contro alla circolazione dei mezzi pesanti lungo l'autostrada, ma siamo contro ad una organizzazione della

sosta di questi mezzi in maniera incoerente e che è troppo gravante per alcune parti del territorio della nostra provincia rispetto alla loro interezza. Grazie.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Der Einbringer hatte bereits die getrennte Abstimmung verlangt.

Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

**PENASA:** Grazie, Presidente, buon giorno colleghi. Credo che quella dei parcheggi e delle aree di sosta dell'autostrada del Brennero sia uno degli elementi di grande colpa della gestione di A22. Il fatto che sia stata data la possibilità di gestire questo tratto autostradale importante, che porta al Valico, ad una società il cui socio di riferimento è la Regione Trentino-Alto Adige, vuol dire che non si devono vedere solo sui giornali le beghe relative alla spartizione dei poteri che abbiamo visto in questi giorni che, a fronte della discussione che abbiamo affrontato in aula la volta scorsa, ci lasciano molto perplessi, così come ci lasciano molto perplessi alcuni atti di aggiudicazioni di gare che sul sito non sono disponibili.

Ebbene, il fatto di aver acconsentito e ciò è giusto e dovrebbe essere acconsentito anche per il futuro, con il rinnovo della concessione a questa società, vuol dire che questo territorio deve avere la possibilità di dire qualche cosa di importante, rispetto ad una via di accesso che sappiamo essere una delle vie di accesso principali e più importanti a livello europeo.

Ho consultato, in vista della discussione di questa mozione, le relazioni di bilancio che vengono presentate da Società A22. Ebbene, a carico di quei bilanci non vi è nessuna responsabilità rispetto al fatto che quello statuto dice cose importanti, rispetto ad una responsabilità diretta fra una gestione di una società, il cui socio di riferimento è la Regione Trentino-Alto Adige unitamente alle due Province e ciò che i cittadini di questa terra auspicano e chiedono come elemento di difesa da parte di questa Società.

Innanzitutto sappiamo bene il problema delle aree di sosta, per un po' abbiamo visto persino tracciare nelle aree di emergenza le segnaletiche, per le quali si poteva ritenere corretto il fatto che un autoarticolato potesse sostare anche con un automezzo normale. Devo dire che dopo l'interrogazione che avevamo presentato su questo tema, che seguiva un incidente importante e con conseguenze anche molto gravi, stranamente quel tipo di segnaletica sulle aree di sosta è sparito. Allora vuol dire che forse non avevamo visto proprio sbagliato.

Mi chiedo: ma è possibile che non ci sia una strategia chiara e condivisa, rispetto al fatto che vi è una necessità oggettiva e cioè che coloro i quali transitano su questa via, debbono necessariamente trovare anche delle situazioni di sosta, perché sappiamo bene a che razza di schiavismo sono sottoposti ormai i lavoratori di quel settore, perché grazie a questa Unione europea, nella quale impera la direttiva Bolkestein e quindi ogni società può trovare sede laddove può sfruttare al meglio le situazioni del lavoro, quindi i costi più bassi che esistono, sappiamo bene qual è la situazione tremenda per gli operatori di questo settore.

Quindi è chiaro che i colleghi, che qui hanno presentato questa mozione, si sono fatti carico, giustamente, di una richiesta che proviene da questo territorio ed è giusto che sia stato fatto, ma mi meraviglio di una Società ed anche della Regione stessa che si è premurata di accantonare un bel po' di

soldini, 8 milioni e più di soldini per andare a comperare ancora altre azioni da altre province e non si sa bene per che cosa, visto e considerato che non sappiamo neppure se il rinnovo di questa concessione avrà luogo o meno. Ma un programma serio che affronti il problema logistico del transito su questo territorio si vede poco, oppure quello che si vede ha una connotazione talmente speculativa che certe volte è addirittura meglio non vederlo.

Questa è una istanza che viene dal territorio e per questo motivo deve essere sostenuta, perché chi l'ha presentata con questa ottica e con questa attenzione l'ha portata al vaglio del Consiglio, però davvero un'altra volta stigmatizzo una gestione quanto meno negligente da parte di A22, rispetto a temi sui quali la società avrebbe l'obbligo di prevenire ed avrebbe l'obbligo di affrontare nel pieno rispetto di quelle che sono le attese di questa popolazione.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Abg. Eccher, Sie hatten bereits gesprochen...

**ECCHER:** Per fatto personale, ma non personale in senso cattivo, verso il collega Heiss, il quale mi ha chiamato in causa e rispondo volentieri. Se c'è uno che vuole bene alla cittadina di Vipiteno sono io, dove ho fatto il primario oltretutto e la conosco bene. Il problema della Sadobre è un problema che conosco, però questo certamente crea dell'inquinamento, ma crea anche delle opportunità.

A me fa piacere vedere come finalmente si dice: non ampliamo quello, però troviamo un'alternativa, o Varna o qualcosa del genere. Se c'è un'alternativa possiamo discutere, se c'è una preclusione non mi va bene, perché tutti noi andiamo lungo l'autostrada e si vedono le aree di servizio che sono piene di camion. Questa gente è vista come gente che inquina soltanto o gente che dà qualche opportunità?

Pertanto non criminalizziamo questi poveri trasportatori e li mettiamo in condizione di non saper dove parcheggiare di notte, se la Sadobre non va bene, troviamo un'alternativa. A questo punto sono d'accordo, perché la salute dei cittadini di Sterzing mi sta particolarmente a cuore.

Su questa mozione mi asterrò, con l'auspicio che si prenda in considerazione il problema nella sua globalità, non guardando il singolo particolare. Grazie.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Wir stimmen jetzt ab und zwar gibt es vier Abstimmungen. Wir stimmen zunächst über die Prämissen ab. Wer ist dafür? Favorevoli? Wer ist dagegen? Contrari? Wer enthält sich der Stimme? Astenuti?

Bei 15 Jastimmen, 29 Neinstimmen und 6 Enthaltungen sind die Prämissen abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über Punkt 1 des verpflichtenden Teiles ab. Votiamo il punto 1 della parte impegnativa. Wer ist dafür? Favorevoli? Wer ist dagegen? Contrari? Wer enthält sich der Stimme? Astenuti?

Bei 11 Jastimmen, 26 Neinstimmen und 7 Enthaltungen ist der Punkt 1 abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über Punkt 2 ab. Wer ist dafür? Favorevoli? Wer ist dagegen? Contrari? Wer enthält sich der Stimme? Astenuti?

Bei 9 Jastimmen, 26 Neinstimmen und 8 Enthaltungen ist der Punkt 2 abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über Punkt 3 ab. Wer ist dafür? Favorevoli? Wer ist dagegen? Contrari? Wer enthält sich der Stimme? Astenuti?

Bei 9 Jastimmen, 28 Neinstimmen und 8 Enthaltungen ist der Punkt 3 abgelehnt.

Damit ist der Beschlussantrag in seiner Gesamtheit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt Nr. 3: Beschlussantrag Nr. 40, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zeni, Bizzo, Civico, Cogo, Dorigatti, Ferrari, Kessler, Nardelli, Pacher und Tommasini, mit dem der Regionalausschuss verpflichtet werden soll, Druck auf die italienische Regierung auszuüben, auf dass diese eine diplomatische Aktion zur Einbindung der Region Trentino-Südtirol und der beiden Autonomen Provinzen Trient und Bozen in die Donau-Makroregion starte, ist auf Antrag des Einbringers vertagt worden.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt Nr. 2: **Beschlussantrag Nr. 67**, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Penasa, Savoi, Artioli, Paternoster und Civettini, mit dem der Regionalausschuss verpflichtet werden soll, die im Regionalgesetz Nr. 13 vom 21. Juli 1991 vorgesehene Zuwendung auch den Frontkämpfern und Heimkehrern auszuzahlen, welche das 84. Lebensjahr überschritten haben und derzeit nicht mehr in den Genuss der genannten Ergänzung kommen.

Ich ersuche die Abg. Penasa um die Verlesung des Beschlussantrages.

**PENASA:** Grazie, Presidente.

#### **MOZIONE N. 67/XIV**

##### **Ripristino dell'assegno per gli ex combattenti, così come previsto dalla legge regionale 21 luglio 1991, n. 13**

Premesso che,  
all'indomani della seconda Guerra Mondiale già con decreto legislativo luogotenenziale venne posto il problema dei militari che dopo l'8 settembre 1943, non per loro volontà, ma per sorte, si sono trovati in territori controllati dalle forze armate della Germania o del Giappone.

La legge 23 febbraio 1952, n. 93 disponeva:

“Art. 6 - il primo comma è sostituito dal seguente:

*Ai militari e ai militarizzati in servizio all'8 settembre 1943, che vennero catturati dai tedeschi o dai giapponesi e trattenuti in Germania o in Giappone, oppure in territori controllati dalle forze armate di dette Nazioni, sono riconosciuti tutti i benefici previsti dalle disposizioni in favore dei combattenti, ove non ricorrano i motivi di esclusione indicati dall'ultimo comma dell'articolo 4.”*

(Fino a quella data queste persone, che non certo per loro volontà si sono trovate in una situazione non definita da alcuna norma, erano escluse da qualsiasi tipo di beneficio).

Considerato che,  
successivamente, la Camera dei Deputati ed il Senato della Repubblica hanno approvato la legge 2 aprile 1958, n. 364 che prevedeva:

“Articolo unico:

*Le disposizioni recanti benefici in favore dei combattenti e reduci sono estese agli alto-atesini ed alle persone residenti prima del 1 gennaio 1940 nelle zone mistilingui di Cortina d'Ampezzo e di Tarvisio o nei comuni di Sant'Orsola e Luserna, i quali durante la seconda guerra mondiale hanno prestato servizio nelle forze armate tedesche o nelle formazioni armate da esse organizzate, quando abbiano conservato o riacquisito la cittadinanza italiana e sempreché non abbiano partecipato ad azioni, anche isolate, di terrorismo o di sevizie. Sono abrogati l'articolo 5 della legge 23 febbraio 1952, n. 93, ed ogni altra disposizione che assoggetta le persone indicate nel comma precedente ad un trattamento discriminatorio in confronto ai combattenti e reduci dell'Esercito italiano.”.*

Osservato che,

la Regione con l'allora Presidente Andreolli il 21 luglio 1991 emanava la legge n. 13 che interveniva nelle more dell'applicazione della suddetta legge statale con i seguenti articoli:

“Art. 1

*1. In attesa che una legge statale intervenga a disporre l'estensione delle provvidenze contemplate dalla legge 2 aprile 1958, n. 364 ai soggetti individuati nell'articolo 2 della presente legge, la Regione Trentino-Alto Adige integra i trattamenti previdenziali secondo quanto previsto dagli articoli seguenti.*

Art. 2

*1. La Regione Trentino-Alto Adige assume a proprio carico l'onere finanziario necessario ad assicurare l'applicazione delle disposizioni di cui all'articolo 6 della legge 15 aprile 1985, n. 140, con la decorrenza prevista dall'articolo 3 della presente legge, a persone residenti in Provincia di Trento, le quali durante la seconda guerra mondiale abbiano prestato servizio nelle forze armate tedesche o nelle formazioni armate da esse organizzate, purché non abbiano partecipato ad azioni, anche isolate, di terrorismo o di sevizie, e purché non godano degli stessi benefici ad altro titolo.”.*

Visto che,

l'Assessora Martha Stocker e ovviamente la maggioranza del Consiglio regionale nel 2004 hanno assunto la decisione di liquidare il cosiddetto assegno agli ex combattenti come importo una tantum seppure con un aumento attualizzato dell'inflazione dei 10 per cento. Il calcolo ha sostanzialmente messo come limiti di età per il beneficio gli 84 anni, infatti il conteggio fu fatto dall'età maturata da ogni persona alla data del 23 luglio 2004 fino agli 84 anni compiuti.

Dato che,

questa azione sembra voler indicare che se l'evento drammatico della Guerra aveva risparmiato la loro vita, comunque la Regione li riteneva meritevoli di indennità solo fino agli 84 anni.



Certo non si ritiene sia questo il modo di rendere onore e merito a chi, indipendentemente dalla propria volontà, è stato chiamato alle armi e si è trovato in luoghi e a vivere condizioni senza nulla poter incidere su decisioni prese secondo precise gerarchie militari.

Ribadito che,

le persone che ormai sono titolari di questo diritto sono davvero poche, ma esse hanno subito anche dalla democrazia di questo Paese e della nostra Regione, la vessazione di vedersi oggetto di decisioni non condivise o comunque non richieste, rispetto all'erogazione di una somma di denaro davvero modesta nell'entità, ma per loro moralmente gratificante.

Tanto premesso,

### **il Consiglio della Regione autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol impegna la Giunta Regionale**

1. a riattivare l'assegno previsto dalla legge regionale 21 luglio 1991, n. 13 per le persone che hanno oltrepassato gli 84 anni e quindi di fatto non beneficiano più dell'integrazione concessa con le leggi richiamate in premessa.

F.to: I CONSIGLIERI REGIONALI  
Franca PENASA  
Alessandro SAVOI  
Elena ARTIOLI  
Luca PATERNOSTER  
Claudio CIVETTINI

Concludo, dicendo che questa non è una misura di carattere finanziario, perché purtroppo per queste persone, già avversate dalla vita per essere state chiamate a combattere e poi aver passato un periodo nel quale non è stato riconosciuto neppure a loro uno status che a molti altri è stato riconosciuto, credo che sia più che altro una rivendicazione morale, per dire che coloro i quali hanno la grazia di vivere, possano vedersi riconosciuto e mantenuto questo piccolo assegno, che era stato aggiornato con una sorta di conteggio, come se fosse nella disponibilità di altri la fine della vita delle persone. Per fortuna non è nella disponibilità di nessuno, tanto meno della Giunta regionale e quindi è davvero un'istanza che vuole riportare un riconoscimento morale a persone che già tanto hanno avuto come disconoscimento per questioni e situazioni nelle quali si sono trovate indipendentemente dalla loro volontà e che comunque abbiano contribuito anche per noi a creare delle situazioni migliori anche per la nostra democrazia.

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE DEPAOLI  
VIZEPRÄSIDENT DEPAOLI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

**PRESIDENTE:** È aperta la discussione. Ha chiesto la parola il consigliere Morandini. Ne ha facoltà.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Ricordo benissimo il momento in cui il Consiglio regionale approvò questo disegno di legge, che era stato proposto unitamente dal sottoscritto e dall'allora collega Grandi, per riparare un'ingiustizia di molti trentini ed altoatesini che, durante la seconda guerra mondiale, furono obbligati a prestare servizio presso le forze armate tedesche, costituirono il famoso CST (Corpo di Sicurezza Trentino), FLAC e quant'altro.

Quindi di fronte ad un servizio obbligatoriamente dovuto rendere, quindi era contro la loro volontà, fra l'altro in condizioni particolarmente disagiati, si ritenne giustamente di corrispondere questo intervento previdenziale, proprio per far fronte a quella che fu una prestazione obbligatoria in condizioni particolarmente sfavorevoli per questi soggetti.

È chiaro che da allora ad oggi, la legge ormai ha circa 20 anni ed anche di più, sono purtroppo decedute moltissime di queste persone, a mente ricordo ancora, perché ho recentemente avuto modo di incontrare cinque o sei di questi ex combattenti, ormai ultranovantenni e sostanzialmente recriminavano questo limite degli 84 anni che allora fu dettato proprio dalle contingenze che il governo regionale di allora aveva messo di tipo economico-finanziario, però la misura fu particolarmente apprezzata.

Oggi mi pare che, poiché questo intervento che viene proposto dalla mozione, presentata dalla collega Penasa con altri consiglieri, riguarda una fascia molto ristretta di soggetti e quindi non inciderebbe che in misura assai lieve sulla spesa, mi pare che questo possa essere accordato. Prima ancora di questa motivazione economico-finanziaria, vorrei ricordare che si tratta di persone costrette a prestare un servizio che non avrebbero sicuramente prestato e che quindi, a maggior ragione, anche per questo vanno riconosciute.

Quando fu approvata la legge regionale, che comunque anticipò di molto la legislazione statale, fu un unicum in Italia, vi erano vincoli di spesa messi dal governo regionale, presieduto dall'allora Presidente Andreolli, mi pare che oggi questi non sussistano più, anche perché siamo di fronte ad un numero assai esiguo di persone, perché molti di loro, data l'età e tutta una serie anche di prove fisiche che hanno dovuto sostenere, sono purtroppo deceduti.

Quindi, per quanto mi riguarda, dichiaro il voto favorevole alla mozione.

**PRESIDENTE:** A causa di problemi tecnici dell'impianto audio dell'aula, sospendo la seduta per cinque minuti.

*(ore 11.19)*

*(ore 11.25)*

**PRESIDENTE:** Riprendiamo la seduta. Ha chiesto la parola l'assessora Stocker, ne ha facoltà.

**STOCKER:** Danke Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Beschlussantrag Folgendes: Erstens einmal möchte ich anerkennen, dass in der Region Trentino-Südtirol für jene Menschen, die von Seiten des Staates keine Unterstützung für ihre Tätigkeit bekommen haben, für die Zeit während der Kriegsjahre - das betrifft im Trentino die CST, bei uns FLAC, aber es betrifft

auch Widerstandskämpfer, das ist im Laufe der Zeit dazugekommen -, dass diese Menschen eine Anerkennung für diese Kriegszeit bekommen haben. Dafür bin ich sehr dankbar und ich möchte das ausdrücklich anerkennen, dass das in der Region gemacht worden ist.

Wie wir das Ganze übernommen haben, waren noch Tausende Positionen, die allerdings alle ganz wenig bekommen haben, es waren ganz geringe Summen und es war ja nicht so, dass die alle den vollen Betrag von den damals 30.000 bekommen haben, sondern sie haben danach in Euro ausgedrückt zwischen 3 und 15 Euro pro Monat bekommen. Also ganz kleine Summen mit einem sehr großen bürokratischen Aufwand in der Auszahlung. Insofern habe ich mich sehr bald mit den betreffenden Organisationen in Verbindung gesetzt, mit den Frontkämpferorganisationen von Trentino und Südtirol und auch mit den Gewerkschaftsvertretern, die die Senioren vertreten haben und wir haben uns auf diese Formel geeinigt, die ich damals auch in den Regionalrat gebracht habe. Es ist dann mit einem Gesetz so vereinbart worden. Es ist so, dass wir damals gesagt haben, wir nehmen nicht die Lebenserwartung der Männer als Grundlage für die Berechnung, sondern wir nehmen die Lebenserwartung der Frauen als Grundlage, die bekanntlich sechs Jahre im Schnitt höher ist als diejenige der Männer. Für alle nehmen wir als Grundlage für die Auszahlungsberechnung die Lebenserwartung der Frauen, geben dann noch eine entsprechende Aufwertung dazu und noch plus 10 Prozent. Wenn jemand die 84 Jahre schon überschritten hat, dann sehen wir auf jeden Fall eine zusätzliche Zahlung von drei Jahren vor. Das ist damals mit den Organisationen so ausgemacht worden und es ist damals auch sehr klar zum Ausdruck gekommen, dass sie der Meinung waren, dass es sehr vernünftig wäre, noch in einem Alter, wo die Leute ein bisschen etwas davon haben. Wenn sie eine schöne Summe bekommen – und bei einigen hat es durchaus auch relativ viel ausgemacht, es gibt auch Summen bis zu 6.000, die ausbezahlt worden sind – wo man wirklich etwas unternehmen konnte, wo man auch noch so aktiv ist, dass man von diesen Geldern, die wir zur Verfügung gestellt hatten, noch etwas hat und das ist damals als sehr positiv angenommen worden und deshalb von diesen Organisationen bejaht worden. Deshalb haben wir das auch in den Regionalrat gebracht und es hat damals auch die Zustimmung gefunden, auch weil es durchaus nachvollziehbar für die Verwaltung sehr vieles an Einsparungen gebracht hat, weil diese Auszahlung von diesen kleinen Summen natürlich auch bürokratisch sehr umfassend war und auch sehr viel an Verwaltungsspesen gebracht hat. Aber das Entscheidende war, wir hatten die Zustimmung der Organisationen. Wir haben versucht, damals sehr großzügig zu rechnen und das ist uns so auch anerkannt worden und gleichzeitig ist es in der Tat auch als etwas angesehen worden, wo man sagt, ich habe jetzt einen konsistenten Betrag, mit dem ich noch etwas anfangen kann.

In diesem Sinne ist die Regionalregierung nicht der Meinung, dass wir dieses Gesetz noch einmal aktivieren, weil wir wirklich allen eine entsprechende Kompensation damals angeboten haben und das mit Ihrer Zustimmung.

**PRESIDENTE:** C'è la replica da parte della...

**PENASA:** ...Presidente, non ho capito se è accolto o se non è accolto. Assessore, me lo può chiarire?

**STOCKER:** Ich habe gesagt, dass die Regionalregierung der Meinung ist, dass wir dem nicht zustimmen, weil wir damals alle diese Absprachen getroffen haben, weil wir die Kompensation in einem Ausmaß vorgesehen haben, die damals von den betreffenden Organisationen als sehr positiv bewertet worden ist. Deshalb ein Nein zu diesem Beschlussantrag.

**PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ  
ASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER**

**PRÄSIDENTIN:** Bitte, Abg. Penasa.

**PENASA:** Grazie, Presidente. Sono molto dispiaciuta, perché forse queste persone non saranno neanche 20. Su questo bilancio regionale, che spreca soldi ad ogni piè sospinto, perché basta andare ad esaminare le delibere, perché si finanzia di tutto e di più, basta che ci sia una convenienza da parte di qualche assessore a coltivare qualche interesse di carattere elettorale, poi tutto diventa culturale, sociale, valido sotto tutti i piani.

Ripeto, forse non sono 20 queste persone, ma credo che in loro nascerà un'amarezza grande, perché questa Regione che dovrebbe avere più a cuore ciò che succede ai loro cittadini, ma soprattutto avere a cuore un passaggio di un tratto di storia, che è stato particolarmente difficile in questa Regione, ritiene che non ci siano risorse sufficienti per un piccolissimo assegno, che non cambia economicamente la vita di queste persone, ma sappiamo bene che magari proprio nella vita delle persone anziane valgono di più i riconoscimenti sotto il profilo morale, in particolare per tratti della vita che sono stati particolarmente dolorosi, come il periodo della guerra, una guerra che ha segnato molti ed è stata per queste nostre zone davvero difficile.

Quindi mi rammarico, cara assessora lei che dichiara di avere così a cuore i problemi sociali, mi rammarico davvero che in questo ricco bilancio, che solo l'anno scorso aveva un avanzo di oltre 800 milioni di euro, che quest'anno sono stati spartiti nell'entità di 500 milioni sulle due Province e vedremo poi con che frutto reale per i nostri cittadini, non abbia trovato pochi spiccioli per portare un minimo ristoro anche proprio morale a queste persone.

Sono talmente poche queste persone che il mio non è un interesse di carattere elettorale, ma forse proprio perché sono pochi il silenzio della Giunta, rispetto a questa istanza morale ed umana soprattutto, è proprio vuoto. Chiaramente quando i voti sono pochi anche le istanze hanno poco titolo, seppure connotate da un alto valore umano.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Wir kommen jetzt zu den Stimmabgabeerklärungen.  
Bitte, Abg. Morandini.

**MORANDINI:** Presidente, per confermare quanto ho detto in discussione generale, rappresentando un paio di riflessioni all'attenzione dell'assessore. Quando l'assessore ricordava, poc'anzi, che aveva portato in Consiglio regionale la legge che raccoglieva in una somma una tantum un riconoscimento che facesse sintesi delle legislazioni precedenti, se l'assessore Stocker ricorda

andammo a riconoscere il lavoro che lei fece, quando lei portò il disegno di legge regionale sull'una tantum. L'abbiamo riconosciuto in quest'aula e lo abbiamo anche votato, per quanto ci riguarda ed ho anche sottolineato che lei fece il conto sull'aspettativa di vita delle donne che, come lei poc'anzi ha ricordato, è più alta di circa 6, 7 anni di quella degli uomini.

Se posso darle un connotato storico, quando portammo in Consiglio regionale, più di 20 anni fa, questa legge, ci fu l'allora collega Sfondrini, purtroppo scomparso, che fece un intervento meraviglioso, fra l'altro commuovendosi, perché era portavoce di tutti gli ex combattenti e reduci della provincia di Bolzano che furono costretti – sottolineo costretti – a prestare servizio nelle forze armate tedesche. Nel Trentino si costituì il CST (Corpo di Sicurezza Trentino), la FLAC, eccetera, le testimonianze che raccolsi allora, perché ero assessore regionale alla previdenza sociale, da costoro sia in provincia di Trento che di Bolzano, perché in quella veste dovetti sentire sia Trento che Bolzano, erano raccapriccianti.

Allora penso che quella legge fu un atto dovuto, per quanto ci riguarda, perché anticipò in maniera assai opportuna, secondo me, la legislazione dello Stato. Quello che oggi chiede la mozione mi pare la conclusione di un atto di giustizia, senza moratoria da quello che lei ha fatto, anche perché l'incidenza finanziaria su questo versante è assai inconsistente, perché si tratta di un numero assai esiguo di persone che ancora oggi sopravvive, avrà 90, 91, 92 anni. Quindi mi permetto di re-insistere per un atto di doverosa giustizia. Grazie.

**PRÄSIDENTIN:** Bitte, Abg. Civettini in dichiarazione di voto.

**CIVETTINI:** Grazie. Credo che abbiamo perso un minuto di civiltà non approvando questa mozione per motivi di ordine di bassa economia, basati su sistemi che contemplano l'attenzione per i bacini elettorali e non l'attenzione per la giustizia.

Mio padre è un deportato, 91 anni ed è ancora in vita e ne sono onorato e comunque, non riguarda questo il caso di mio padre, a prescindere, credo che l'atto di giustizia si sarebbe dovuto fare.

Pensate che con le disponibilità di cui in questi giorni abbiamo letto sulla stampa locale, le disponibilità di quanto era non rendicontabile per i Presidenti della Regione, potevano essere soddisfatti questi piccoli assegni, tanto per vedere dove andare a trovarli questi soldi.

Allora credo che quanto è stato rappresentato in quest'aula è una commedia alla sudtirolese italiana, laddove da ottimi rappresentanti della Regione Trentino-Alto Adige avete operato nella stessa, identica misura di chi invece, magari in altra regione, magari nel profondo sud, opera solo per motivi ed interessi elettoralistici.

A prescindere da questo, il mio voto è convinto sicuramente, ma non solo per un giudizio storico, quanto per un atto dovuto a chi effettivamente ha vissuto quei momenti che noi abbiamo studiato sui libri di storia, ma che troppo velocemente abbiamo dimenticato. Se ce ne fosse solo uno beneficiario, ben venga il riconoscimento da parte di una Regione che dice di predicare la pacificazione, ma che poi nella realtà, anche su questi temi, trova sistemi e metodi di fare parte politica, quando invece la parte dovrebbe essere superata

ed i costi sicuramente non andavano ad incidere nei grandissimi bilanci che questa Regione gestisce ed elargisce.

**PRÄSIDENTIN:** Cons. Casna, ha già parlato qualcuno del Suo gruppo.

**CASNA:** Grazie, Presidente. Sicuramente le proposte che hanno fatto coloro che mi hanno preceduto sono degne di attenzione, poiché non penso che i bilanci della Regione vadano a rotoli, qualora si diano pochi spiccioli a qualche anziano per comprarsi una caramella, per comprarsi qualche dolce ed alleviare i suoi giorni che lo precedono al passaggio. Però pare che le economie della Regione siano queste, anche se veramente non ci fa onore, ma inchino la testa ed accetto quanto dice l'assessora Stocker, accetto anche se non di buon animo.

Non capisco qual è il problema, Presidente, mi dica, perché non ho capito cosa sia il problema.

**PRÄSIDENTIN:** Ho detto che può parlare al massimo un secondo membro del gruppo, ma se il Capogruppo ha parlato a favore non può parlare a favore anche quello che parla in dissenso...

**CASNA:** ...infatti non sto parlando a favore, anzi ho anche detto che accetto con rammarico la proposta della maggioranza, anche se debbo dire che non sarebbe costato nulla dare questa soddisfazione, se ci può essere una soddisfazione dopo aver combattuto ed essere stato prigioniero nei campi di concentramento, dare una piccola somma non sarebbe stato un grande delitto, ma considerato che la Regione versa in gravi condizioni economiche, mi adatto a quanto ha detto l'assessora Stocker, con rammarico però. Grazie.

**PRÄSIDENTIN:** Bitte, Abg. Baumgartner.

**BAUMGARTNER:** Kolleginnen und Kollegen! Sie sprechen von Gerechtigkeit. Sie sagen, wir sollten dieses Thema wiederum von neuem diskutieren und wiederum neue Auszahlungen garantieren. Frau Kollegin Stocker hat bereits gesagt, welche Zuwendungen bereits gemacht worden sind, was man in der Vergangenheit gemacht hat und man hat genau auf diese Art und Weise versucht Gerechtigkeit zu schaffen. Wenn wir jetzt die ganze Diskussion wieder von vorne beginnen und wieder Neues erfinden und ersuchen, das Paket wieder aufzumachen, dann würde das bedeuten, dass man unter Umständen eher Ungerechtigkeit statt Gerechtigkeit schaffen würden.

Insofern sind wir der Meinung, dass wir es dabei belassen sollten, dass bereits alles getan worden ist, was man zu tun hatte und deshalb ersuche ich auch, dass man dabei bleibt, wie die ursprünglichen Entscheidungen waren und diesen Beschlussantrag nicht genehmigt.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Wir stimmen jetzt über den Beschlussantrag Nr. 67 ab. Wer ist dafür? Favorevoli? Wer ist dagegen? Contrari? Wer enthält sich der Stimme? Astenuti?

Bei 12 Jastimmen, 33 Gegenstimmen und 1 Enthaltung ist der Beschlussantrag Nr. 67 abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt Nr. 4: **Begehrensantrag Nr. 16, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Dominici, Ottobre, Cogo, Ferrari und Zanon, um die Regierung aufzufordern, ein Gesetzesdekret zur Anerkennung der Kindererziehungs- und Pflegezeiten im Ausmaß von mindestens 2 Jahren für jedes Kind als Entschädigung für die von den Frauen geleistete Erziehungs- und Pfllegetätigkeit und ihren Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit zu erlassen.**

Ich gebe das Wort der Abg. Dominici für die Verlesung.

**DOMINICI:** Grazie.

#### VOTO N. 16/XIV

Visti i dati pubblicati dall'OCSE - Organizzazione per la Cooperazione e lo Sviluppo Economico - per l'anno 2008 e in particolare il "*Tasso di occupazione materna per età del figlio più giovane*" il quale ha evidenziato che in Europa l'occupazione delle neomamme mostra un percorso a U, con una forte discesa nei primi tre anni di vita del bambino e un graduale ritorno al lavoro in seguito. In Italia, invece, il tasso d'occupazione delle donne continua a calare al crescere dell'età dei figli. In particolare:

	<i>Età dei figli</i>		
	<i>&lt; 3 anni</i>	<i>Tra 3 e 5 anni</i>	<i>Tra 6 e 14 anni</i>
<i>EU-27</i>	52,79%	63,69%	64,79%
<i>Italia</i>	51,10%	51,60%	48,90%

Visto il "*Rapporto annuale - La situazione del Paese nel 2010*" elaborato dall'ISTAT nel quale viene evidenziato che nel 2009 circa il 30% delle donne ha interrotto - temporaneamente e/o definitivamente - la propria attività lavorativa a seguito della nascita di un figlio;

Visto i risultati di uno studio condotto dalla Banca d'Italia nell'anno 2009, secondo il quale circa 2/3 delle neomamme ha abbandonato volontariamente la propria occupazione al fine di trovare un giusto equilibrio tra vita lavorativa e vita familiare;

Visti i dati pubblicati da Eurostat - Ufficio statistico dell'Unione europea - per l'anno 2009 e in particolare il "*Tasso di occupazione femminile 25-54 anni per numero di figli - Anno 2009*" il quale ha evidenziato che in Italia, la nascita di figli determina un calo dell'occupazione femminile superiore alla media dei 27 Paesi appartenenti all'Unione europea, in particolare:

	<i>Numero di figli</i>			
	0	1	2	<i>3 o più figli</i>
<i>EU-27</i>	75,8%	71,3%	69,2%	54,7%
<i>Italia</i>	63,9%	59,0%	54,1%	41,3%

Vista la “*Carta dei diritti fondamentali dell’Unione europea*” e in particolare il comma 1 dell’articolo 33 “*Vita familiare e vita professionale*” il quale prevede la protezione della famiglia sul piano giuridico, economico e sociale;

Visto il decreto legislativo 26 marzo 2001, n. 151 “*Testo unico delle disposizioni legislative in materia di tutela e sostegno della maternità e della paternità, a norma dell’articolo 15 della legge 8 marzo 2000, n. 53*”, il quale prevede un trattamento economico e retributivo esclusivamente per i periodi di congedo di maternità e di congedo parentale;

Vista l’iniziativa “*Danke Mami – Grazie mamma*” - promossa dal movimento femminile del SVP, da associazioni private e da organizzazioni femminili e professionali - che si pone come obiettivo il riconoscimento alle donne di almeno due anni di copertura previdenziale figurativa per ogni figlio, in compensazione per il lavoro di educazione e di cura svolto e per aver abbandonato il proprio posto di lavoro;

Viste le numerose firme raccolte a supporto dell’iniziativa “*Danke Mami – Grazie mamma*” (più di 108.000).

Ciò premesso,

**il Consiglio regionale  
della Regione autonoma Trentino-Alto Adige,  
sollecita il Governo**

affinché venga presentato un decreto-legge per il riconoscimento di almeno due anni di copertura previdenziale figurativa per ogni figlio, in compensazione per il lavoro di educazione e di cura svolto e per aver abbandonato il proprio posto di lavoro.

F.to: I CONSIGLIERI REGIONALI  
Caterina DOMINICI  
Mauro OTTOBRE  
Margherita COGO  
Sara FERRARI  
Gianfranco ZANON

**PRÄSIDENTIN:** Ich eröffne die Debatte. Bitte, Abg. Morandini.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Mi fa piacere che la collega Dominici presenti una mozione che impegna a sollecitare il Governo nella direzione del riconoscimento di almeno due anni di contribuzione per ciascun figlio.

Vorrei ricordare alla collega Dominici peraltro che questo era un provvedimento già contenuto in legge, nell’originario pacchetto famiglia, che purtroppo poi, una volta arrivata al governo di questa Regione la maggioranza di cui lei fa parte, è stato cancellato.

Evidentemente non posso che prendere atto e spero che chi è rappresentante dell’assemblea delle minoranze le possa dare il benvenuto, perché è una provvidenza su cui nel merito sono pienamente d’accordo, non potevo, pur con tutta la simpatia che ho per lei, non evidenziare questa discrasia politica.

Quel pacchetto famiglia conteneva anche l’assegno di cura, l’assegno di natalità, tutte cose cancellate da questa maggioranza. Allora delle



due l'una, collega Dominici, dobbiamo purtroppo trarre le conseguenze che su questi versanti questa maggioranza è stata piuttosto sorda, poi ha proposto altre cose in vista del settore lavoro, con tutto rispetto, ma la famiglia è centrale e quindi non posso che rallegrarmi di questa proposta, tenendo presente che era già contenuta fin dal 1992 nella legge regionale istitutiva del primo pacchetto famiglia e che purtroppo questa maggioranza, una volta giunta al governo regionale, ha tranquillamente cancellato.

Dichiaro il voto favorevole.

**PRÄSIDENTIN:** Bitte, Abg. Casna.

**CASNA:** Grazie, Presidente. Probabilmente da ambo le parti ci può essere una rivisitazione del proprio pensiero, le folgorazioni sulle vie di Damasco sono da ambo le parti, a cominciare dal sottoscritto, dove vengo accusato di non aver votato sulla parità di genere in una legge regionale, mi pare strano di non averla votata.

Comunque ricordo che in Consiglio provinciale avevo fatto una proposta simile, laddove si voleva dire con tanta enfasi che la famiglia ha una funzione pubblica. A parole. Sostenni allora: se la famiglia ha una funzione pubblica, dobbiamo favorire quelle persone, perlopiù donne, di sospendere il lavoro per due o tre anni per accudire i loro bimbi, sia nel settore pubblico che nel settore privato. Avevo detto che quei due o tre anni che la mamma o il papà dedicavano all'educazione del bimbo fossero riconosciuti come pubblico servizio.

Quando era obbligatorio il servizio militare, si doveva sospendere la carriera per andare a fare il servizio militare e quei mesi trascorsi sotto le armi, ritornando, non nuocevano alla carriera, perché veniva riconosciuto come pubblico servizio.

Chiedevo che una cosa simile fosse garantita a quelle donne che stando a casa ad accudire i bambini perdevano il treno nella carriera. Quindi a parità di due laureate, una laureata che comincia la carriera pubblica e non si ferma perché non ha figli, l'altra che invece non ha voluto perdere l'occasione di avere figli si trova indietro nella carriera di due, tre anni. Quindi le donne con figli difficilmente faranno carriera in questa maniera.

Proponevo che a quelle donne che rimangono a casa ad accudire i figli, svolgendo una funzione educativa di estrema importanza, fosse riconosciuto come avessero fatto il servizio nella pubblica amministrazione. Questa proposta, siccome era della minoranza, è stata bandita tranquillamente.

Quindi ripeto che tutte queste leggi che vogliono la vita debbono essere accettate, tutte, perché qui abbiamo la lotta fra la vita e la morte, per cui a fronte della carriera si preferisce anche l'aborto, anziché andare avanti e permettere la luce ai propri figli, perché la legge è sbagliata, non viene dato un grande risalto alla donna che sta a casa, che sospende il lavoro per accudire i figli. La donna che rimane a casa deve essere garantita. Si dice: ma noi abbiamo già l'aspettativa, diamo alla donna o all'uomo che sta a casa ad accudire il bimbo il congedo di paternità, eccetera. Ma il congedo vuol dire interrompere la carriera, vuol dire non permettere di far carriera, vuol dire non dare il punteggio nella pubblica amministrazione, oltre a non dare lo stipendio.

Quindi queste leggi che mirano alla vita in questa maniera vengono accettate a braccia aperte dal sottoscritto, quelle leggi che danno la parità

concreta fra uomo e donna e non le solite baggianate, le solite chiacchiere di campagna elettorale.

È tempo di dire: diamo soldi, diamo riconoscimento effettivo a chi rimane a casa, non a parole, noi siamo per la parità di genere, poi nei fatti vengono calpestate queste persone, nascondendoci dietro il paravento di contratti sindacali se occorre, chiamiamo anche il sindacato per dire che la donna può stare a casa ed avere un riconoscimento efficace ed efficiente del lavoro che ha svolto.

Cerchiamo di eliminare tutte quelle scappatoie per dire in piazza una cosa e poi nell'aula del Consiglio provinciale o regionale negare tutto, in nome di qualche lesa maestà sindacale o quant'altro. O crediamo veramente alla parità della donna e vogliamo riconoscere che la maternità ha una funzione pubblica, o finiamola di riempirci la bocca, di fare propaganda in piazza e poi a lato pratico negare qualsiasi minimo diritto alle donne.

È per questo che voto convintamente a favore di questo Voto e qualsiasi misura che è volta concretamente a favorire le nascite, a favorire la funzione materna, la funzione di crescita dei nostri figli, mi troverà sempre in prima linea. Grazie.

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE DEPAOLI  
VIZEPRÄSIDENT DEPAOLI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

**PRESIDENTE:** Ha chiesto la parola la consigliera Penasa. Ne ha facoltà.

**PENASA:** Grazie, Presidente. Gli autonomisti di questo Consiglio hanno un giochetto che continuano a fare: al lupo, al lupo contro il Governo. Non si capisce per chi l'abbiano scritto lo statuto di autonomia di questa Regione, attuato poi nelle leggi delle due Province, devono averlo scritto per qualcun altro o forse qualcuno non lo legge.

Qui quando ci sono cose che non vanno, bisogna trovare qualcuno su cui scaricare questa responsabilità, cara collega Dominici, con tutta la simpatia che ti devo, le responsabilità stanno qua dentro e sarebbe ora e tempo di smetterla di prendere in giro la gente e raccontare la favola del lupo e che dobbiamo vestirci da Supermann per difendere la nostra autonomia dall'esterno. Credo che questa nostra autonomia dobbiamo difenderla dall'interno, perché i padri fondatori di questa autonomia, chi ha scritto le migliori leggi di questa autonomia purtroppo non sta più in questo Consiglio, sono tutti fuori e fino ad un certo punto le leggi erano scritte nell'interesse dei cittadini di questa terra. Ora le leggi che vengono scritte, sia in Consiglio regionale che in Consiglio provinciale, sono scritte a favore di qualcun altro, perché credo che la Regione avrebbe competenze e risorse per supplire, se volesse, a questa giustissima istanza che sarebbe solamente un elemento che potrebbe caratterizzare, in maniera del tutto positiva, la gestione di una buona autonomia.

Siccome la nostra autonomia è diventata un'autonomia di carattere finanziario speculativo, che risponde evidentemente agli interessi elettorali di qualche grande casta, che di questa terra poco gliene può interessare, perché comunque deve solamente sviluppare un proprio interesse specifico, allora ormai i cittadini sono passati, secondo me, in una situazione di poca importanza.

Lo ricordava bene il collega Morandini, ho avuto modo di esaminare più volte quel magnifico testo legislativo iniziale che lui citava prima, che conteneva tutto e che si poteva scrivere proprio in virtù della nostra autonomia.

Collega Dominici e tutti gli autonomisti e colleghe e colleghi del PD ed altri che hanno sottoscritto questo Voto, o vi leggete le nostre competenze statutarie e magari riprendete di buon grado quella bella legge nella sua veste iniziale, che assolutamente era un mantello straordinario per quelle che sono le esigenze vere delle famiglie e le contemplava in un raggio molto ampio, con grande attenzione, oppure smettetela di fare questo gioco veramente poco edificante per chi ha una certa competenza. Chiaro che se lo vendiamo al popolino ognuno si erge a difensore di questa autonomia, senza magari sapere che quello che vuole difendere ce l'ha già lì basta scriverlo e che la Giunta provinciale, quando fa il bilancio, metta sui capitoli giusti le coperture finanziarie che servono.

Queste sono le verità. Finché da una parte e dall'altra andiamo a finanziare situazioni che poco hanno a vedere con il vero benessere delle nostre famiglie, in particolare di quelle che sono le esigenze delle donne, c'è solo una cosa da fare, battersi il petto ed il colleghi Dominici, Ottobre, Cogo, Ferrari e Zanon escano dalla maggioranza sia del Consiglio provinciale che regionale, attuino la vecchia legge che ricordava bene il collega Morandini ed allora avremo davvero un atto di responsabilità seria, coerente, trasparente e soprattutto consapevole rispetto a quello che possiamo fare, viste e considerate le dotazioni finanziarie.

Cara collega Dominici, andare oggi a chiedere al Governo nazionale una cosa di questo genere, forse non ti rendi conto che non stanno trovando i soldi per fare la copertura della cassa integrazione che forse in questo momento possiamo dire che è un'esigenza enorme per tutto il Paese.

Queste sono fesserie, perché sono scritte da parte di un Consiglio che ha perfettamente competenza per rispondere a ciò che c'è qui scritto, ci sono le risorse, perché le risorse si tratta di usarle in una maniera e non in un'altra. Quindi veramente è non rispettoso dell'intelligenza di coloro che stanno qui dentro, scrivere cose di questo genere.

Magari questo Voto viene anche approvato, mentre le mozioni precedenti, che avevano un titolo maggiore non sono state approvate, ma siccome siamo in campagna elettorale, domani è necessario fare qualche articolo di giornale e dire che i colleghi Dominici, Ottobre, Cogo, Ferrari e Zanon hanno salvato qualche cosa nei confronti del Governo.

Va bene, andate avanti, credo che fin quando sarete in grado di mantenere questa popolazione in una assoluta non conoscenza della verità, giustamente voi potete andare avanti a coltivare un elettorato che credo avete tutto l'interesse a mantenere quanto più ignorante, rispetto a ciò che si può fare esattamente in questa autonomia.

**PRÄSIDENTIN:** Abg. Klotz, Sie haben das Wort.

**KLOTZ:** Im Südtiroler Landtag haben wir im Zusammenhang mit dem Familienpaket auch genau über dieses Anliegen gesprochen, aber wir haben die Zuständigkeit nicht für die Rentenangelegenheit und das ist besonders bedauert worden. Infolgedessen wird das eine Absicht sein, die man in Rom

vielleicht mit einem Lächeln zur Kenntnis nimmt. Ich weiß es nicht, aber ich könnte es mir vorstellen.

Aber wir sollten uns einmal die zivilisierte mitteleuropäische Situation vor Augen führen. In Österreich, Kolleginnen und Kollegen, werden vier Jahre betreffend Erziehungsarbeit für die Rentenankennung gewährt. Das wäre ein Standard. Aber es heißt immer, Grenzen spielen keine Rolle mehr und ich möchte nur darauf hinweisen, dass auch in diesem Fall Grenzen sehr wohl eine Rolle spielen. Das spüren dann die Familien, die Bürgerinnen und Bürger, das spüren alle. Wir brauchen nicht von Skandinavien zu sprechen, sondern Österreich, das unmittelbar unser Vaterland ist, wie es dort geregelt ist. Ich hoffe, dass auch darüber einmal nachgedacht wird, wenn die Grenzen schon keine Rolle mehr spielen sollen. Warum das dann immer noch so ist, dass im Staate Italien so etwas nicht möglich ist.

Wir wissen alle, wie die derzeitige finanzielle Situation dieses Staatensystems ist, dem wir leider immer noch angehören und deshalb geht unser demokratischer Kampf dahin, das zu ändern und dann können wir mitteleuropäische Standards anwenden.

Man sollte also hier auch das einmal durchdenken. Im Übrigen bin ich gespannt, was die zuständige Assessorin dazu sagen wird. Sie sagt ja immer wieder, dass alles Mögliche unternommen wird, um in diesem Bereich etwas mehr zu tun. Aber wir hängen diesbezüglich mit allen möglichen Klammern, Herr Luis Durnwalder, leider an einem Staat, in dem so etwas noch nicht zur zivilisierten Entwicklung gehört. Wir werden dann unser Verhalten noch abhängig davon machen, was wir hier an zusätzlichen Informationen bekommen.

**PRÄSIDENTIN:** Bitte, Abg. Cogo, Sie haben das Wort.

**COGO:** Presidente, difendo il Voto che ho sottoscritto e tra l'altro è una presa di posizione precisa, politica che assieme alle colleghe abbiamo adottato e con convinzione portiamo avanti.

Non so, cara collega Klotz, se sorrideranno a Roma leggendo questo Voto, ma se tutte le assemblee elettive del nostro Stato agissero in questa maniera e facessero pressione, forse anche a livello nazionale se ne occuperebbero. Non è che non vi sia nulla e non vi siano ipotesi legislative in questo senso, capisco che la situazione nostra, sia politica che economico-finanziaria sia tale, per cui mi auguro che un po' alla volta verranno affrontate anche le questioni che sono considerate marginali. Il lavoro delle donne, la pensione delle donne, la retribuzione delle donne sono sempre state considerate non priorità.

Posso anche leggere nell'intervento che lei ha fatto una sorta di ipotesi, allora inutile rivolgerci a Roma, ci rivolgiamo all'Austria, sfasciamo lo Stato italiano, facciamo un altro Stato, mi pare che sia una logica un po' difficile da seguire. A me basta che lei invece affermi che questa sarebbe una misura utile e che farebbe in modo di non vederci sempre fanalino di coda nella difesa dei diritti delle donne, semplicemente diritti delle donne e niente di più.

Quindi le chiedo comunque di fare uno sforzo in attesa di un'altra patria, di provare a vedere se questa patria attuale possa adottare misure più accettabili, più democratiche, più all'avanguardia, che poi aiutano a vivere meglio la nostra comunità e a ragionare in termini di quello che si dice del

benessere interno lordo, il benessere della nostra comunità passa anche attraverso il riconoscimento dei diritti delle donne.

La maternità, pur essendo un valore sociale innegabile e assolutamente sostenibile, rappresenta però per la carriera delle donne ed anche per la retribuzione delle donne, oggettivamente, un piccolo ostacolo. Perlomeno cerchiamo di riconoscere con due anni di copertura previdenziale figurativa per ogni figlio, in compensazione per il lavoro di cura e di educazione svolto per aver abbandonato il posto di lavoro. Grazie.

**PRÄSIDENTIN:** Grazie! Bitte, Abg. Hochgruber Kuenzer.

**HOCHGRUBER KUENZER:** Danke, Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren auf zwei Gleisen gleichzeitig. Wir hätten und haben die Möglichkeit auf regionaler Ebene auch hier einzuwirken. Wir haben die Möglichkeiten über Landesgesetze Familien in diese Richtung hin zu unterstützen. Natürlich ist es gut, wenn wir auch auf staatlicher Ebene dieses Anliegen nach vorne bringen. Ich sehe es auch so, dass es nicht wertlos ist, sondern dass sich natürlich viele aufmachen müssen um dieses Anliegen zu einem prioritären Anliegen im Staat zu machen. Aber wir dürfen uns nicht hinter diesem Begehrensantrag verstecken und sagen, wir haben schon nach Rom einen Begehrensantrag zugestimmt und gesagt, sie sollen für diese Anerkennung der zwei Jahre Sorge tragen.

Wir wissen um die Anerkennung und die Anerkennung als Wort ist mir persönlich etwas zu wenig, wenn wir alle wissen, dass die Pensionsauszahlungen auf die Einzahlungen 1 : 1 berechnet werden, dann genügt nicht nur die Anerkennung, sondern das Wort Einzahlungen müsste aus meiner Sicht einfach dastehen, weil für diese Frauen die Rente weiter bezahlt werden muss. Wenn es nur um die Anerkennung geht, dann fehlt ihnen halt am Ende der Betrag. Dies zum einen.

Zum zweiten muss ich schon auch sagen, wir haben in den letzten Monaten immer wieder über das Familiengesetz im Landtag von Südtirol geredet, diskutiert und dieses Anliegen ist sehr wohl ein sehr stark gefühltes Anliegen. Die Zahlen, die hier auch aufgezählt sind, sprechen für sich, dass eben die Frauen diese Entscheidungen treffen, vor allem mit dem zweiten Kind und sie eben verstärkt zu Hause bleiben. Wir wissen, dass das natürlich auch seine Folgen hat. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Pflicht haben, diesen Frauen eine Sicherheit vor der Altersarmut zu geben und wir sollten alles tun, um diese Sicherheit auch ihnen zu gewährleisten, welche Form auch immer, aber wir dürfen uns nicht hinter einem Begehrensantrag verstecken und sagen, wir haben schon gemacht, aber leider der Staat.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Cons. Civettini, ha già parlato il Suo collega, forse dopo nella dichiarazione di voto...

Ich gebe nun das Wort an die Regierung.

**STOCKER:** Danke, Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich vorwegnehmen, die Regionalregierung ist auch dafür, dass wir diesen Begehrensantrag unterstützen und zustimmen. Es ist in diesem Begehrensantrag auch ein Bezug auf die Aktion genommen worden, die wir in Südtirol gestartet haben und die damals den Ausgangspunkt in der Erhöhung

der Rentenjahre im öffentlichen Dienst hatte, wo ein Gerichtsurteil des Europäischen Gerichtshofes zum Anlass genommen worden ist, in Italien von heute auf morgen das Rentenantrittsalter der Frauen bei der Altersrente von 60 auf 65 zu erhöhen. Es war und damals klar, dass es nur eine Frage der Zeit ist, dass das auch im privaten Dienst der Fall sein wird. Wir haben damals eine Unterschriftenaktion gestartet, die wir mit allen Regionalräten, mit allen Abgeordneten zu den Landtagen in ganz Italien vereinbart haben. Wir haben versucht, hier eine Bewegung zustande zu bringen, die ganz Italien umfasst. Ich muss leider gestehen, dass über Südtirol hinaus diese Aktion leider nicht jene Zustimmung gefunden hat, die wir uns vorgestellt hatten, auch wenn wir das ganze Material zur Verfügung gestellt haben, auch wenn wir auch sowohl mit ACLI als auch mit den Familienverbänden damals in Verbindung waren. Die Anliegen, die die anderen hatten, waren ganz anderer Natur, das hat sie eigentlich nicht so besonders interessiert. Das muss ich ganz offen zugestehen, genauso wie es ganz wenige interessiert hat, den damaligen Unterstaatssekretär Giovanazzi, den damals mehr der Kredit interessiert hat, der für Babys ausgezahlt wird, als eine rentenabsichernde Maßnahme.

Auf jeden Fall haben trotzdem eine Reihe von Kollegen und Kolleginnen im italienischen Parlament Gesetzentwürfe in diese Richtung deponiert, u.a. die Kollegin Luisa Gnechi und sie wird jetzt auch zusammen mit unserer Abgeordneten Renate Gebhard einen weiteren Entwurf in diese Richtung einbringen und wir sind uns deshalb zumindest eines Teils von den Unterstützerinnen im Parlament sicher, dass sie in diese Richtung auch diesen Begehrensantrag unterstützen werden.

Von dem her glaube ich, dass es doch eine gewisse Chance hat, mit der ständigen Wiederholung von solchen Begehrensanträgen aber auch von Vorlagen von Gesetzentwürfen im Parlament, dass man ein bisschen in diese Richtung unterwegs sein kann. Denn eines muss man einfach ganz klar sagen und da geht es nicht um Zuständigkeiten der Region, da geht es ganz klar um die Zuständigkeiten des Staates, denn die Rentenabsicherung im obligatorischen Bereich ist eine Zuständigkeit des Staates. Der Staat hat den Frauen bei der Altersrente fünf Jahre gestohlen. Das ist eine Tatsache und hier eine Kompensation vorzusehen, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Insofern bin ich der festen Überzeugung, dass jede Aktion in diese Richtung unterstützend sein kann und bedanke mich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen, die diesen Begehrensantrag vorgebracht haben. Ich darf aber gleichzeitig auch darauf hinweisen, dass wir im Rahmen der Zusatzzuständigkeiten – und bitte dies nicht zu verwechseln –, denn der Staat hat die Hauptzuständigkeit im rentenabsichernden Bereich und wir haben eine zusätzliche Zuständigkeit, diese ein bisschen nutzen können. Ich denke, einige Kolleginnen und Kollegen haben schon gesehen, dass ein Gesetzentwurf unterwegs ist, wo wir vorsehen, dass die unterstützenden Rentenmaßnahmen, die wir jetzt vorgesehen haben, im Ausmaß von einem Jahr pro Kind, dass wir diese jetzt auf zwei Jahre ausdehnen und wir werden morgen diesen Gesetzentwurf in der zuständigen Gesetzgebungskommission auch behandeln, sodass auch wir einen zusätzlichen Schritt im Rahmen unserer Zusatzzuständigkeiten gemacht haben. Das möchte ich noch einmal unterstrichen haben, denn die Hauptzuständigkeit liegt beim Staat und wir tun gut daran, ihn immer wieder daran zu erinnern.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Dominici, Sie haben das Wort für die Replik.

**DOMINICI:** Grazie. Intanto grazie alle colleghe ed ai colleghi che hanno firmato il Voto, in particolare le colleghe Cogo, Ferrari e Zanon e l'ex collega Ottobre, ringrazio in particolare l'assessora Stocker e il movimento femminile della SVP, perché l'iniziativa di raccolta delle firme è proprio partita dall'assessora Stocker ed ha coinvolto tante istituzioni e movimenti femminili, prima di tutto del Trentino e poi di altre regioni italiane. Il maggior numero delle firme è stato raccolto in Alto Adige/Südtirol, parecchie firme anche in Trentino.

In Trentino siamo partite come movimento femminile del Partito Autonomista ed abbiamo coinvolto le colleghe Cogo e Ferrari, le donne del PD, poi abbiamo coinvolto altri movimenti femminili, in particolare quello delle ACLI, dei sindacati confederali, dei sindacati autonomi e anche altri movimenti femminili liberi, non collegati né a partiti, né a sindacati del Trentino. Le firme raccolte sono state parecchie.

Ho seguito quanto hanno detto i colleghi, so che erano state approvate delle normative in aiuto della famiglia e delle madri di famiglia che sono costrette a lasciare il lavoro, perché non ci sono i nonni, perché in Trentino non tutti gli asili nido sono sufficientemente capienti per accettare tutti i bambini che si iscrivono, anzi ben lungi, in particolare nelle valli. È vero che abbiamo approvato la legge sulla famiglia, che prevede nel prosieguo degli anni che si debba arrivare alla presenza di asili nido, in modo che tutti i bambini possano essere accettati, ma ora non è previsto questo, in particolare per gli anni passati molte mamme sono state costrette a rimanere a casa.

Voglio dire anche alla collega Penasa che noi abbiamo guardato la situazione di necessità di tante madri che non sono più riuscite a rientrare nel mondo del lavoro. Se voi vedete dalla tabella i dati riportati delle donne che sono rientrate al lavoro, dopo essere rimaste a casa con i bambini piccoli e adolescenti, vedete che la percentuale italiana è molto più bassa di quella europea e lo diceva anche la collega Klotz, che ringrazio.

Così nella tabella del numero dei figli, le donne che sono riuscite a trovare lavoro al rientro sono state molto meno in Italia che nel resto d'Europa. È anche vero che il Voto è datato 2011, quando ancora non eravamo piombati nel baratro della crisi, per quanto tutte le premesse ci fossero state. Mi rendo conto che proporla ora è particolarmente problematico, date le situazioni di estrema difficoltà che tutti conosciamo dello Stato italiano.

È anche vero che questo non ci esime dall'intervenire con massicce proposte, qui prevediamo un decreto legge, come diceva l'assessora Stocker, visto che abbiamo competenza secondaria in materia previdenziale. Non ci esime neppure il baratro della crisi dall'intervenire, chissà quanto tempo ci vorrà, per far approvare prima un decreto legge e poi pensare che venga trasformato in legge, magari con l'aiuto dei nostri parlamentari della Regione, sempre che non erigano steccati ideologici o partitici o istituzionali, naturalmente coinvolgeremo e responsabilizzeremo prima di tutto o i nostri.

Nel resto d'Europa, come dicevano prima le colleghe Stocker e Klotz, questa norma che noi tentiamo di far passare, da tempo è realtà. Voi conoscete meglio la legislazione del centro Europa, in particolare Austria e Germania, io quella dell'Inghilterra, della Gran Bretagna, per ovvi motivi, ma non c'è alcun dubbio che per loro trovarci nel 2013 a proporre protezione della famiglia e della madre che lavora, nel 2013 è per loro essere quanto mai arretrati nel mondo del

diritto del lavoro, nel mondo delle politiche familiari ed in particolare della legislazione per aiuto alle madri.

Infine voglio fare due battute in ladino-noneso.

*(La consigliera parla in ladino-noneso).*

Traduco. Tante donne trentine, ma più di tutto nonese, continuano a sollecitarmi sperando che noi direttamente possiamo utilizzare le loro firme per una legge. Ma io spiego a tutte che non siamo noi che abbiamo il potere primario, ma secondario.

Ringrazio le colleghe ed i colleghi che hanno sostenuto questo Voto, augurandoci che possa essere approvato.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen jetzt zu den Stimmabgabeerklärungen.

Prego, cons. Filippin.

**FILIPPIN:** Rimango un po' perplesso, voterò questo Voto, perché non votarlo sarebbe un controsenso, però se c'è qualcuno che fa demagogia in quest'aula sono molte forze politiche di maggioranza.

Oggi guardando il giornale on-line del Consiglio provinciale di Trento, vedo che una proposta di legge del consigliere Casna, che prevedeva di poter ritardare l'inizio del lavoro per quanti, madri o padri, potevano portare i figli all'asilo, è stata bocciata. Allora se questo è il modo di aiutare le famiglie, evidentemente qualcuno ha capito male come si aiutano le famiglie in Italia.

L'Italia sta andando verso quello che viene definito una specie di suicidio demografico, nel 2050 avremo almeno 10 milioni di italiani in meno, ma 10 milioni di extracomunitari, che va bene naturalmente, andiamo verso una società multiculturale e quindi il destino è questo. Diciamo che nel 2050 avremo – da quello che ho visto un attimo fa sul sito – nascite 20 milioni in più, 31 milioni di decessi, quindi 11 milioni in meno.

Quindi quando si parla di tutela della famiglia, si intende innanzitutto della famiglia naturale, laddove è prevista la procreazione dei figli ed è importante quello che oggi andiamo dicendo, nel senso che oggi aiutare la famiglia e aiutare la donna che diventa madre, nella prosecuzione della sua attività e della sua carriera, è elemento importante.

Voglio però ricordare oggi alla consigliera Cogo un ragionamento di genere, non capisco perché due anni di contributi figurativi non possono essere riconosciuti al padre che sta a casa ad accudire i figli, laddove la madre decidesse di continuare la carriera.

Allora a quella consigliera che di fatto in quest'aula e nell'aula di Trento ha sempre gestito il rapporto di genere in forma privilegiata, voglio ricordare che oggi sento la necessità di difendere un rapporto di genere, quindi di prevedere che in questo Voto vengano inseriti anche i padri, laddove sia il padre a stare a casa ad accudire al figlio, mentre la madre sceglie la carriera. È logico che debba esserci un ragionamento di questo tipo, perché altrimenti è veramente demagogico quello che andiamo ad approvare.

Noi non difendiamo la famiglia, ma difendiamo la madre, che va bene, ma la famiglia è qualcosa di diverso e di più, la famiglia è un rapporto tra due genitori che generano, nella maggior parte dei casi, dei figli e che noi come Provincia, Regione e Stato dovremo tutelare e difendere.



Voglio poi fare un piccolo riferimento, velocissimo, ovvio che non possiamo interferire con lo Stato per quanto riguarda il riconoscimento di provvigioni e quant'altro, però sicuramente potremo fare delle leggi che consentano alla donna che si mette in aspettativa o che rinuncia nei casi eccezionali al lavoro, di avere delle indennità figurative, proposte a livello regionale e provinciale.

Oggi siamo qui in quest'aula a discutere, in una Regione dove l'autonomia è elemento di eccellenza e di riferimento a livello nazionale ed internazionale, siamo qui a discutere perché in alcuni Paesi scandinavi o in altri Paesi più avanzati di noi queste tutele sono presenti, mentre da noi non ci sono, è elemento di grande difficoltà.

Qualcuno ha ricordato: il nostro statuto a cosa serve? In quest'aula abbiamo delle forze politiche che cercano, attraverso un referendum, ancora di riconoscere un'autonomia, una libertà che oggi lo Stato italiano non prevede. Se di fronte a queste forze politiche noi vogliamo contrapporre una forte identità e capacità di azione, lo facciamo andando a chiedere allo Stato nazionale che ci riconosca quello che noi possiamo fare localmente? C'è qualcosa che non funziona evidentemente nella demagogia di chi propone queste soluzioni.

Ribadisco, questo è un Voto demagogico, anche perché non prevede il genere maschile, che comunque voterò, ricordando ai proponenti che non è così che si prendono i voti.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Civettini.

**CIVETTINI:** Grazie. Chiaramente si parte dalle 108 mila firme raccolte e credo che andrebbero regolamentate, perché se si chiede a chiunque se vogliono due anni di contributi regalati, credo che firmerà il mondo intero, perché è una sciocchezza nella sostanza. Punto primo.

Punto secondo. I generi.

Punto terzo. Perché solo le donne che sono state a casa, magari perché se lo potevano permettere di stare a casa e perché non quelle che invece sono anche dovute andare a lavorare, perché avevano il mutuo, perché sono separate, perché hanno problemi di famiglia, perché solo ad una parte di donne e non a tutte? Perché, a prescindere, una donna partorisce ed ha questo diritto. Fra parentesi, collega Klotz, lo dico in termini generali, l'Austria è un altro mondo, è vero, si paga il 28% di tasse, in Italia il 70% di tasse, tanto per essere chiaro.

Nelle 108 mila firme raccolte sarebbe stato bello scrivere: volete due anni di contributi gratis aumentando le tasse a tutti gli italiani? Probabilmente sarebbero state 18 firme, perché con il 70% di tasse probabilmente qualche problema c'è.

Allora il ragionamento va fatto in modo serio, compiuto, perché bisogna smetterla di fare l'inganno della politica, bisogna smetterla di raccontarsi le "balle", bisogna smetterla di andare per le valli a promettere che Gesù è morto dal freddo e che risorgerà se riusciremo a trasformare Romallo in Romallauski. Questa è la verità che non vogliamo affrontare!

Ho fatto la mia parte, mia moglie altrettanto, abbiamo generato tre figli e sicuramente abbiamo fatto il nostro percorso di vita, come tanti altri colleghi. È chiaro che raccontare demagogia o vivere la realtà del quotidiano di chi ha il mutuo da pagare è un'altra cosa! Le carriere, dal punto di vista del

lavoro, non si smettono, soprattutto se sono operaie che devono stare a casa ed allora potrebbe succedere, come è successo, che la moglie di un notissimo industriale o di un notissimo gioielliere di Rovereto è stata a casa, perché ne aveva più di tutti noi messi insieme ed a questa daremo due anni di contributi anche! Non è il collega Leonardi, è un altro caso e di un'età completamente diversa e riguardava la Manifattura tabacchi, tanto per essere chiaro. Allora, a fronte di questo, le andremmo a regalare due anni di contributi? Ma siamo seri o ce la raccontiamo!

Se il problema è la demagogia elettorale, Presidente lei ha ragione, forse vale la pena d'ora in poi cercare di capire quelle che sono le necessità dei nostri concittadini e quelle che sono le necessità elettorali di certe proposte, perché queste faranno la riunione per andare a dire: abbiamo detto a Roma di fare, però nella realtà quello che si poteva fare non è stato fatto.

Questo è ingannare il problema, è andare a suscitare delle aspettative che non si potranno avverare, perché mi sembra – lo dico con molto rispetto per la patologia – di vivere in un mondo di autistici, siamo fuori dal mondo! Non abbiamo i soldi per pagare lo stipendio agli esodati, non abbiamo i soldi per la cassa integrazione, perché Olivi ci ha informato che se non arrivano i miliardi da Roma abbiamo anche la difficoltà di mantenere il welfare a livello locale.

Allora credo che, a fronte di questo, sognare per rubare letteralmente tre voti credo sia indegno e immorale, da tutti i punti di vista.

Perciò, per quanto mi riguarda non parteciperò al voto, perché ritengo che il problema sia una grande opportunità, che la soluzione sicuramente va trovata nell'equilibrio e non nel privilegio di una parte, perciò o per tutti i generi o per nessuno.

Da ultimo, deve essere stroncato il sistema della maggioranza di proporre illusioni elettorali che producono danni, soprattutto producono il nulla assoluto, diventano anche perniciose nel momento in cui non si riesce a portare una soluzione vera. Facciamo quello che dobbiamo fare a livello regionale, aiutiamo le famiglie, aiutiamo le imprese, perché se le imprese vanno bene probabilmente queste necessità non ci sono.

Ringrazio la Presidente per la pazienza, visto che ho abusato del tempo.

**PRÄSIDENTIN:** Bitte, Abg. Penasa.

**PENASA:** Informo l'aula che purtroppo i morti di Milano sono arrivati a tre, perché oggi i giornali parlano di tutt'altro ed in questo momento sono arrivate notizie che i morti di Milano sono arrivati a tre. La gente che esce di casa la mattina in una società civile e non ritorna più, tre morti. Non dico altro.

L'altro aspetto. Veramente credo che la connotazione, gratuitamente speculativa di questo Voto, è vergognosa, perché non dice nulla. Soprattutto, assessora Stocker, non vada a prendere in ballo la legge n. 60 dicendo che abbiamo fatto qualche cosa, perché la legge n. 60 sta ripristinando il finanziamento alla Camera di Commercio, che in questo Consiglio abbiamo bocciato e non mi sembra un intervento di carattere sociale, semmai appartiene a quelle caratteristiche di pagare tutti gli amici degli amici che collaborino a far crescere i frutti del consenso, mi sembra più che altro questo.

Quindi si ricordi che le leggi le sappiamo leggere anche noi per bene e quindi l'elemento che preme nella legge n. 60 è ripristinare i finanziamenti alla Camera di Commercio.

L'altro elemento, viene tolto un limite del 60% sulla contribuzione, mi sembra più preoccupante che favorevole, perché non vorrei che il 60% fosse stato visto come limite in alto e invece lo intenderemo come limite in basso. Quindi questa è una domanda che poi verificheremo con la Commissione, tanto per dire che non ci si risponda carote con patate, perché le sappiamo distinguere.

L'altra questione, se vogliamo farci dire a Roma di nuovo che siamo fuori dalla realtà, basta andare con una proposta come questa, perché quando sappiamo che ci sono gli esodati della legge Fornero, ma non solo, perché la Provincia di Trento – non so Bolzano – ha realizzato anche i suoi di esodati, perché noi, cari signori, abbiamo a Trento delle persone che sono senza lavoro e senza copertura di nessun tipo e lo abbiamo detto più di una volta, ma siccome sono fuori dai provvedimenti automatici e sono fuori anche da quelli che sono i provvedimenti del sistema dell'assistenza sociale, abbiamo gente che a Trento non ha uno stipendio sul quale poter garantirsi di vivere almeno per le esigenze principali in un mese.

L'assessora Stocker ha citato anche l'onorevole Gneccchi, con tutto il rispetto, se l'onorevole Gneccchi saprà trovare la copertura a proposte come queste, spero che prima le chiedano assolutamente se avrà la sfera di vetro di trovare anche le coperture finanziarie – ripeto – per la cassa integrazione, perché forse quella è l'emergenza del Paese, visto e considerato quello che sta crescendo a livello nazionale.

Ebbene, come ho detto prima, mi asterrò da questa votazione, perché care colleghe Dominici, Cogo e Ferrari, ieri il collega Casna ha portato una legge in Commissione che aveva lo stesso valore, rispetto alle necessità delle donne che accudiscono i figli, in altra situazione, in altra dimensione, ma comunque quella era una legge chiara e tonda, questa è una mozione per prendere in giro qualcuno, gratuita perché oltretutto scarica su altri delle responsabilità e serve solo per rimpallare le questioni di merito che le persone si attendono.

Quindi, al di là che le istanze sono del tutto condivisibili, ma veramente con questa non andiamo a spostare nulla, semplicemente serve per fare un documento per portare in campagna elettorale e prendere di nuovo in giro la gente. Io non prendo in giro la gente, rinuncio a questo tipo di consenso, se necessario, perché comunque non si può fare violenza alla propria intelligenza.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Abg. Ferrari, Sie haben das Wort.

**FERRARI:** Grazie, Presidente. Quando si parla di questione femminile in quest'aula, come in quella del Consiglio provinciale di Trento, perché si cerca di riequilibrare una oggettiva situazione di disequilibrio, che più che di diritto è soprattutto di fatto, ci viene sempre detto che stiamo sbagliando il modo in cui si fa e che se parliamo di introdurre incentivi all'occupazione femminile, all'imprenditoria femminile ci sbagliamo, dovremo parlare di conciliazione. Quando parliamo di interventi sulla conciliazione ci viene detto: dovrete parlare del lavoro delle donne e quando parliamo del lavoro delle donne ci viene detto:

dovreste parlare di demografia. Non è mai centrato il tema, non è mai sufficiente e questa posizione nasconde semplicemente un'opposizione all'idea di poter riequilibrare questa posizione disequilibrata che oggi c'è. È vero, gli interventi sono sempre stati fatti puntualmente su specifici temi.

I dati ISTAT ci dicono che quando nasce il primo figlio, il 30% delle madri interrompe il lavoro, contro il 3% dei padri. Ecco forse perché questo Voto è anche sbilanciato sulle madri, non fosse altro che era legato ad una campagna che si chiamava "Grazie mamma" e quindi evidentemente aveva quell'impronta. Se si nota, il dispositivo non cita esclusivamente la madre, è neutro e, a mio avviso, qualora si potesse dimostrare che ad aver abbandonato il proprio posto di lavoro per crescere i figli fosse quel 3% di uomini, andrà senz'altro riconosciuto.

Evidentemente noi viviamo in un Paese in cui una coppia che decide di fare un figlio non viene premiata, perché continua la specie o perché fa un piacere demografico economico al proprio Paese, ma viene costretta a pagare un prezzo per aver deciso di fare un figlio e il prezzo più alto lo pagano le madri, quando in realtà sappiamo perfettamente che le indagini demografiche dimostrano che, laddove le donne lavorano di più, più alto è il tasso di natalità. È un dato statistico ormai comprovato, sappiamo che i dati del nostro Paese ci dicono che al sud, dove c'è una disoccupazione femminile del 40%, non si fanno figli e si fanno più figli nelle regioni del nord – noi ne siamo i campioni – laddove il lavoro femminile ha una percentuale più alta.

Allora è evidente che noi con questo Voto tendiamo a chiedere di invertire questo trend che castiga chi decide di fare figli, sia nel momento in cui li fa, sia poi in prospettiva rispetto al riconoscimento pensionistico che si ritrova, vi ricordo che oggi le pensioni delle donne sono almeno un terzo inferiori per cifra a quelle maschili. Quindi il grazie si perpetua anche nel momento in cui la donna è in pensione.

È vero che siamo intervenuti molte volte su questo tema, ma *repetita iuvant*, come diceva l'assessora prima. Se questo intervento che non si nasconde affatto, che la competenza è pienamente statale sulla previdenza, può ancora una volta sostenere iniziative nazionali che anche le nostre parlamentari hanno presentato, credo che sia un segnale politico che questa Regione può e deve tranquillamente assumersi, anche in virtù del fatto che quegli interventi che erano nella competenza locale sono stati fatti, anche domani si interverrà sulla previdenza integrativa rispetto alle donne. Quindi non mi sento di dire che deleghiamo allo Stato quello che noi non vogliamo fare, abbiamo fatto molto e proprio in ragione di questo ha senso che chiediamo allo Stato di fare la sua parte.

**PRÄSIDENTIN:** Prego, cons. Morandini.

**MORANDINI:** Grazie, Presidente. Il Voto, come era prevedibile, ha sollevato un dibattito interessante su cui peraltro qualche riflessione va fatta. Prima di tutto mi rivolgo all'assessora regionale Stocker, perché intervenga anche sulla Provincia autonoma di Trento, perché come lei sa ci sono ancora provvedimenti legislativi regionali non attuati nella Provincia autonoma di Trento, anche in particolare su questo versante. Esemplifico, la donna che rinuncia per l'intera giornata a lavorare fuori casa per accudire i figli e che avrebbe diritto, per la legislazione regionale in vigore cui ho fatto riferimento, di un aiuto nel

pagamento contributivo, si vede non attuata questa parte. Quindi questo è fortemente dannoso. Quindi le colleghe della Provincia di Trento che hanno sottoscritto questo Voto sono pregate di interessarsi anche di questo, diversamente si concretizza un fortissima ingiustizia, perché qui non serve fare niente, c'è la legge regionale e basta attuarla e voglio vederle all'opera queste colleghe della Provincia di Trento.

Altra inadempienza, in Provincia di Trento, assessora regionale, quella che prevede l'aiuto nel pagamento dei contributi ai familiari che si dedicano per l'intera giornata ad accudire ad un proprio familiare gravemente non autosufficiente. Sono anni, perché è qualche anno che è approvata questa legge regionale, anche qui legge regionale in vigore che non viene attuata in una Provincia, in questo caso nella Provincia di Trento. Anche qui chiedo alle colleghe della Provincia di Trento che hanno sottoscritto questo Voto di interessarsi per questo.

È vero, collega Stocker, che abbiamo competenza integrativa soltanto dal punto di vista statutario, però questa competenza integrativa, se utilizzata bene, può dare davvero la possibilità alla Regione di fare politiche familiari. Il primo pacchetto famiglia che feci era sulla competenza integrativa, ma lei mi insegna che se si fanno capire le buone ragioni in sede romana e si cerca di stare dentro l'alveo di questa competenza, si riesce a raggiungere risultati ragguardevoli.

Hanno detto bene, secondo me, alcuni colleghi, in particolare il collega Filippin, che non è previsto, collega Dominici, il genere maschile, il primo pacchetto lo prevedeva e quindi è giusto prevederlo. Quindi si potrebbe integrare, collega Dominici, diversamente sembra un Voto squisitamente femminista, tanto più con la legge che ha equiparato i diritti dell'accudimento dei figli da quando sono nati, dando la possibilità in alternativa al padre, se la madre non ritiene o ha altri impegni.

Vorrei anche annotare, visto che qualcuno ha sollevato la questione della denatalità, che siamo ad un livello di denatalità assolutamente preoccupante, non solo in Italia, ma anche nel mondo, in Europa in particolare. Quindi da questo punto di vista ben venga una legislazione di questo tipo, però non possiamo nasconderci dietro un dito. Una delle cause più importanti della denatalità è l'aborto e quindi le colleghe che hanno sottoscritto questa mozione sono pregate di fare qualcosa almeno perché sia ridotto questo, perché una delle cause, cara Caterina Dominici, della denatalità in Italia e nel mondo è proprio l'interruzione volontaria di gravidanza.

Non è completamente vero quanto diceva poc'anzi la collega Ferrari e cioè che dove le donne lavorano di più fuori casa, più alto è il tasso di natalità. È vero in parte, ma è vero anche perché per questa parte la legislazione, guarda caso, aiuta soprattutto le donne che vanno fuori casa a lavorare, ho fatto un esempio prima di un articolo di una legge regionale nostra sulla previdenza integrativa in vigore, che non viene attuata in provincia di Trento e riguarda la fattispecie per la quale la madre sceglie di rinunciare temporaneamente al lavoro per accudire per l'intera giornata i propri figli, quindi c'è anche una sorta di accanimento nell'attuazione delle leggi contro questo tipo di presenza per l'intera giornata in casa.

La stessa Emilia Romagna, che ha una legislazione fortemente favorevole per incentivare il lavoro della donna fuori casa, ha un tasso di natalità dello 0,9%, quindi un record assolutamente in negativo.

Ciò non di meno, turandomi il naso per le ragioni politiche che ho detto, collega Dominici, voterò ob torto collo questo Voto.

**PRÄSIDENTIN:** Collega Casna, parla in dissenso al collega Civettini? Per il gruppo ha parlato il Capogruppo Civettini, può parlare uno per gruppo.

**CASNA:** Mi pare che il collega Civettini abbia già detto che non partecipa al voto e quindi io voto in dissenso a quanto lui ha detto.

Su questo argomento c'è poco da scherzare, qui qualcuno non fa il suo dovere. Se c'è già una legge regionale e Trento non la applica, diciamoci chiaramente che noi del Trentino facciamo vergogna stavolta! Se c'è già una legge regionale e noi non l'abbiamo applicata, copriamoci la testa di cenere e di vergogna. Se è competenza dello Stato, non possiamo dire, come fa Grillo: armiamoci e quando marciamo su Roma, scusate, mi scappa da ridere, andate voi. Oppure come qualcun altro diceva: armiamoci e partite. Non si può più fare così, se c'è una cosa seria la si porta avanti. Non si può dire competenza di Roma, quando noi qui abbiamo competenze di dare pensioni integrative. Perlomeno diamo la pensione integrativa, è il minimo che si possa fare. O aspettiamo che i sindacati ce lo chiedano? A questo punto portiamo i sindacati in aula al posto nostro, che diranno: sì diamo una pensione integrativa a quelle donne che rimangono a casa. Aspettiamo questo noi?

Ci sarebbero molte cose da dire su questo, voterò a favore, perché è un pio desiderio, fra i tanti pii desideri che votiamo in questo Consiglio anche a Trento, diamo un pio desiderio, mandiamo a Roma questa richiesta, perché noi non siamo capaci di dare una pensione integrativa alle donne che rimangono a casa.

È anche ora passata che Trento porti avanti il pacchetto famiglia che, a suo tempo, il collega Morandini aveva fatto approvare in questo Consiglio regionale, a favore della vita se possibile, non a favore della morte, perché mi pare che vogliamo la morte e non la vita in questa nostra Regione. Grazie.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen jetzt ab. Wer ist dafür? Favorevoli? Wer ist dagegen? Contrari? Wer enthält sich der Stimme? Astenuti?

Bei 4 Enthaltungen, ohne Gegenstimmen und den restlichen Stimmen dafür ist der Begehrensantrag Nr. 16 genehmigt.

Wir schließen jetzt die Vormittagssitzung. Ich wünsche allen eine erholsame Mittagspause und wir sehen uns um 15.00 Uhr wieder. Auguro a tutti una buona pausa pranzo e ci vediamo alle ore 15.00.

*(ore 12.56)*

*(ore 15.04)*

**VORSITZ: PRÄSIDENTIN ZELGER THALER**  
**PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE ZELGER THALER**

**PRÄSIDENTIN:** Ich wünsche einen guten Nachmittag und ersuche um den Namensaufruf.

MUNTER: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*  
*(Segretario):(fa l'appello nominale)*

**PRÄSIDENTIN:** Wir fahren mit der Sitzung fort und kommen zum Tagesordnungspunkt Nr. 5: **Begehrensantrag Nr. 17**, **eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Heiss, Dello Sbarba, Bombarda, Pichler (Rolle) und Laimer**, um die Regierung und das Parlament aufzufordern, sich mit **all den ihnen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln gegen die Entscheidung Sloweniens zur Laufzeitverlängerung und Erweiterung des Atomkraftwerkes in Krško auszusprechen.**

Ich ersuche den Ersteinbringer, Abg. Heiss, um die Verlesung.

**HEISS:** Danke, Frau Präsidentin!

### **BEGEHRENSANTRAG Nr. 17/XIV**

*Nein zur Laufzeitverlängerung und Erweiterung des Atomkraftwerkes  
in Krško (Slowenien)*

Slowenien will im Rahmen seines Nationalen Energieprogramms eine Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerkes Krško, den Bau eines neuen Reaktors, sowie die Errichtung eines Endlagers für schwach- und mittelaktive Abfälle und Konzepte bezüglich des Umgangs mit hochaktiven Abfällen umsetzen.

Das Kraftwerk liegt in der Nähe zu Friaul, in einer erdbebengefährdeten Zone. Einem starken Erdbeben würde auch das AKW Krško angeblich nicht standhalten und stellt damit ein enormes Risiko für die Bevölkerung in Slowenien, Österreich und Italien dar. Das Grunddesign des bestehenden Atomkraftwerks stammt aus dem Jahr 1970, dennoch soll die Laufzeit nunmehr bis 2043 verlängert werden. Bereits mehrmals gab es Störfälle, wo zu Tage kam, dass der Informationsfluss zwischen den verschiedenen nationalen und internationalen Atomsicherheitsbehörden sowie gegenüber der betroffenen Bevölkerung nicht funktionierte. Das Nationale Energieprogramm sieht außerdem angeblich kein Konzept für die Lagerung des radioaktiven Abfalls aus dem AKW Krško vor, Grundvoraussetzung für den Betrieb eines Atomkraftwerkes. Gegenwärtig sind in Slowenien weder ausreichend untersuchte potentielle Endlagerregionen ausgewiesen, noch ist ein entsprechender gesellschaftlich akzeptierter politischer Konsens bekannt.

Zudem hat sich die Bevölkerung in Trentino-Südtirol wie in ganz Italien im Zuge des diesjährig stattgefundenen Referendums eindeutig gegen die Kernkraft ausgesprochen. Ein an der italienischen Grenze befindlicher risikoreicher Atomreaktor, der noch weiter ausgebaut werden soll, widerspricht deshalb eindeutig dem Willen der italienischen Bevölkerung.

Deshalb

fordert  
der Regionalrat Trentino-Südtirol  
die römische Regierung und das Parlament auf,

sich mit all den ihr zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln sowohl auf staatlicher als auch auf europäischer Ebene, sich gegen die Entscheidung Sloweniens zur Laufzeitverlängerung und Erweiterung des Atomkraftwerkes in Krško auszusprechen.

**Gez.: DIE REGIONALRATSABGEORDNETEN**

HANS HEISS  
RICCARDO DELLO SBARBA  
ROBERTO BOMBARDA  
ELMAR PICHLER (ROLLE)  
MICHL LAIMER

**VOTO N. 17/XIV**

**No alla proroga della durata di esercizio e all'ampliamento  
della centrale nucleare di Krško (Slovenia)**

La Slovenia intende attuare nell'ambito del programma energetico nazionale la proroga della durata di esercizio della centrale nucleare di Krško, la costruzione di un nuovo reattore nucleare, nonché la realizzazione di un deposito di stoccaggio definitivo per scorie a bassa e media attività e programmi relativi alla gestione dei residui altamente radioattivi.

Il reattore si trova in prossimità del Friuli, in una zona altamente sismica, per cui la centrale nucleare di Krško non uscirebbe indenne da un forte terremoto, il che rappresenta ovviamente un enorme rischio per la popolazione slovena, austriaca e italiana. L'impianto dell'attuale centrale nucleare risale al 1970 ed ora si vuole prorogarne la durata di esercizio sino al 2043, anche se si sono verificati ripetutamente degli incidenti che hanno portato alla luce una carenza di informazioni tra le varie autorità nazionali ed internazionali per la sicurezza nucleare e la popolazione interessata. Inoltre sembra che il programma energetico nazionale non preveda alcun progetto per lo stoccaggio delle scorie radioattive provenienti dal reattore di Krško, presupposto fondamentale per il funzionamento di una centrale nucleare. Per di più in Slovenia non è stato assegnato a tutt'oggi un numero sufficiente di potenziali zone di stoccaggio permanente né è stato indagato se esiste un consenso politico che abbia il sostegno della popolazione.

Va anche ricordato che in Trentino-Alto Adige come in Italia nel corso del referendum indetto nel 2011 la popolazione si è chiaramente espressa contro l'energia nucleare. Un reattore nucleare a rischio, vicino al confine italiano, che si intende ora ampliare ulteriormente, va contro la volontà espressa dal popolo italiano.

Tutto ciò premesso,

**il Consiglio regionale della Regione autonoma Trentino-Alto Adige,  
fa voti al Governo e al Parlamento italiano, affinché**



con tutti i mezzi politici e giuridici a sua disposizione si opponga sia a livello nazionale che europeo alla decisione della Slovenia di prorogare la durata di esercizio della centrale nucleare di Krško e di ampliare l'impianto.

F.to: I CONSIGLIERI REGIONALI

Hans HEISS

Riccardo DELLO SBARBA

Roberto BOMBARDA

Elmar PICHLER (ROLLE)

Michl LAIMER

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Möchten Sie den Antrag erläutern? Sie haben das Wort.

**HEISS:** Danke, Frau Präsidentin! Ich erläutere nur kurz. Dieser Begehrensantrag stammt aus dem Oktober 2011. Er ist jetzt eineinhalb Jahre alt und befasst natürlich eines jener vielen Themen, die über unsere engere Zuständigkeit, über das territoriale Einzugsgebiet des Regionalrates hinausreichen und betrifft den Nachbarstaat Slowenien, wo ein Atomkraftwerk bereits seit geraumer Zeit am Laufen ist.

Der Begehrensantrag ist eine Gemeinschaftsoperation mit dem Kollegen Pichler Rolle und dem damaligen Landesrat Michl Laimer von der Südtiroler Volkspartei. Landesrat Laimer ist inzwischen einem politischen Gau zum Opfer gefallen. Aber trotzdem bleibt weiterhin die Substanz dieses Begehrensantrages aufrecht, denn dieses Atomkraftwerk in Krško ist zwar von Italien ein wenig entlegen, aber es ist rund 100 km von Triest entfernt und nördlich von Lubiana gelegen, ein Reaktortypus aus dem fernen Jahr 1970-75 und inzwischen hervorgetreten mit relativ vielen Störfällen, die seit 1987 und gehäuft in letzter Zeit aufgetreten sind. Störfälle, die einerseits aus dem technischen Betrieb dieser Zentrale hervorgehen, die offenbar völlig veraltet ist, so ist erst heuer Ende Februar 2013 wieder ein kleiner Reaktorunfall aufgetreten, so dass dieses Kraftwerk abgeschaltet werden sollte. Ein Gutachten einer französischen Behörde, die dies untersucht hat, ist zu verheerenden Ergebnissen gekommen und hat seine Sicherheit auch im heurigen Jahr absolut negativ beurteilt. Natürlich kann man sagen, ein französisches Gutachten wird immer zugunsten der eigenen französischen Atomindustrie sprechen, aber alle Indizien sind absolut negativ und zeigen auf, dass diese Zentrale in Krško nicht betriebssicher ist und baldmöglichst eingestellt werden sollte. Die Sorge ist eben, dass bei einem Reaktorunfall, bei einem starken Windaufkommen, was mit der Bora in nur einer Stunde vom Standort bis nach Triest herüberwehen könnte, dass mit einem solchen Unfall der Nordosten Italiens gefährdet sein könnte und natürlich auch Ausläufer bis nach Südtirol herüberreichen könnte und dass diese Fälle eintreten können, das wissen wir immer wieder. Es hat nicht nur vor gut zwei Jahren den Reaktorunfall in Fukushima gegeben, unter dem die japanische Bevölkerung nach wie vor laboriert, sondern auch in Europa, ich denke z.B. an England, aber auch in den Vereinigten Staaten hat es eine Reihe von Reaktorunfällen größeren Ausmaßes gegeben, von Tschernobyl ganz abgesehen. Auch wenn man annimmt, dass das Restrisiko relativ gering sein kann, so ist doch das Risiko im Fall eines Unfalles so groß, dass die Gefährdung außerordentlich ist. Deshalb plädieren wir dafür, dass der weitere Ausbau des Reaktors durch die

Intervention auch der neuen Regierung Letta gestoppt werden sollte und dass die Regierung Letta auf den Nachbarstaat Slowenien einwirken soll, dass allenfalls Stromlieferungsabkommen zur Verfügung gestellt werden, dass die Möglichkeit besteht, den Strombedarf auf andere Weise zu decken, um diese Ausbaupläne zu verhindern. Hinzu kommt noch als gravierender Faktor, dass dieses Gebiet hochgradig erdbebengefährdet ist, sodass ein Beben diesen Reaktor gleichfalls zu einer enormen Gefahrenquelle aufbauen könnte.

Wie gesagt, gibt es immer wieder Unfälle und Störungen in diesem Reaktor. Es gibt eine akute Gefährdung nicht nur der eigenen slowenischen Gesellschaft, sondern auch des Nachbarstaats Italien. Wir sind von den Fernwirkungen betroffen und sollten dem Nordosten Italiens hier unterstützend zur Seite gehen. Es gibt bereits von anderen Regionen gleichfalls entsprechende Anträge und deshalb ist dieser Antrag des Regionalrates sicher nicht weltbewegend. Er wird nicht als große Geste sofort eine politische Durchsetzung erzielen, Kollege Leitner, wie du aus eigener langjähriger Erfahrung weist, aber es ist trotzdem ein deutliches Signal, dass wir für die Sicherheit in diesem Bereich einstehen, dass wir hier in Trentino-Südtirol uns für nachhaltige und erneuerbare Energie einsetzen und der Atomkraft eine entschiedene Absage erteilen. Deshalb dieser parteiübergreifende, damals noch mit Landesrat Laimer unterzeichnete Begehrensantrag, um dessen breite Zustimmung wir ersuchen.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Leitner, Sie haben das Wort.

**LEITNER:** Danke, Frau Präsidentin! Ich schicke voraus, dass wir selbstverständlich zustimmen werden. Das Problem ist, dass man beim EU-Beitritt Sloweniens nicht die entscheidenden Maßnahmen seitens der EU getroffen hat. Wie damals im Zusammenhang mit Temelin in Tschechien und Krško in Slowenien – so genannte Schrottreaktoren, die von den neuen Mitgliedsländern betrieben werden -, dass man diese im Vorfeld wirklich auf europäische Sicherheitsstandards überprüft und dass man bei der Neuausrichtung der Energiepolitik auch berücksichtigen soll, dass es in einigen Staaten ablehnende Haltung gibt. Italien hat mit einem Referendum Atomreaktoren abgelehnt. Wir wissen, dass Silvius Berlusconi wiederum darauf bedacht war, sie einzuführen. Diese Diskussion hatten wir schon und das wurde dem Volk ja unterbreitet. Das Volk hat sich mit klarer Mehrheit dagegen ausgesprochen und ich denke, dem ist schon Rechnung zu tragen.

Ich hoffe nicht, Kollege Heiss, dass es Dir ähnlich ergeht wie mir, als ich einen Beschlussantrag zur Türkei über die Menschenrechte gemacht habe, wo der Botschafter beim Präsidium interveniert hat, wir sollten uns nicht in andere Staaten einmischen. Aber vom Inhalt her unterstützen wir selbstverständlich diesen Antrag. Es kann nicht sein, denn wir wissen, dass bestimmte Gefahren nicht an einer Staatsgrenze Halt machen. Wenn es einen Unfall in Krško gibt, dann sind auch wir die Leidtragenden. Wir haben alle noch Tschernobyl im Gedächtnis, aber es gibt Reaktoren viel viel näher bei uns. Temelin und Krško sind diejenigen, die sehr nahe sind, von denen wir zweifelsohne betroffen wären, wenn es einen Gau, geschweige denn einen Supergau gäbe und in Temelin sind, ich weiß nicht wie viele, Vorfälle bekannt, seit Tschechien bei der Europäischen Union ist. Da frage ich mich schon, was macht die Europäische Union, wenn hier die Gefahr von solchen Einrichtungen

ausgeht, da ist die Bevölkerung in den Nachbarländern sich ausgeliefert. Deshalb finde ich es schon richtig und dass es unser Recht ist, uns auch hier zu äußern, weil wir auch hier Gefahr abwenden müssen, wir können hier auch wirklich betroffen sein. Das ist nicht so, dass man sich hier nur gegen die Atomkraft ausspricht, sondern gegen Einrichtungen, die uns nicht nur potentiell, sondern real gefährden. Das muss ich in aller Deutlichkeit sagen.

Noch einmal: es ist schade, dass man beim EU-Beitritt dieser Staaten die Forderungen von Parteien und Gruppierungen nicht ernst genommen hat oder nicht berücksichtigt hat, dass diese Reaktoren im Vorfeld wirklich geprüft werden, ob sie für die Bevölkerung keine Gefahr darstellen. Das hat man leider Gottes nicht gemacht. Eine Willensäußerung ist es allemal, die wir selbstverständlich gerne unterstützen.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Casna.

**CASNA:** Grazie, Presidente. Mi trova d'accordo questo Voto ad una condizione, che sia rivolto anche alla Germania, anche alla Francia, anche alla Svizzera, perché hanno le centrali potentissime la Francia e la Svizzera lungo i nostri confini. Anche per un altro motivo sono d'accordo, così potremo essere messi nelle stesse condizioni con gli altri Paesi europei, per quanto riguarda il costo dell'energia e potremo quindi in questa maniera dare respiro alle nostre aziende, poiché le nostre aziende sono soccombenti con le aziende francesi, svizzere e tedesche, perché abbiamo un costo di energia notevole.

Quindi ben venga questo Voto, ma *erga omnes*, tutta l'Europa. Non capisco perché con la Slovenia, potevamo farlo anche 40 anni fa con la Slovenia quando c'erano i comunisti o allora avevamo paura dei comunisti? Quindi farlo adesso in un Paese che sta emergendo poverino un po' alla volta, noi gli vogliamo dare la mazzata: l'energia nucleare no. No per tutti, non soltanto per i più deboli. Grazie.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! ...Scusi, cons. Civettini, il Segretario generale mi dice, che ha già parlato un Suo collega. Il dissenso vale solo per la dichiarazione di voto, allora può parlare in dichiarazione di voto.

La parola alla Giunta, prego, Presidente Pacher...

**CIVETTINI:** La ringrazio, Presidente. Il Voto coglie...

**PRÄSIDENTIN:** ...collega Civettini, Il segretario mi dice che ha già parlato un suo collega...

**CIVETTINI:** ...in dissenso!

**PRÄSIDENTIN:** No, il dissenso vale solo per la dichiarazione di voto, allora può parlare nella dichiarazione di voto.

Prego, la Giunta.

**PACHER:** Per dire che si condivide lo spirito di questo Voto, anche perché di quello specifico impianto sono note l'obsolescenza e una serie di problematiche che si sono verificate nel corso di questi anni, che lo rendono davvero una delle situazioni forse più inquietanti a livello europeo, tra gli esempi conosciuti.

Tra l'altro credo che siamo in una situazione nella quale, al di là degli orientamenti espressi, anche recentemente nel nostro Paese su questo tema, ma anche a livello europeo ci sono dei segnali che vanno decisamente in direzione di una tendenza molto positiva, pensiamo che la Germania ha stabilito per il 2022 la conclusione dei propri impianti nucleari, abbiano un progetto davvero molto importante di sostituzione delle fonti energetiche, con una grande politica di risparmio energetico, di incentivazione delle energie alternative. La Germania, una presenza non di sfondo nel panorama europeo.

Questa è un'indicazione che effettivamente si può fare. Quindi un'indicazione di Voto che esca da questo Consiglio regionale, sottolinea anche il fatto che la nostra Regione, per quanto riguarda la produzione di energia da fonti alternative rinnovabili, il risparmio energetico, le attenzioni alle sensibilità di questi temi della sostenibilità, sia nella fascia alta a livello europeo. L'auspicio era che la nostra potesse diventare una sorta di Clima-Land, cioè un'area fortemente connotata per l'impegno in questi settori.

Quindi credo che sia coerente anche con questo indirizzo, che è stato più volte rimarcato anche negli incontri del Dreier Landtag con il Consiglio del Tirolo, credo che sia davvero molto coerente con questo orientamento anche una presa di posizione di questo genere, che non è discriminatoria verso un Paese, ma vuole rinforzare una direzione che marcia, che a livello europeo sta diventando sempre più popolare, sempre più sostenuta.

**PRÄSIDENTIN:** Abg. Heiss, Sie haben das Wort für die Replik.

**HEISS:** Danke, Frau Präsidentin! Nur eine kurze Replik, da der Konsens doch recht weit zu gehen scheint. Ich danke den Kollegen Leitner und Casna, die sich zu Wort gemeldet haben und vor allem auch dem Präsidenten Pacher für seine ausführliche und überzeugte Stellungnahme in dieser Hinsicht. Eine Stellungnahme, die zeigt, dass wir alle diese Fragestellung nicht nur als Routine des Regionalrates hinnehmen, sondern wirklich auch die Ernsthaftigkeit dieser Situation anerkennen, auch wenn die Sachlage vielleicht noch für viele Jahre oder Jahrzehnte sicher sein kann. Aber die Unfälle gerade von diesem Reaktor waren in letzter Zeit allzu häufig und zu Recht hat Präsident Pacher darauf hingewiesen, dass die führende Industrienation Europas, die Bundesrepublik Deutschland, ab 2022 die Energiewende komplett machen will. Ob sie sie dann macht, muss man erst noch sehen, auch Deutschland ist nicht so perfekt, wie es eben zu tun vorgibt.

Jedenfalls in diesem Sinne herzlichen Dank für die Zustimmung und wir hoffen, dass dieser Begehrensantrag an der gegebenen Stelle Wirkung zeigt, ohne dass wir diplomatische Zwischenfälle, wie von Kollegen Leitner befürchtet, zu erwarten haben.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Gibt es Stimmabgabeerklärungen?

Prego, cons. Civettini.

**CIVETTINI:** Grazie. È chiaro che lo vedo comunque come un Voto ideologico, perché o ci sarà una sanatoria internazionale sul nucleare ed allora bene, ma diversamente parlando di Europa ci prendiamo in giro. Cari colleghi, voi ricordate il 29 settembre 2003 ed allora tutti ci accorgemmo che noi stiamo utilizzando energia nucleare, perciò ci stiamo prendendo in giro, che viene dalla

Francia e sui confini italo-francesi ci sono cinque sedi nucleari, dove anche lì negli ultimi due anni ci sono stati quattro incidenti, uno pochi mesi fa per una fuoriuscita di idrogeno.

Allora il ragionamento come *mission* mi va bene, ma se diventa una sanatoria e una volontà europea di non produrre energia nucleare, non mi basta solo la Germania, Presidente Pacher, perché noi abbiamo visto cosa è successo con Chernobyl, che era un po' più in là della Germania. Allora, a fronte di questo, chiaramente l'energia è una delle regole che noi chiediamo all'Europa, perché o c'è energia uguale per tutti o ci prendiamo in giro, perché non possiamo competere.

Lavoravo in un'azienda di produzione italiana, in provincia di Modena e noi eravamo sotto terribilmente rispetto alle produzioni francese e spagnola per il costo dell'energia, il costo del lavoro ed il cuneo fiscale sappiamo che cosa sono e lì vediamo altre differenze.

Allora su questi temi mi trovo in vera difficoltà, perché essere antinucleari verso la Slovenia e non citare la Francia, dove ce ne sono cinque qui fuori dalla porta, mi spaventa un po', perché la vedo ideologica da questo punto di vista.

Oltre a questo è vero che la Germania forse sarà perfetta nel 2022, però questo non vuol dire assolutamente nulla, perché da qui a là vediamo cosa succede, perché si parla di mettere situazioni di produzione più sicura e poi andremo a vedere che cosa vuol dire, perché la competizione si gioca sull'economia e sui costi di energia, cioè non ci sono situazioni di mezzo, altrimenti ci prendiamo in giro e lanciamo delle crociate contro l'una o contro l'altra.

Sinceramente, a livello personale, non mi esprimo, dico che nel momento in cui ci sarà la volontà di una sanatoria europea/mondiale, cioè con una scelta di andare tutti insieme su un tipo di energia diversa, sicuramente sarò d'accordo. In queste condizioni mi trovo in grossa difficoltà, perché noi parliamo di ripartenza, ma dove volete che ripartiamo se noi produciamo una energia che costa il 15% in più e parliamo di far ripartire le nostre aziende? Dove andiamo? Questo è il problema vero. Noi abbiamo scelto politicamente di produrre in modo diverso, bene, lo stiamo pagando, tant'è che il resto d'Europa è avvantaggiato su tutti i fronti.

Allora, a fronte di questo, prendetevi la responsabilità di dire ai nostri lavoratori: state a casa, perché non siamo competitivi. Diversamente se ci fosse un dispositivo che impegna lo Stato italiano a creare un tavolo aperto, affinché ci sia una sanatoria sulla produzione dell'energia di un certo genere, mi trovate assolutamente d'accordo. Decidiamo cosa fare tutti, perché per uscire dall'impasse in cui l'Italia è ci vogliono tre regole: costo del lavoro, tasse, energia. Fino a quando non ci saranno queste tre regole, ma saranno le banche, che sono socie di coloro che gestiscono l'energia anche nucleare, probabilmente ci stiamo prendendo in giro, stiamo facendo ideologia, stiamo vendendo fumo. Nella realtà stiamo togliendo dalle tasche dei nostri cittadini, oltre ai denari, anche la loro salute, perché è vero che in caso di terremoto potrebbe succedere, ma il terremoto economico già sta succedendo e perciò lo stiamo pagando pesantemente.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Penasa.

**PENASA:** Mi ricollego al discorso che ha fatto adesso il collega Civettini, cioè qui parliamo di energia possibilmente non per le competenze che abbiamo, poi quando vedo i Voti trasversali hanno sempre qualche cosa di strano da nascondere. Mi chiedo: perché in questo Consiglio regionale non parliamo mai delle competenze che abbiamo sull'energia per il DPR n. 235 del 1977? Magari cominciamo a discutere sul fatto che questa energia che noi abbiamo, che ci è stata ritornata dallo Stato come competenze, è andata a qualcun altro? A qualcuno che è stato deciso in *camera caritatis* al di fuori di questo Consiglio? Perché non discutiamo mai che forse per far ripartire l'economia di questo territorio dovremo rivedere le assegnazioni di energia che vengono fatte ora, per la maggior parte alla Provincia, agli enti del sistema della Provincia o quant'altro? Producono PIL quelli?

Questo Consiglio è particolarmente impegnato a discutere su ciò che è poco di sua competenza, perché allora possiamo chiedere all'Europa, possiamo chiedere al Governo, cioè con tutte le competenze che ha questa Regione e queste Province, possiamo giornate a chiedere agli altri ciò che magari non possono fare. Ho questa sensazione che lo si faccia proprio perché, per parlare d'altro, magari si evita di parlare di ciò che interessa.

Perché la discussione sul DPR n. 235 del 1977 non l'abbiamo mai fatta? Perché non sappiamo questa energia che viene prodotta in questa regione esattamente quant'è, come viene distribuita, quanto rende dal punto di vista finanziario e chi se la spartisce? Perché non discutiamo questo che sarebbe forse il miglior intervento per uscire da quest'aula e dire ai cittadini che oggi abbiamo passato una giornata per fare qualcosa per loro? Specialmente per quelli che attendono un posto di lavoro e per tutti quei giovani che un posto di lavoro non ce l'hanno? Ma è più comodo star qui a parlare delle centrali della Slovenia, che non conosco e quindi non posso dire, non mi azzardo a fare valutazioni su ciò che non conosco, perché quello è più semplice.

Invece che parlare di come sono esercitate le competenze in queste Province ed in questa Regione sulle materia che abbiamo, questo non lo discutiamo mai, perché questo lo discute qualcun altro, fuori da questi Consigli, penso anche fuori dalle Giunte, perché i fili li tirano tutt'altri soggetti, non certo quelli della politica. Noi ci trastulliamo con le domande al Governo su questioni, in questo momento, addirittura inaccettabili per la situazione nella quale siamo e sennò andiamo a vagare sull'Unione europea che sicuramente in questo momento, con i problemi che ci sono, avrà tempo di interessarsi di una delibera del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige, tenuto conto che già tutti ci considerano dei privilegiati.

Quindi pensiamo che impatto possano avere queste situazioni. Dichiaro il voto di astensione.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Abg. Filippin, Sie haben das Wort.

**FILIPPIN:** Voterò questo Voto. Per quanto riguarda quanto detto fino ad oggi è in parte vero, nel senso che questa Regione si diletta a fare in alternativa a quello che dovrebbe fare, avremo molte cose da fare, ma è evidente che il progetto della Regione, ipotizzato nell'accordo Degasperi-Gruber non c'è più, oggi siamo ridotti a discutere di Voto, per quanto riguarda la possibilità o meno di bloccare l'espansione della centrale nucleare vicina all'Italia.

Questo è l'aspetto più impegnativo da questo punto di vista, o diamo a questa Regione nuove funzioni e capacità operative, o comunque, come diceva la consigliera che mi ha prima preceduto, utilizziamo almeno le competenze che abbiamo per fare qualcosa di concreto, oppure oggi sicuramente è una giornata persa, probabilmente per qualcuno ci sarà qualche momento di soddisfazione, perché ha avuto un proprio Voto approvato, ma di nessuna efficacia.

Quindi di fronte al nucleare credo che il pensiero di ognuno di noi vada a quanto è successo in Giappone. Ho sempre ritenuto che l'energia sia un elemento principale per consentire una civile convivenza nel mondo, nel senso che oggi i popoli sottosviluppati hanno bisogno di innovazione, ma hanno bisogno di energia e noi dovremmo riuscire a dare quell'energia importante, necessaria per il loro sviluppo, cosa che non facciamo, anzi se a qualcuno è capitato di andare a vedere come vengono affittati i territori in Africa, a migliaia di ettari, dalle imprese tedesche, giapponesi e quant'altro, per coltivare prodotti da bruciare nella produzione di energia per proprio vantaggio, ci renderemo conto che da questo punto di vista stiamo saccheggiando i Paesi poveri.

Allora ho sempre ritenuto importante che chi è in grado debba fornire energia ed innovazione ai Paesi poveri, per consentire loro una prospettiva di sviluppo. Non succede. Da questo punto di vista ero un nuclearista convinto, proprio per questo motivo, dopo quello che è successo in Giappone, se è potuto succedere a loro, meno male che noi abbiamo interrotto il nostro programma nucleare, perché da noi sicuramente le possibilità di un disastro, vista la nostra superficialità come popolo nell'affrontare le cose, sarebbe stata ben più alta.

È vero quanto diceva prima il consigliere Civettini, noi importiamo energia prodotta con il nucleare, ma la paghiamo con i certificati verdi, non è che viaggia nei condotti dicendo io sono verde, no, noi paghiamo i certificati verdi alla Francia e quella ci dà energia prodotta con il nucleare, almeno in percentuale sicuramente con il nucleare, cosa che avremmo potuto fare noi. Quindi Superphénix è vicino a Torino, è la più grossa centrale nucleare di Francia, succedesse qualcosa lì il nord Italia se ne va.

Allora di fronte a quello che è successo in Giappone, approverò questo Voto, perché sicuramente i rischi sono tali per cui o si va verso un nuovo progetto di centrali nucleari, oppure molto meglio vivere con meno, ma meglio in questo caso. Certo, dovremmo ridurre i consumi e da quello che mi risulta il consumo di energia elettrica in Italia si sta riducendo perché c'è la crisi, si sta riducendo perché chiudono le fabbriche. Allora di fronte a questa riduzione è chiaro che potremmo anche pensare ad una riconversione di quelle centrali.

Quindi ben venga questo Voto, facendo però riferimento che il progetto va affrontato globalmente, non è possibile chiedere allo Stato di bloccare una centrale in Slovenia, quando ce ne sono a decine in prossimità dei nostri confini. Se questa è l'Europa, certo noi potremmo essere una importante realtà nel continente europeo, però sicuramente la Regione oggi ha talmente poche capacità di azioni, per cui voterò questo Voto, ci accontenteremo che sia approvato, ma non produrrà assolutamente nulla e questo è quello che noi naturalmente ci apprestiamo a fare: nulla.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Klotz.

**KLOTZ:** Wir werden dem Antrag zustimmen, weil es in erster Linie eine Willensbekundung ist und es auch hier geht es auf das Recht auf Unversehrtheit, auch wenn es die Schwäche aufweist, dass ein Staat einen anderen zu nichts zwingen kann. Aber die Position zur Kenntnis zu bringen, den Willen und ich nehme an, dass die unmittelbaren Nachbarn auch sich dagegen wehren. Deshalb unsere Zustimmung.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Eccher.

**ECCHER:** Grazie, Presidente. Il problema dell'energia è un problema che coinvolge l'Italia in particolare, è uno dei problemi più grossi che l'Italia abbia mai avuto in questi anni. Se noi facciamo l'equazione che tutti gli economisti considerano, che energia è uguale a sviluppo economico, che l'energia è il motore dell'economia, si capisce come l'economia in Italia vada male.

Tutti avete presente, per esempio, la fabbrica dell'Alcoa in Sardegna, dove producono l'alluminio, ebbene questa fabbrica non aveva più risorse e c'era una cordata di olandesi che volevano prenderla, perché l'alluminio è una grossa risorsa. Hanno fatto un banale calcolo ed hanno detto: con quel costo dell'energia non ci stiamo dentro e così si va avanti.

L'energia in Italia costa il 35% in più che nel resto d'Europa, capirete bene come le cose possono andare avanti. Il guaio è che abbiamo ideologizzato ogni problema. Quando abbiamo fatto il referendum sull'energia atomica, il primo lo abbiamo fatto dopo Chernobyl ed il secondo dopo Fukushima. L'unica nazione al mondo che ha fatto due referendum contro l'energia nucleare è l'Italia, noi siamo i più bravi, i più belli.

Però se alla fine del mese la mia bolletta energetica da 100 euro passa a 120 euro mi dispiace, ma tutto sommato possiamo sopravvivere, noi politici che siamo così ben pagati, mentre per il popolino avere un aumento di quel genere costa caro. A questo punto, chi è causa del suo mal pianga se stesso, non vengano a lamentarsi che l'energia costa di più.

La Germania ha detto che nel 2022 diminuirà le centrali nucleari, da qua ad allora vedrete quanto tempo passa. In Giappone dove c'è stato il disastro nucleare, qualcuno aveva portato avanti l'idea di poter chiudere le centrali nucleari, non sono neanche riusciti a fare il referendum in Giappone, dove c'è il disastro, perché hanno detto: senza energia nucleare non viviamo.

Noi siamo i più bravi al mondo che paghiamo la nostra energia al 35% in più senza lamentarci. È chiaro che nella nostra realtà regionale abbiamo l'energia idroelettrica che ha un grosso risultato, attualmente in regione l'energia pulita rappresenta il 30% ed abbiamo l'obiettivo di arrivare al 90%, un bellissimo obiettivo. Non siamo la *turris eburnea*, una realtà estrapolata dalla nazione, per cui se siamo illusi che potremo essere competitivi con il resto dell'Europa e del mondo con questi costi dell'energia, siamo degli illusi".

Noi siamo i più bravi, perché non facciamo l'energia nucleare, però la compriamo dalla Francia, noi portiamo all'estero camion di materiale da bruciare, paghiamo per esportare le nostre immondizie ed all'estero producono energia e poi comperiamo l'energia. Siamo i più bravi del mondo noi!

Il collega Nardelli mi guarda con un certo disappunto. Non sono economista, ma se lei mi spiega come possiamo noi competere con qualsiasi altra parte dell'economia europea, con un costo che è il 35% di altrove, noi diciamo che siamo bravi.



Quando c'è stato il disastro di Cernobyl noi abbiamo avuto dei danni ed è più lontana della Francia, immaginatevi se succedesse in Francia!

Chiudo Presidente, perché questo è un argomento che mi accalora, perché se c'è un disastro tutti noi soffriamo, non è che soffre solo il collega Nardelli, da medico dovrei essere contrarissimo, d'altra parte l'energia è il motore dell'economia e non possiamo interferire, quello che farà la Slovenia lo deciderà autonomamente.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Wir stimmen jetzt darüber ab. Wer ist dafür? Favorevoli? Wer ist dagegen? Contrari? Wer enthält sich der Stimme? Astenuti?

Bei 7 Enthaltungen, 4 Gegenstimmen und den restlichen Stimmen dafür ist der Begehrensantrag Nr. 17 genehmigt.

Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt, Nr. 6: **Begehrensantrag Nr. 18, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Schuler, Depaoli, Pichler (Rolle), Anderle und Noggler, um das Parlament aufzufordern, entsprechende gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen bzw. die Regierung damit zu beauftragen, den Artikel 117 der Straßenverkehrsordnung dahingehend abzuändern, dass Führerscheineulinge im ersten Jahr ab Erhalt der Fahrerlaubnis Fahrzeuge, welche das bestimmte Kraft-/Gewichtsverhältnis überschreiten, nur dann lenken dürfen, wenn ihre Fahrt von einer Person mit mindestens zehnjähriger Fahrpraxis begleitet bzw. kontrolliert wird.**

Ich gebe das Wort an den Ersteinbringer für die Verlesung.

**SCHULER:** Danke, Frau Präsidentin! Ich darf den Begehrensantrag verlesen:

### **BEGEHRENSANTRAG**

#### **Harmonisierung der Sicherheitsansprüche an Führerscheineulinge**

Mit dem Staatsgesetz Nr. 120 vom 29. Juli 2010 wurden die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung insbesondere für Führerscheineulinge im Sinne von höheren Sicherheitsansprüchen abgeändert (siehe Artikel 117 StVO).

Demnach dürfen Inhaber des Führerscheins der Kategorie B innerhalb des ersten Jahres ab Erhalt der Fahrerlaubnis keine Fahrzeuge lenken, die eine bestimmte Antriebskraft im Verhältnis zum Fahrzeuggewicht überschreiten. Bekanntlich kann sich ein erheblicher Teil der jungen Fahrzeuglenker kein eigenes Fahrzeug leisten, weshalb es in den meisten Familien Usus ist, den Kindern das familieneigene Fahrzeug zur Verfügung zu stellen. Nun stellt sich für die allermeisten Familien das Problem, dass das Familienfahrzeug das Kraft-/Gewichtsverhältnis überschreitet und somit die Kinder es als Führerscheineulinge nicht lenken dürfen.

So wird es vielfach geschehen, dass die Führerscheineulinge ab der bestandenen Prüfung kein Fahrzeug mehr lenken werden können und damit an Fahrpraxis verlieren, was unweigerlich zu erhöhtem Risikopotential führen wird. Um dieser Gefahr auszuweichen und trotzdem der löblichen Ratio des Gesetzes, die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen, gerecht zu werden,

würde es ausreichen, die Bestimmungen des genannten Artikel 117 StVO mit jener des Artikels 122 derselben Straßenverkehrsordnung anzugleichen.

Nämlich erlaubt das Gesetz in der Zeit ab dem Bestehen der theoretischen Prüfung bis zum Bestehen der praktischen Prüfung den Jugendlichen mit dem sogenannten "Foglio rosa" Übungsfahrten zu absolvieren, sofern sie aber von einer Person begleitet werden, welche die Fahrerlaubnis seit mindestens 10 Jahren erhalten hat. Zumeist sind dies die Eltern der Jugendlichen. Während dieses Zeitraumes greift die Begrenzung des Kraft-/Gewichtsverhältnisses nicht, jedes Fahrzeug ist für die Übungsfahrt zugelassen, gerade weil die Fahrt von einem erfahrenen Beifahrer begleitet und kontrolliert wird.

Im Lichte dieser Logik müsste die Bestimmung des Artikels 117 StVO abgeändert werden, sodass die Limitierung für die Führerscheinneulinge nur dann gilt, wenn sie ein Fahrzeug alleine bzw. ohne Beistand eines Fahrers mit zehnjähriger Fahrpraxis lenken.

Mit dieser Regelung könnten die Führerscheinneulinge trotzdem ein Fahrzeug lenken, zudem würde die einjährige Kontrolle der Eltern das Fahrverhalten mit Sicherheit sehr positiv beeinflussen.

Aus den oben genannten Gründen

#### **ruft der Regionalrat das Parlament auf**

entsprechende gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen bzw. die Regierung damit zu beauftragen, den Artikel 117 der StVO dahingehend abzuändern, dass Führerscheinneulinge im ersten Jahr ab Erhalt der Fahrerlaubnis Fahrzeuge, welche das bestimmte Kraft-/Gewichtsverhältnis überschreiten, nur dann lenken dürfen, wenn ihre Fahrt von einer Person mit mindestens zehnjähriger Fahrpraxis begleitet bzw. kontrolliert wird.

Gez.: DIE REGIONALRATSABGEORDNETEN  
ARNOLD SCHULER  
MARCO DEPAOLI  
ELMAR PICHLER (ROLLE)  
RENZO ANDERLE  
JOSEF NOGGLER

#### **VOTO N. 18/XIV**

##### **Armonizzazione dei requisiti di sicurezza per i neopatentati**

Con la legge statale 29 luglio 2010, n. 120, sono state modificate le norme del Codice della Strada, in particolare per quanto riguarda i neopatentati, aumentando le limitazioni ai fini della sicurezza (vedi articolo 117 del CdS).

In base a questa legge ai titolari di patente di guida di categoria B nel primo anno dal rilascio non è consentita la guida di autoveicoli che rispetto alla tara superano una certa potenza.

È noto che la gran parte dei giovani guidatori non possiede un mezzo proprio, per cui nella maggior parte delle famiglie si suole mettere a disposizione dei figli la macchina di famiglia. Ora, per la stragrande maggioranza delle famiglie si

pone un problema, dovuto al fatto che l'auto familiare supera il rapporto potenza/peso del veicolo, per cui i figli neopatentati non possono guidarla.

Per questo motivo accadrà spesso che i neopatentati, dopo aver conseguito la patente di guida, non avranno più possibilità di guidare, perdendo così la pratica, il che porterà inevitabilmente ad aumentare il potenziale di rischio.

Per ovviare a questo pericolo e comunque rispettare la lodevole ratio della legge di aumentare la sicurezza sulle strade, basterebbe allineare le disposizioni del citato articolo 117 del CdS a quelle di cui all'articolo 122 dello stesso Codice.

Nel periodo che intercorre fra il superamento dell'esame di teoria e il conseguimento della patente di guida i giovani possono esercitarsi alla guida muniti del cosiddetto foglio rosa, a condizione di essere accompagnati da una persona in possesso di patente di guida da almeno dieci anni. Il più delle volte si tratta dei genitori. In questo lasso di tempo non viene applicata la limitazione del rapporto potenza/peso del veicolo e ogni veicolo è ammesso per le esercitazioni di guida, proprio per la presenza a fianco di un guidatore esperto che vigila.

Seguendo questa logica la disposizione di cui all'articolo 117 del CdS andrebbe modificata, affinché la limitazione per i neopatentati trovi applicazione solo quando si guida da soli ovvero senza avere a fianco un guidatore con almeno dieci anni di esperienza alla guida di autovetture.

Con questa regolamentazione i neopatentati potrebbero comunque guidare e inoltre il controllo dei genitori, per un anno, avrebbe sicuramente effetti molto positivi sul loro comportamento al volante.

Per i succitati motivi,

**il Consiglio regionale della Regione autonoma Trentino-Alto Adige,  
sollecita il Parlamento**

ad adottare i provvedimenti normativi del caso ovvero a incaricare il Governo di modificare l'articolo 117 del Codice della Strada, stabilendo che nel primo anno dopo il conseguimento della patente di guida ai neopatentati sia permesso guidare gli autoveicoli che superano un determinato rapporto potenza/peso solo nel caso in cui abbiano a fianco e siano controllati da una persona con esperienza di guida almeno decennale.

F.to: I CONSIGLIERI REGIONALI  
Arnold SCHULER  
Marco DEPAOLI  
Elmar PICHLER (ROLLE)  
Renzo ANDERLE  
Josef NOGGLER

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE DEPAOLI  
VIZEPRÄSIDENT DEPAOLI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

**PRESIDENTE:** Ci sono interventi? Ha chiesto la parola il consigliere Civettini.  
Prego.

**CIVETTINI:** Una cosa molto semplice, vorrei parlare di problemi che riguardano il nostro territorio. Stiamo perdendo tempo cincischiando un Consiglio regionale importante, come quello del Trentino-Alto Adige, a parlare di cose che non ci competono, perché potremmo pensare di fare anche un Voto affinché il Papa, quando va in Parlamento, possa calzare le scarpe degli Schützen, tanto per dire un paradosso.

Questo è un problema che riguarda un tema dei ricchi, perché il problema dei disoccupati non è questo, il problema delle fabbriche che chiudono non è questo, il problema delle macchine grosse non è un problema del 95% delle famiglie trentine e sudtirolesi. Il problema di far guidare la macchina grossa al figlio, perché l'ho in casa, è un problema di nicchia di qualcuno che non riguarda il nostro popolo in gran parte.

Penso che se spendessimo il nostro tempo in modo sacrale, visto che ci pagano, per dare risposte obiettive alle esigenze del nostro territorio, probabilmente interpreteremo bene il nostro ruolo.

Mi sento veramente in difficoltà, perché qui potremmo parlare anche del sesso degli angeli, auspicando, tramite il Governo che è preso per trovare i fondi per pagare gli esodati e per i fondi della cassa integrazione e trovare l'occupazione per i nostri giovani che in Trentino – parlo del Trentino perché ho i dati – ci sono 27 mila disoccupati, di cui 10 mila tra i 25 ed i 29 anni. Probabilmente questi disoccupati tra i 25 ed i 29 anni hanno ben pochi problemi di prendere il macchinone di papà, una volta si prendeva la 500 di papà, adesso si prende il SUV di papà.

Allora non è un problema che ci riguarda, è un problema banale, si occupino le forze dell'ordine, si occupino gli specialisti dell'analisi degli incidenti. Ieri si è schiantato un ragazzino di 15 anni con una moto e stiamo piangendo tutti ed il giorno dopo sapete qual è il titolo? Perché proprio a Marco? Perché proprio a Giovanni? Perché proprio a Hans? Forse qualche responsabilità di qualche figlio di papà o di qualche papà di figlio c'è.

Allora dobbiamo perdere tempo a ragionare se possiamo farli andare sulla macchina grossa? Ma che vadano in bicicletta, per la sicurezza! Semmai ben venga la possibilità di poter andare con mezzi di potenza minima, affinché si affranchino nella guida.

Ho sempre rispettato i vostri tempi, siccome ho ancora due minuti, se volete vi porto una frotta di disoccupati che il macchinone non ce l'ha e non è un problema di famiglia.

A fronte di questo, auspico che in questo Consiglio regionale, magari assieme a qualche amico sudtirolese, si parli di problemi concreti, non di auspici che sono inapplicabili, che non servono a nulla e non portano ad alcun beneficio. Non siamo qua per votare sogni, siamo qua per cercare di porre all'attenzione dell'opinione pubblica risposte concrete alle esigenze del nostro territorio, non alle esigenze di chi ha il SUV. Se uno ha il SUV si prendesse l'autista per portare in giro il proprio figliolo, che così magari impara, oltre alle norme del codice della strada, anche come si fa a creare occupazione, nel momento in cui c'è la possibilità di permettersi un certo tipo di vettura. Grazie.

**PRESIDENTE:** Intende replicare il proponente? No. Allora passiamo alle dichiarazioni di voto. Ha chiesto la parola il consigliere Casna. Prego.

**CASNA:** A dire la verità sono imbarazzato davanti a questo Voto, vota sì o vota no è la stessa cosa, tanto mandiamo sempre a Roma e veda Roma. Viva Dio, siamo stufi di essere autonomi? Siamo stufi di dire: siamo un Consiglio regionale legislativo? O deleghiamo tutto a Roma? Viva Roma allora, venga su Roma e ci mandi tutti a casa!

Scusate, diciamo in lingua romana: *Quo usque tandem abutere patientia nostra?* Fino a quando dunque abuserai della nostra pazienza? Oggi abbiamo perso tempo e denaro e quando andremo davanti al Padre Eterno, il Padre Eterno ci renderà conto anche di questo probabilmente, quanto tempo abbiamo perso in chiacchiere inutili, scusate! Anche di queste cose dovremo rendere conto, anche delle chiacchiere inutili fatte, così mi insegnavano quando avevo un po' di educazione religiosa a scuola, oggi non c'è neanche più quella, quindi per forza va tutto male, ma ci insegnavano anche questo, che il tempo è prezioso e ci verrà chiesto conto come l'abbiamo speso e questo non è il modo di spendere il nostro tempo.

La gente se venisse a sapere quanto prendiamo e stiamo qui a giocherellare, a fare domande a Roma perché intervenga in Slovenia, a fare domande a Roma perché prometta alle donne che stanno a casa di dargli la pensione, quando magari ieri in Commissione avete votato contro su cose analoghe, mi domando: ci prendiamo in giro? Facciamo i conti in casa nostra, cosa stiamo facendo noi, senza mai andare a chiedere a Roma, siamo autonomi, viva Dio!

Per dare un contentino voto a favore, per carità non voto contro, però è niente.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto la parola il consigliere Knoll. Ne ha facoltà.

**KNOLL:** Kollege Casna, Du musst Nachsicht haben. Dieser Begehrensantrag ist von den Kollegen der Südtiroler Volkspartei eingereicht worden und diese richten ihre Politik nun mal nach Rom aus und nicht nach Europa.

Aber eines möchte ich nur ganz kurz anzumerken: Kollege Arnold Schuler, dieser so genannte „foglia rosa“ hat auch ein deutsches Wort. Bei mir war das der Probeführerschein.

Aber jetzt zum Inhalt des Begehrensantrages. Grundsätzlich stimmt eure Diskussion, nur zwei Punkte sind da schon anzumerken. Die Frage wäre einmal aufzuwerfen, wie viele Fälle es effektiv gibt, wo Jugendliche nicht mit einem Auto fahren dürfen, denn was vorhin hier gesagt wurde, die Logik ist schon ein bisschen nachvollziehen. Wenn man eine Familie hat, die so ein großes Auto fährt, dann kostet das auch ein gewisses Geld. Dann hat man vielleicht auch die Mittel zur Verfügung, dem Jugendlichen ein Auto zur Verfügung zu stellen, mit dem man fahren kann, denn in der Regel haben es Familienväter, die einen sehr großen Wagen fahren, nicht unbedingt so gerne, wenn mit diesem ganzen Vaters Stolz dann der Sohn mit dem frischen Führerschein alleine irgendwo hinfährt. Ich glaube, dass gehört schon zur Realität, dass - zumindest was ich mich erinnere und wir hatten einen VW-Polo, also bestimmt nicht einen großen Wagen -, ich erinnere mich auch daran, dass das nicht unbedingt gerne gesehen wurde. Aber grundsätzlich ist diese Diskussion sicherlich richtig. Es wäre hier wichtig darauf hinzuweisen, dass die Jugendlichen diese Fahrpraxis nicht verlieren sollen und deshalb sicherlich unsere Zustimmung zu diesem Begehrensantrag, auch wenn diese

zwei Punkte zu beanstanden wären, dass es eben der Probeführerschein und nicht der „foglio rosa“ ist und die Logik ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass man derartige Dinge nicht immer nur nach Rom delegieren sollte.

**PRESIDENTE:** Se non ci sono altri interventi, pongo in votazione il Voto n. 18.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 2 voti contrari, 4 astensioni e tutti gli altri favorevoli, il Voto n. 18 è approvato.

Passiamo alla trattazione del punto n. 7 iscritto all'ordine del giorno:

**Mozione n. 50, presentata dai Consiglieri regionali Morandini, Borga, Viola, Delladio e Leonardi, affinché il Presidente del Consiglio regionale e l'Ufficio di Presidenza si adoperino, unitamente al Presidente della Regione, presso le competenti Istituzioni nazionali, Capo dello Stato e Presidente del Consiglio dei Ministri, affinché possa essere chiesta alle Autorità statunitensi una revisione del processo che ha condannato all'ergastolo Chico Forti.**

Prego il consigliere Morandini di dare lettura della Mozione.

**MORANDINI:** Questa seconda mozione sul tema è stata presentata esattamente un anno fa, il 13 giugno 2012, perché erano emersi nuovi elementi molto importanti e perché si voleva coinvolgere anche il Consiglio regionale su questa questione, che ormai sta rivestendo un ruolo davvero importante, in seno alle vicende giudiziarie, per una serie di ragioni che andrò adesso ad esporre.

#### **MOZIONE N. 50/XIV**

*“Enrico Forti deve essere aiutato!”*

La vicenda giudiziaria che ha avuto ed ha per protagonista l'imprenditore trentino Chico Forti continua a riservare colpi di scena. Tuttavia, prima di esaminarli, pare opportuno riepilogare, sia pure per sommi capi, l'intera storia.

L'imprenditore, recatosi all'estero per ragioni di lavoro, dopo un processo sommario durato meno di un mese - alla faccia della prudenza! - il 15 giugno del 2000 venne condannato con l'accusa di omicidio.

Un'accusa pesantissima, ma dalle basi indiziarie e probatorie non solo deboli, ma inverosimili: a detta della giuria popolare della Dade County di Miami, infatti, l'imprenditore trentino sarebbe stato il mandante dell'omicidio di Dale Pike, figlio di Antony Pike e conoscente dello stesso Forti, a quel tempo in gravi difficoltà economiche.

Ora, per comprendere l'inconsistenza delle accuse mosse a Forti, non occorre neppure addentrarsi nei particolari dal momento che è sufficiente rammentare alcuni punti sintetici, ma assai eloquenti e, soprattutto, ampiamente provati:

- a) l'intero contatto tra Forti e Dale Pike è durato appena mezz'ora;
- b) i due non si erano mai incontrati prima di allora;
- c) l'imprenditore trentino non aveva alcuna ragione per vendicarsi con il padre del ragazzo, che, anzi, avrebbe dovuto incontrare di lì a poco, vale a dire il 18 febbraio, a New York.

A ciò - a parte il fatto che non è mai stata trovata l'arma del delitto e che nessuno ha mai provato in alcun modo il contatto tra l'assassino di Pike, tutt'ora senza nome - si aggiunga che Forti, convocato come persona informata dei fatti poco dopo l'omicidio, si recò spontaneamente e senza avvocato al dipartimento di polizia. Comportamento assai singolare, per un potenziale mandante d'omicidio.

Mandante, giova ricordarlo, dell'omicidio del figlio di una persona frequentata per pochi minuti. A riprova dell'assurdità di questa ipotesi, come già in parte accennato, vi è la totale assenza di prove a carico di Forti. Escluse quelle prove "circostanziali", la cui inconsistenza è denunciata dallo stesso vocabolo, che rimanda a circostanze, ma non certo a certezze o a fatti.

Non è dunque da considerarsi un caso che il pubblico ministero locale, Reid Rubin, impiegò ben ventotto mesi per predisporre la sua arringa finale, un vero e proprio record, tipico di chi è costretto a costruire un impianto accusatorio sulle sabbie mobili.

Paradosso finale dell'intera vicenda, fu che al processo la parola finale, anziché all'avvocato, venne concessa proprio al pubblico ministero Rubin, che fu pertanto libero di avanzare la più strampalata delle teorie, consapevole del fatto che né il Forti, né il suo difensore avrebbero potuto opporre replica alcuna.

Ciononostante, dopo appena poche ore di ritiro, la Corte ha scelto di pronunciarsi. E lo ha fatto emettendo una condanna in modo tragicomico: "La Corte **non ha le prove** che lei signor Forti abbia premuto materialmente il grilletto, ma ha **la sensazione**, al di là di ogni dubbio, che lei sia stato l'istigatore del delitto. I suoi complici **non sono stati trovati** ma lo saranno un giorno e seguiranno il suo destino. Portate quest'uomo al penitenziario di Stato. Lo condanno all'**ergastolo** senza condizionale."

Ricapitolando: pur in totale assenza di prove e senza che i suoi presunti complici, né l'arma del delitto siano mai stati individuati, Chico Forti avrebbe ucciso il figlio di una persona incontrata mezz'ora in tutta la sua vita per poi correre, una volta convocato, al dipartimento di polizia.

Fin qui i fatti già noti. Un nuovo rapporto completato in questi giorni ha messo in luce nuovi inquietanti elementi che possiamo così riassumere:

1. per confutare le ricostruzioni offerte da Chico Forti durante il suo processo furono commessi errori marchiani, come per esempio la consultazione di tabulati telefonici di giorni, addirittura di anni (!) diversi da quelli in cui si svolse la vicenda;
2. il cadavere di Dale Pike, la vittima, venne trovato denudato con accanto non solo i vestiti ed alcuni effetti personali, ma pure degli elementi, tra i quali una carta telefonica utilizzata per chiamare Forti: in pratica, se fosse stato lui l'assassino o il mandante, l'imprenditore trentino - pur potendo distruggere indizi che avrebbero presto ricondotto a lui - avrebbe volutamente omesso di farlo, mettendo gli inquirenti sulle proprie tracce: assurdo;
3. Chico Forti fu interrogato in modo del tutto illegale: non gli vennero letti i diritti, e sono sparite anche le registrazioni audio e video di quegli interrogatori, nei quali, tra l'altro, egli avrebbe (comprensibilmente

sconvolto e impaurito, dato che era anche senza avvocato) mentito, negando di aver mai incontrato la vittima. Il tutto, come se non bastasse, in violazione anche dell'Accordo di Vienna dal momento che non vennero mai avvisate le Autorità consolari italiane, come conferma una lettera di scuse inviata in un secondo momento al Console;

4. all'imprenditore trentino, dulcis in fundo, durante il processo toccò una difesa non solo debole, ma del tutto inattendibile, in termini di professionalità: Ira Lowey, il suo avvocato, era in potenziale conflitto d'interessi giacché - com'è stato poi appurato - lavorava anche per l'ufficio del procuratore. Il che rende ulteriormente evidente come i diritti di Forti furono del tutto calpestati sin nei più elementari dettagli processuali.

Ora, a prescindere dai risvolti giudiziari di questa vicenda, è del tutto chiaro come l'imprenditore trentino - quali che siano, ammesso che ci siano, le sue responsabilità in riferimento alle accuse per le quali risulta tuttora condannato - non abbia avuto alcuna possibilità di difendersi. Rimane pertanto urgente, anche per le Autorità regionali, impegnarsi per chiedere che costui abbia, come tutti, diritto di essere nuovamente giudicato su una vicenda per la quale, sin da subito, è stato individuato - sulla scorta delle cosiddette prove circostanziali, quindi prove assolutamente né chiare, né precise, né concordanti - come il colpevole e trattato sempre di conseguenza.

Di qui l'importanza che le istituzioni, a partire dalla Regione autonoma Trentino-Alto Adige, nella cui terra il Forti ha avuto origine, si impegnino con rinnovato vigore per richiedere che il suo processo sia sottoposto a revisione.

Ciò premesso,

**il Consiglio regionale della Regione Trentino-Alto Adige  
impegna**

**il Presidente del Consiglio e l'Ufficio di Presidenza**

ad adoperarsi - tanto più alla luce dei nuovi elementi emersi - con rinnovato vigore, unitamente al Presidente della Giunta, presso le competenti Istituzioni nazionali - Capo dello Stato e Presidente del Consiglio - affinché Chico Forti possa ottenere dalle Autorità statunitensi quantomeno una revisione del processo che lo ha visto condannato all'ergastolo da una Corte che, per sua stessa ammissione, non aveva prove.

F.to: I CONSIGLIERI REGIONALI  
Pino MORANDINI  
Rodolfo BORGA  
Walter VIOLA  
Mauro DELLADIO  
Giorgio LEONARDI

**PRESIDENTE:** Ha chiesto la parola il consigliere Civettini. Ne ha facoltà.

**CIVETTINI:** Grazie, Presidente. Ringrazio sentitamente il collega Morandini ed i firmatari della Mozione, perché ci sta mettendo nella condizione di parlare di



interessi dei cittadini, che è importante. Ritengo che questa presa di posizione sia assolutamente congrua con quanto è il nostro mandato, perché Chico Forti è un nostro concittadino e comunque ringrazio il collega per la sua illustrazione così precisa, sia dal punto di vista della giurisprudenza che dei passaggi. Allora credo di aderire convintamente a questa proposta.

La Presidente Rosa Thaler ha ricordato come anche in altra occasione ci siamo occupati di questo nostro concittadino ed auspico che anche i Consigli provinciali, soprattutto quello di Trento, si occupino dello stesso argomento, proprio per dare un sostegno totale alla famiglia Forti, ai figli ed a questo cittadino che ritengo sfortunato.

Per quanto è di nostra conoscenza e per quanto è stato anche amplificato in termini di media, lo abbiamo visto su varie trasmissioni, abbiamo visto personaggi di primo piano che si sono interessati, senza esprimere giudizi, ma per chiedere a chi lo sta detenendo un giusto processo, questo è il passaggio nobile, fatto con le dovute maniere.

Concludo, visto che per una – definita non da me – terrorista, vi fu addirittura uno scambio di persona, attraverso un accordo con lo Stato italiano, Craxi mi sembra era Presidente del Consiglio, ebbene credo che in subordine si possa anche pensare, a fronte di quella che sembrerebbe una palese ingiustizia, ci fosse anche la possibilità di attivare la via diplomatica, affinché Chico Forti venga in Trentino e possa chiarire davanti ai tribunali la sua posizione.

Per quanto mi riguarda, senza nulla sapere, ma per percezione, sicuramente non avrebbe motivo di battersi così duramente e di rivendicare la propria innocenza, se poi alla fine innocente non fosse.

Perciò ringrazio il collega Morandini e voteremo convintamente questa Mozione.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto la parola la consigliera Klotz. Ne ha facoltà.

**KLOTZ:** Ich bin mit diesem Fall nicht vertraut, deshalb habe ich einige Fragen an den Einbringer. Es steht im beschließenden Teil „...verpflichtet der Regionalrat von Trentino-Südtirol die Präsidentin des Regionalrates und das Präsidium,... erneut bei den zuständigen Stellen... einzutreten,...“, d.h. es hat schon einmal eine Intervention gegeben, nehme ich an? Wenn wir das wissen könnten.

Dann steht in den Prämissen im letzten Teil: „...Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Institutionen, allen voran die Region Trentino-Südtirol, dem Land aus dem Forti stammt, erneut mit aller Entschiedenheit für eine Wiederaufnahme des Prozesses eintreten“. Welche anderen Institutionen sind tätig geworden? Gibt es eine Art Verteidigungsstelle oder einen Verteidiger in der Region, in Trient, in Rom, der sich dafür interessiert? Gibt es eine staatliche Stelle, die bereits interveniert hat in diesem Zusammenhang oder nicht? Also was wurde bisher getan. Die Aussage oder das Zitat in der Einleitung, das Urteil betreffend wo zumindest in der Übersetzung steht: „*das Gericht hat aber – ohne jeglichen Zweifel – das Gefühl,...*“. Das ist für ein Urteil ein unglaublicher Satz, wenn ein Urteil aufgrund eines Gefühls gefällt wird. Ich glaube, Kollege Vezzali wird da auch den Kopf schütteln, wenn ein Gericht zu einem Urteil nur aufgrund eines Gefühls kommt. Das zumindest würde ich so auch nicht hinnehmen. Wenn es um Gerechtigkeit geht und wenn es

möglicherweise um ein Unrecht geht, wenn die primitiven Regeln der Verteidigung nicht eingehalten worden sind, dann gibt es meines Erachtens schon einen Grund, hier einen Anschlag zu leisten, also sich einzusetzen. Aber ich hätte gerne noch diese Details gewusst, wer sich sonst dafür einsetzt und ob es hier von Staatswegen nicht eine Stelle gibt, die in einem solchen Fall gefordert ist.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto la parola il consigliere Sembenotti. Prego.

**SEMBENOTTI:** Grazie, Presidente. Mi trovo un pochino spiazzato, perché non sapevo che questa Mozione fosse all'ordine del giorno. La storia di Chico Forti la conosco molto bene, perché fino ai 17-18 anni eravamo molto amici, abitando anche a pochi metri di distanza ed avendo frequentato le scuole elementari, le medie e le superiori assieme. Quindi conosco perfettamente bene lui come persona, la famiglia e tutta la sua storia, perché l'ho sempre seguita con molto interesse.

Credo che, al di là della storia che viene raccontata in questo modo, chi legge la storia adesso sicuramente non riesce a farsene un chiaro quadro, anche perché è raccontata molto sommariamente, per capi principali. La storia è lunga, complessa e si inserisce in un quadro pieno di zone d'ombra, non tanto per quanto riguarda la figura di Chico Forti, ma per l'ambiente che frequentava e soprattutto perché si sono inserite a cavallo molte dicerie, molte supposizioni, molte cose che poi si sono dimostrate non vere.

In realtà Chico Forti, dopo essere andato in America, già qua era un personaggio, un tipo molto estroso, di grande personalità ed anche di grandi capacità, infatti è stato uno dei pionieri del windsurf, era diventato un campione, poi è passato al surf e poi è passato a fare una fila di sport estremi, sempre legati all'acqua, con i quali è diventato un personaggio ed ha cominciato a girare il mondo, a fare filmati ed a produrli lui. È diventato anche molto ricco e si è inserito in ambienti vicini allo spettacolo, attorno ai quali gravitano un sacco di persone anche prive di scrupoli.

Alla fine è rimasto coinvolto in questa storia strana, con questo omicidio che chiaramente non ha commesso lui, perché se uno analizza il caso, anche senza conoscere nel dettaglio, è palese, lo ha detto lo stesso verdetto del tribunale che non ci sono elementi per i quali si possa ritenere che lui è il colpevole. Paga il fatto di aver detto una bugia al primo interrogatorio, quella che poi si è rivelata una bugia, cioè ha detto: non ero in quella zona, non ero stato lì, invece hanno scoperto le immagini filmate dell'aeroporto dove lui diceva di non essere stato e lo hanno inchiodato per questa bugia. In America funziona così, quando non c'è un colpevole bisogna trovarlo, perché per l'opinione pubblica serve un colpevole.

Lui aveva pestato dei piedi importanti, perché aveva realizzato dei filmati, dei reportage legati alla storia di Versace, una storia molto complessa, però lui aveva preso una posizione abbastanza scomoda e par di capire che gliela hanno fatta pagare con la solita sbrigatività degli americani, che in queste circostanze non vanno molto per il sottile. Hanno trovato quello che poteva essere il colpevole e lo hanno condannato.

Il problema è che adesso sono 13 anni che è rinchiuso, è stato trasferito da un carcere all'altro, sempre carceri di quelli che provano molto, nei

quali succedono fatti di violenza e spesso e volentieri ci sono anche degli omicidi. Lui è sempre riuscito, grazie alla sua forza ed alla sua personalità, a rimanere un combattente nel tentativo di dimostrare la sua innocenza. Non si è neppure avvalso della facoltà che aveva di chiedere la grazia, perché sarebbe per lui una sorta di ammissione di colpa, anche se è palese che non sia così, però si rifiuta di percorrere questa strada.

L'unica strada che ora esiste, al di là della revisione del processo, sarebbe un intervento diplomatico ai massimi livelli. È stato approvato, perché noi stiamo parlando di questo caso in un'aula di Consiglio regionale, ma in realtà se ne è parlato al Parlamento più volte, ci sono stati interventi anche del nostro Ministero degli Esteri, anche dei Premier, sia nel corso del Governo Berlusconi, ma anche prima. Tutti i Ministri degli Esteri che si sono succeduti conoscono perfettamente questa storia ed hanno cercato di intervenire.

Ad un certo punto si era anche cercato, quando c'è stato l'omicidio di Perugia, il caso di Amanda Knox, visto che c'era una americana colpevole in Italia, sospettata e non condannata, di mettere insieme le due cose, cercando uno scambio, almeno per portarlo in Italia. Però non è mai stato possibile, anche perché i precedenti non aiutano, ricordiamo il caso di una terrorista italiana arrestata in America e poi portata in Italia e liberata e questo ha fatto drizzare il naso agli americani che non ci stanno più a questi scambi.

Ora la situazione com'è? La situazione purtroppo è quasi ad un vicolo cieco, perché gli americani su questo non vogliono sentire ragioni, a livello diplomatico, anche ai massimi livelli, non si è riusciti ad ottenere granché. Si cerca di ottenere questa revisione del processo, che non è prevista dal regolamento americano, è una cosa che viene fatta eventualmente in casi eccezionali e con dei costi esorbitanti, si parla di alcuni milioni di dollari di costo solo per poter accedere a questo processo. Quindi c'è in corso una raccolta fondi e domenica a Lecce c'è stato un concerto, una manifestazione con ospiti di caratura nazionale, artisti, due settimane fa c'è stata una manifestazione a Milano, quindi non è un caso solo trentino o regionale, ormai è un caso nazionale questo.

Per cui l'attenzione è bene che sia sempre massima, non possiamo illuderci che l'intervento nostro possa servire a qualche cosa di più, però è doveroso farlo ugualmente, perché nulla deve essere trascurato. Sono state raccolte più di un milione di firme per fare la petizione, sono state organizzate raccolte di fondi e ne sono in corso tuttora, sono intervenute più volte le istituzioni, ricordo che si è parlato anche nella trasmissione televisiva "Porta a Porta" di questo caso.

A questo punto cosa possiamo fare? Spero che approveremo all'unanimità il testo di questa Mozione e speriamo che sarà una goccia in più, non è che pensiamo possa bastare questo, però è un atto che dobbiamo fare e soprattutto dobbiamo – faccio un appello – tenere sempre alta l'attenzione di questo caso. Dobbiamo sperare che un giorno, quando ci sarà un altro Presidente americano, quando ci sarà un gioco di ambasciatori diverso, si riesca a risolverlo per via diplomatica, non chiedendo la liberazione, ma almeno di portarlo in Italia.

Si sta cercando ora di praticare questa via della revisione del processo, per questo più che gli intenti serve la raccolta fondi e quindi ci saranno centinaia di siti internet a favore di Chico Forti. L'unica cosa che dico è

che se qualcuno dovesse fare la classica raccolta fondi, di farla con un po' di *grano salis*, perché ci sono molte persone che se ne approfittano.

Per quanto mi riguarda, è chiaro che voterò questa Mozione, con la convinzione che andava fatta e va benissimo un passo in più, anche con la certezza che servirà a poco, ma con la continua speranza che questa bruttissima storia arrivi ad uno sbocco favorevole. Grazie.

**PRESIDENTE:** Per informazione alla collega Klotz, analoga Mozione era stata discussa il 6 ottobre 2009 ed era stata inviata da questo Consiglio al Presidente della Repubblica, al Presidente del Consiglio ed al Ministro degli Esteri.

Ha chiesto la parola il consigliere Vezzali. Prego.

**VEZZALI:** Grazie. Brevemente, perché molto è stato già detto. La Mozione non chiede chissà che cosa, chiede che si faccia pressione per avere un nuovo processo, non si chiede che venga dichiarata l'innocenza di Chico Forti, si chiede semplicemente, date queste nuove risultanze che il collega ha messo in evidenza e che potrebbero far pensare che ci sia stato effettivamente qualche errore, qualche superficialità nella gestione del processo a Chico Forti, si chiede semplicemente di poter revisionare questo processo in Italia. L'istituto della revisione esiste, quando prevalentemente emergano nuove prove rispetto a quelle acquisite al processo e che non si potevano conoscere al tempo del processo.

Questa mi sembra la situazione che il collega evidenzia, dice che la Corte emette una condanna dichiarando di non avere prove, dichiarando che vi sia unicamente una sensazione di istigatore e il collega che mi ha preceduto ha messo in evidenza che c'è stata questa falsa dichiarazione, che evidentemente ogni imputato in un processo tende a manifestare per cercare di difendersi, per cercare di ingannare anche l'autorità giudiziaria, in Italia l'imputato ha il diritto di mentire, in America credo che sia sentito come testimone, quindi forse come istituto processuale è un po' diverso.

Per essere molto sintetico, la pressione che è già stata fatta, come ha detto il Presidente, reiterare questa richiesta non sarebbe sicuramente male, proprio perché non si chiede che venga dichiarato innocente, non si chiede che il processo venga annullato perché chissà in quale modo gestito, ma semplicemente si chiede un nuovo processo, alla luce di queste risultanze che il collega ha messo in evidenza.

Questo mi sentivo di dire, rispetto a quello che ho già sentito dai colleghi. Grazie.

**PRESIDENTE:** Se non ci sono altri interventi, concedo la parola al consigliere Morandini per la replica. Prego.

**MORANDINI:** La ringrazio, Presidente. Ringrazio i colleghi intervenuti, Civettini, Klotz, Sembenotti e Vezzali, perché ciascuno per la propria parte ha messo a fuoco i contorni di una vicenda che ha del paradossale. Sono debitore alla collega Klotz di alcune risposte, c'era già stata un'analoga Mozione in Consiglio regionale, era la prima parte della legislatura, questa seconda Mozione non è ripetitiva della prima, ma perché dall'approvazione della prima Mozione al 14 maggio dello scorso anno erano emersi, li ho velocemente ricordati nella

premessa, nuovi elementi. Per cui ci sono gli elementi ed anche lo *ius novum* per chiedere e per far riaprire, far rifare il processo.

Il Presidente del Consiglio ha già ricordato chi è intervenuto in precedenza, vorrei solo aggiungere che, a parte l'intervento del Capo dello Stato, del Presidente del Consiglio dei Ministri e del Ministro degli Esteri, si sono interessati il Presidente del Consiglio Berlusconi e il Presidente del Consiglio Monti. Il Presidente del Consiglio dei Ministri Letta, appena nominato, ha dichiarato l'impegno del proprio Governo ad intervenire, si spera che si possa fare qualcosa.

È chiaro che su questa vicenda, che ha del paradossale e che vede da 13 anni ormai una persona in carcere, condannata all'ergastolo, sulla scorta di prove tutt'altro che chiare, precise e concordanti, bisogna fare davvero tutto il possibile, non lasciare nulla di intentato, quanto meno tener desta l'attenzione.

In questo senso va questo dispositivo, chiaramente potrà sortire l'effetto che sortirà, però penso che per un nostro conterraneo, ma anche non fosse nostro conterraneo, tanto più essendo nostro dovere, di fronte a una sentenza di questo tipo, bisogna fare tutto il possibile e reagire.

Ho citato testualmente nella premessa – fra virgolette – quanto ha dichiarato la Corte, la Corte ha proprio dichiarato – fra virgolette – paradossalmente quello che ho scritto nella premessa e che ho volutamente citato e che ha del paradossale. Grazie.

**PRESIDENTE:** Ci sono dichiarazioni di voto? Consigliere Knoll, prego.

**KNOLL:** Danke! Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil es eine Frage der Gerechtigkeit ist und weil wir auch der Überzeugung sind, wenn einem Menschen Unrecht getan wird, dann ist es auch Aufgabe der Politik, ein Zeichen zu setzen und hier eine klare Botschaft auch an die jeweiligen Regierungen zu schicken. Wir würden uns hier aber auch von den Kollegen wünschen, dass sie dasselbe Verständnis auch aufbringen würden, wenn wir derartige Initiativen gerade beispielsweise für die „Puschtra Buibm“ immer wieder lancieren. Dort sind Leute, die nicht einmal verurteilt worden sind, wo teilweise Beweismittel unterschlagen worden sind, bis heute Dinge nie aufgeklärt worden sind und die bis heute – seit über 50 Jahren – im Exil leben müssen. Das ist kein Politikum, das ich hier aufmachen möchte. Ich möchte nur aufzeigen, es gibt solche Fälle auf der einen Seite wie auf der anderen Seite und da wir die Auffassung vertreten, wenn Zweifel bestehen, dann gilt: im Zweifel für den Angeklagten, dann muss das in dem Fall auch gelten und deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen.

**PRESIDENTE:** Se non ci sono altre dichiarazioni di voto, pongo in votazione la Mozione n. 50.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? La Mozione n. 50 è approvata all'unanimità.

I presentatori della Mozione n. 51 hanno chiesto il rinvio della trattazione.

Passiamo alla trattazione del punto n. 9 iscritto all'ordine del giorno: **Interrogazione n. 117 a risposta orale, presentata dalla Consigliera regionale Klotz, per sapere se il geom. Silvano Grisenti, condannato con sentenza della Corte d'Appello di Trento ad un anno e mezzo di**

**detenzione per truffa, corruzione e concussione, lavora nella Segreteria della Giunta regionale, se gli è stato creato un nuovo ufficio, quali sono le mansioni al lui attribuite e i risultati finora raggiunti e quali ripercussioni avrà la citata sentenza sul suo impiego presso la Regione**

Prego la consigliera Klotz di dare lettura del testo dell'interrogazione.

**KLOTZ:** Nachdem wir bereits die Vorziehung beantragt hatten und das immer wieder aufgeschoben worden war, ist es jetzt hoch aktuell in Zusammenhang, Kollegin Penasa, überhaupt mit den Dingen in der Verwaltung der A22. So kann es gehen, es ist jetzt aktueller denn je. Silvano Grisenti ist nicht, wie hier fälschlicherweise geschrieben – und ich habe mich auf einen Zeitungsartikel bezogen, in dem das so gestanden hat – nicht vom Kassationshof, sondern vom Oberlandesgerichtshof in Trient zu einer Haftstrafe von eineinhalb Jahren wegen Betruges, Bestechung und versuchter Erpressung im Amt verurteilt worden. Damit hat das Oberlandesgericht das Urteil des Landesgerichts nicht bestätigt, sondern noch einmal erweitert, also die Strafe noch erhöht, weil es zusätzliche Anschuldigungen gegeben hat und zwar wurde hier angemerkt, keine Spur von gesundem Wettbewerb, immer bei Aufträgen betreffend die A22, sondern Vorzugsschiene für befreundete Unternehmer, Franca Penasa, die gewisse Vereinigungen und Initiativen unterstützt hätten. Unter diesen Voraussetzungen habe Ex-A22-Präsident Silvano Grisenti laut Trientner Oberlandesgericht Regie über die Vergabe von Aufträgen geführt. In der Urteilsbegründung heißt es, Grisenti habe den Unternehmern die von ihm gewünschte Marschrichtung zwar in ruhigem, besonnenem Ton, aber unmissverständlich aufgezwungen und das ist eine schwerwiegende Aussage. Vor allem aus Telefonabhörungen kristallisierte sich heraus, dass es sich hier um ein regelrechtes System gehandelt habe. Wie berichtet, hat das Trientner Oberlandesgericht den ehemaligen Trentiner Landesrat und Ex-Präsidenten der Brennerautobahngesellschaft im Oktober 2011 zu einer Haftstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt und verfügt, dass er fünf Jahre lang kein öffentliches Amt bekleiden darf. Damit war die Strafe in der Berufung erheblich verschärft worden. In erster Instanz waren es nur vier Monate gewesen, die in eine Geldstrafe von 4.560,00 Euro hätten umgewandelt werden können. Nun die Fragen dazu:

Seit wann ist Silvano Grisenti im Sekretariat des Regionalausschusses beschäftigt?

Stimmt es, dass für ihn ein neues Büro geschaffen wurde?

Welchen Aufgabenbereich hat er und was hat er bisher an Arbeit geleistet?

Welche Folgen hat das erwähnte Oberlandesgerichtsurteil – nicht Kassationsurteil - bezüglich seiner Anstellung bei der Region?

#### **INTERROGAZIONE N. 117 A RISPOSTA ORALE URGENTE AL PRESIDENTE DELLA GIUNTA REGIONALE**

Silvano Grisenti in servizio presso la Segreteria della Giunta regionale

La Corte d'appello di Trento ha recentemente condannato il geometra Silvano Grisenti ad un anno e mezzo di detenzione per truffa, corruzione e concussione.

Da quando il signor Silvano Grisenti lavora in Segreteria della Giunta regionale?  
Corrisponde al vero che per lui è stato creato un nuovo ufficio?

Quali sono le mansioni a lui attribuite e quali i risultati da lui finora raggiunti?

Quali ripercussioni avrà la citata sentenza della Corte d'appello sul suo impiego presso la Regione?

F.to: LA CONSIGLIERA REGIONALE  
dott.ssa Eva KLOTZ

**PRESIDENTE:** La parola al Presidente della Regione, Pacher.

**PACHER:** La parte più interessante, immagino, per la consigliera interrogante sarà l'ultima parte di questa risposta, che leggo come è stata preparata dagli uffici.

Il signor Silvano Grisenti lavora effettivamente presso la segreteria della Giunta regionale dal primo dicembre del 2008, giorno in cui ha ripreso servizio presso la Regione, con assegnazione a questa struttura, dopo un periodo di aspettativa ininterrotto dal 17 dicembre 1998 al 30 novembre 2008.

Non corrisponde al vero che per lui sia stato creato un nuovo ufficio, né alcuna nuova struttura o articolazione amministrativa di nessun tipo. Il signor Grisenti non è direttore d'ufficio, né tanto meno è dirigente ed ha ripreso servizio nella posizione economica e livello retributivo corrispondente a quello rivestito prima del periodo di aspettativa, senza percepire nessuna particolare indennità.

Nell'ambito della segreteria della Giunta regionale, al signor Grisenti sono stati affidati compiti relativi all'attività regionale in materia di aiuti umanitari.

Il dipendente non è né direttore, né dirigente e dunque più che ai risultati raggiunti è adeguato il riferimento alla valutazione annuale sul suo operato effettuato dal superiore gerarchico, valutazione che fino ad oggi è sempre stata positiva.

Al momento la sentenza della Corte d'Appello di Trento non può avere nessuna ripercussione sul rapporto di impiego del signor Grisenti presso la Regione, considerato che le sentenze penali divengono esecutive quando sono divenute irrevocabili. Quindi da quel momento o in caso di sentenza in Corte di cassazione o in caso di patteggiamento, per esempio, diventano irrevocabili e dunque da quel momento in poi possono scattare eventualmente anche azioni di tipo interno, amministrativo sul rapporto di lavoro.

**PRESIDENTE:** L'interrogante intende replicare? Prego.

**KLOTZ:** Sehr kurz und danke für die Auskunft. Wir werden dann erfahren, wahrscheinlich wissen Sie auch nicht wann es zum letzten gerichtlichen Urteilsspruch kommt. Jedenfalls warten wir alle sicher gespannt darauf, was die Kassation in diesem Fall aussprechen wird und wir hoffen auch, Kollegin Penasa, dass vielleicht auch damit etwas ins Rollen kommt und mehr Klarheit in all die Dinge betreffend die Verwaltung der A22 kommt, die jetzt im Moment so viele Fragen aufwirft. Das könnte ja sein, denn wenn hier – dieser Artikel stammt immerhin vom 23. Jänner 2012 – bereits von einem System die Rede ist, dann ist auch das nicht gerade beruhigend und vielleicht ist das ein wichtiger Anhaltspunkt oder ein wichtiger Moment, um größere Klarheit zu

schaffen, um vielleicht noch mehr ans Tageslicht zu fördern und damit ein für alle Mal dafür zu sorgen, dass alles transparent im Sinne der sauberen, ordentlichen Verwaltungsführung abläuft, um es einmal sehr vorsichtig zu formulieren.

Diesbezüglich werden wir jetzt noch gespannt sein, was herauskommt.

**PRESIDENTE:** Passiamo alla trattazione del punto n. 10 iscritto all'ordine del giorno: **Mozione n. 53, presentata dai Consiglieri regionali Paternoster, Penasa, Artioli, Savoi, Filippin, Casna e Civettini, affinché la Giunta regionale si faccia promotrice di iniziative legislative volte a incrementare la quota di posizioni lavorative a tempo parziale del personale dei Comuni, con una chiara e ragionevole definizione degli orari standard del part-time fra un minimo di quattordici ed un massimo di ventidue ore settimanali.**

Prego la consigliera Penasa di dare lettura della Mozione.

**PENASA:** Grazie, Presidente.

#### **MOZIONE N. 53/XIV**

##### Incentivo al part time nei comuni trentini

Premesso che,

in questa legislatura, sia a livello nazionale che regionale, sono stati compiuti grandi passi nel riconoscimento del ruolo e della figura della donna all'interno della politica e delle istituzioni, oltre che nell'ambito lavorativo, giungendo a stabilire criteri di tutela di genere nella composizione di organi, collegi, consessi;

Valutato che,

una delle più importanti misure a tutela della famiglia, oltre che principale conquista di un corretto equilibrio tra esigenze lavorative e ambito privato, è senz'altro il lavoro a tempo parziale, usufruito principalmente da operaie e impiegate;

Dato che

la riduzione dell'orario di lavoro dovrebbe consentire, alle lavoratrici principalmente, di accudire con maggiore attenzione e tranquillità la famiglia, sia essa rappresentata da figli, sia essa composta da congiunti affetti da patologie più o meno invalidanti;

Considerato che,

dovrebbe essere interesse della Regione, nel solco della filosofia che ha ispirato la normativa che impone misure di riguardo nei confronti del genere femminile, intraprendere iniziative finalizzate ad estendere più possibile, in ambito comunale, le unità di personale dipendente che possono accedere alla riduzione dell'orario di lavoro rispetto al tempo pieno, in quanto esse sarebbero produttive di un vero arricchimento morale della nostra società e delle nostre nuove generazioni;

Visto che,

una difficoltà spesso riscontrata riguarda anche la definizione dell'orario settimanale assegnato nel passaggio al "part-time" il quale oscilla con ampia variabile dalle 14 alle 30 ore settimanali, toccando il limite del tempo pieno,



senza garantire un corretto quantitativo di ore lavorative assegnate (che ragionevolmente dovrebbero aggirarsi attorno da un minimo di 14 ad un massimo di 22 ore settimanali).

Ciò premesso,

### **il Consiglio regionale impegna la Giunta regionale**

al fine di favorire la piena realizzazione dei lavoratori sia in ambito professionale sia in ambito familiare, a farsi promotrice di iniziative legislative o amministrative volte a incrementare la quota di posizioni lavorative a tempo parziale, soprattutto a favore delle donne, del personale dipendente dei comuni trentini, con chiara definizione degli orari standard del “part-time”, che garantiscano una reale agevolazione per il lavoratore.

F.to: I CONSIGLIERI REGIONALI  
Luca PATERNOSTER  
Franca PENASA  
Elena ARTIOLI  
Alessandro SAVOI  
Giuseppe FILIPPIN  
Mario CASNA  
Claudio CIVETTINI

Credo che questa Mozione, al di fuori di ogni ragionevole dubbio, ricalchi sostanzialmente il tema per il quale stamattina è stata approvata una Mozione che chiedeva qualche cosa al Governo, qui invece saremo in un ambito dove possiamo chiederlo a noi stessi.

**PRESIDENTE:** Sospendo la seduta per cinque minuti, per permettere alla Giunta di approfondire alcuni argomenti.

*(ore 16.45)*

*(ore 16.50)*

**PRESIDENTE:** La seduta riprende. La Giunta intende replicare? No.  
La parola alla consigliera Penasa per la replica.

**PENASA:** Se la Giunta accoglie la richiesta di impegno, è per ringraziare la Giunta per aver accolto la richiesta di impegno.

**PRESIDENTE:** Se non ci sono dichiarazioni di voto, pongo in votazione la Mozione n. 53.

Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 1 astensione e tutti gli altri favorevoli, la Mozione n. 53 è approvata.

Passiamo alla trattazione del punto n. 11 iscritto all'ordine del giorno:  
**Mozione n. 54, presentata dai Consiglieri regionali Dello Sbarba, Heiss e Bombarda, affinché la Regione dismetta immediatamente le proprie quote**

**di partecipazione nella società Air Alps, uscendo definitivamente dalla compagnia aerea.**

Prego il consigliere Dello Sbarda di dare lettura della Mozione.

**DELLO SBARBA:** Grazie, Presidente.

#### **MOZIONE N. 54/XIV**

La Regione deve uscire da Air Alps

La compagnia aerea Air Alps è da anni in crisi e non si è dimostrata in grado di garantire nemmeno il volo a lei assegnato tramite gara pubblica, quello Bolzano-Roma. Per questo la Provincia di Bolzano le ha negato recentemente la certificazione di affidabilità, chiedendole i danni per il recente periodo di interruzione dei voli da Bolzano.

La Regione ha una sua partecipazione nella società Air Alps, partecipazione il cui valore è ormai ridotto al minimo. A questo punto sarebbe un paradosso se la Regione continuasse a far parte di una società che viene sanzionata dalla Provincia di Bolzano per l'interruzione del servizio erogato. La Regione deve dunque al più presto prendere le distanze da questa società che non solo versa in cattive acque, ma si è dimostrata inadeguata a fornire quel servizio che le è stato affidato tramite gara pubblica.

Tutto ciò considerato,

#### **il Consiglio regionale impegna la Giunta regionale**

a dismettere immediatamente le proprie quote di partecipazione nella società Air Alps, uscendo definitivamente da questa compagnia aerea.

F.to: I CONSIGLIERI REGIONALI  
Riccardo DELLO SBARBA  
Hans HEISS  
Roberto BOMBARDA

Adesso la illustro. La Mozione è del febbraio 2012, quindi interveniva negli avvenimenti a caldo e gli avvenimenti erano che la compagnia Air Alps si era aggiudicata l'appalto del volo Bolzano-Roma, un volo dichiarato di interesse pubblico e per questo messo a gara. Dopo un po' di tempo di gestione di questo appalto, la compagnia Air Alps ha interrotto improvvisamente il servizio e per motivi non derivanti da responsabilità di altri, né della gestione dell'aeroporto, né altri enti territoriali e nel corso del tempo non è stata in grado di ripristinarlo.

Tanto è vero che adesso la situazione si è progressivamente aggravata, l'aeroporto di Bolzano è stato chiuso per mesi, proprio per responsabilità della società che non è riuscita a far fronte all'appalto che aveva vinto e adesso, a giorni, si dovrebbe sostituire un'altra società svizzera che gestirà il volo, non si sa per quanto.

Fatto sta che questa compagnia aerea, con sede a Innsbruck, non ha più nulla a che fare con il nostro aeroporto, è una compagnia che vola su altri aeroporti, ma con il nostro aeroporto non ha niente a che fare.

La compagnia ha avuto diverse vicende anche di partecipazione societaria, all'inizio era una compagnia totalmente austriaca, poi ad un certo punto è entrata una cordata di imprenditori sudtirolesi che hanno investito in

questa compagnia e a quel punto, dopo altro tempo, anche la Regione autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol ha investito in questa compagnia. In particolare l'investimento era di 1 milione e mezzo di euro nel 2005, cioè noi abbiamo investito 1 milione e mezzo di euro dei contribuenti nell'anno 2005 in questa compagnia, benché non ne avessimo ragione.

Voglio capire perché la Regione deve investire soldi in una compagnia aerea privata. La Regione nel 2005 ha investito 1 milione e mezzo di euro, la Provincia di Bolzano 4,5 milioni di euro, ma questo riguarda la Provincia di Bolzano, questa società ha avuto diversi stati di crisi ed ha dovuto più volte ricapitalizzare, fatto sta che secondo la risposta dell'allora Presidente della Regione Dellai, la situazione un anno fa era che a fronte di un milione e mezzo di euro investiti, attualmente il valore della partecipazione corrisponde a 56 mila 527 euro, che rappresentano l'1,88% del capitale sociale, non è che non rappresentano niente, rappresentano l'1,88% del capitale sociale.

Quindi noi abbiamo questa quota in una società aerea privata, che non ha niente a che fare ormai con l'aeroporto, anzi verso la quale credo che la Provincia di Bolzano abbia ancora in atto un contenzioso, perché chi vince un appalto e poi non presta il servizio per cui si è impegnato, è chiaro che crea un danno e il danno l'ha creato, che va quantificato e va risarcito. Quindi credo che la Provincia di Bolzano sia ancora in contenzioso con la compagnia aerea Air Alps.

Noi come Regione abbiamo perso 1.443.473 euro in questa compagnia, denaro dei contribuenti. La Provincia di Bolzano ha messo 4 milioni e mezzo che valgono adesso un euro e quindi ci ha perso tutto il resto. In totale tra Regione e Provincia noi abbiamo investito 6 milioni di euro e ne abbiamo persi 5 milioni 900 mila e spiccioli.

Quando c'è stata la crisi della compagnia aerea Air Alps, tra fine 2010 e inizio 2011, è successo che i privati che erano entrati sono scappati tutti ed hanno venduto a Welcome le loro quote. Quindi i privati hanno messo in salvo i loro denari, visto che la compagnia aerea andava male, si intuiva che la situazione poteva peggiorare e nel momento della ristrutturazione di questa compagnia, perché lo stato di crisi era stato proclamato e perché in Austria quando si proclama lo stato di crisi si apre una procedura gestita dalle istituzioni pubbliche, in cui si fa una trattativa con il soggetto in crisi, soprattutto se questa è una compagnia aerea e quindi detiene anche diritti di volo, oppure può perdere diritti di volo perché non è più in grado di garantire il volo, in quel momento, quando si è aperta la procedura di crisi, i privati hanno venduto tutti le quote. Gli unici che sono rimasti dentro sono la Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol e la Provincia autonoma di Bolzano. Queste non hanno pensato di portare al riparo i propri investimenti, ma li hanno lasciati lì e lasciandoli lì hanno subito poi le perdite, perché il capitale è stato bruciato dalla crisi, è servito per coprire i deficit e quindi il valore della quota via, via si è ridotto.

Ripeto, attualmente abbiamo una quota dell'1,88% in questa compagnia aerea, ci abbiamo investito 1 milione e mezzo e questa quota adesso vale 56 mila euro. Quindi abbiamo perso 1 milione e 443 mila euro.

Domando: che cosa fa la Regione dentro questa compagnia aerea con l'1,88% del capitale? Che non è zero, è l'1,88% del capitale!

Questo non me lo sono chiesto da solo, l'ho chiesto l'anno scorso al Presidente Dellai e il Presidente Dellai, con una serie di eufemismi, mi ha risposto che le difficoltà che vedono coinvolta la compagnia aerea vanno

ricondotte principalmente a fattori congiunturali esterni, come l'alto costo del denaro, lo stato di crisi del settore del mercato, la spirale eccessiva che avvolge l'economia di molti Paesi europei. Praticamente ha assolto questa compagnia aerea che aveva interrotto addirittura il proprio appalto. Attenzione, un appalto che la Provincia di Bolzano sosteneva con 1 milione di euro l'anno, era un appalto sovvenzionato pubblicamente. Noi pagavamo questa compagnia aerea per garantire questo servizio.

Quindi il Presidente allora assolveva un po' le responsabilità di questa compagnia, sebbene la Provincia di Bolzano fosse già in vertenza contro questa compagnia e poi non spiegava perché non si uscisse. Perché si deve uscire? Credo che si debba uscire per due motivi: uno etico-morale e uno economico.

Il motivo etico-morale è che già la partecipazione di una istituzione pubblica come la Regione o la Provincia di Bolzano nel pacchetto azionario è totalmente infondato. La Corte dei Conti nel 2009 dette un giudizio molto severo di questa partecipazione, disse che questa partecipazione era contraria alla legge provinciale sui servizi pubblici locali, che dice che l'istituzione pubblica – in questo caso la Provincia, ma credo valga anche per la Regione, perché sono principi generali – può partecipare solo a imprese che forniscono beni essenziali e il bene essenziale non sono gli aerei della compagnia, è il volo e il volo viene appaltato. Quindi non è che la Provincia o la Regione devono stare dentro la compagnia che garantisce quel volo, perché oggi lo garantisce e domani non lo garantisce più e di fatto non lo garantisce più.

Allora la Corte dei Conti disse che questa partecipazione era contraria alla legge provinciale sui servizi pubblici locali e diede un ultimatum per uscire, ultimatum che poi non è stato rispettato dalla Provincia, la Regione non era coinvolta da questo giudizio della Corte dei Conti, ma indirettamente è trasferibile questo giudizio.

Quindi noi stiamo in una compagnia aerea senza che ci sia un adeguato senso anche giuridico di questa presenza e rimaniamo una compagnia aerea contro cui una delle istituzioni del territorio, la Provincia autonoma di Bolzano, ha aperto una vertenza per risarcimento danni per avere una compagnia aerea infranto il rapporto di fiducia che c'è tra un appaltatore e un appaltante, che è uno che vince un appalto, è una compagnia aerea che ha danneggiato il territorio della provincia di Bolzano e indirettamente l'intero territorio regionale ed è una compagnia aerea che oggi non ha niente a che vedere con il nostro territorio.

Quindi non credo che questa partecipazione sia giustificata e sia giustificata anche politicamente, non capisco perché noi rimaniamo. Noi dobbiamo uscire anche per metterci al riparo da ulteriori danni. A parte che, secondo me, quando si va davvero al confronto sui danni che la compagnia ha provocato, la compagnia può argomentare: sì però sono una compagnia dentro cui la stessa Provincia che mi apre la vertenza è partecipe. Quindi c'è una corresponsabilizzazione, non c'è una separazione dei ruoli, mentre a mio parere in questo momento è assolutamente necessario separare i ruoli.

Noi siamo enti danneggiati da questa compagnia aerea, ma con una Regione che è presente all'1,88% del capitale, una compagnia che si è dimostrata in profonda crisi e forse qualcosa di più, rimanendo nel pacchetto azionario di questa compagnia rischiamo di pagare, direttamente o indirettamente, i costi di questa crisi.

Per cui credo che dal punto di vista finanziario, per l'interesse economico che la Regione ha, ma anche soprattutto per una questione etica e politica, non riusciamo a spiegare ai nostri cittadini che cosa ci facciamo dentro questa società, non riusciamo a spiegarlo, se non come un puntiglio preso, se non come la volontà di non ammettere che questa è stata un'avventura azzardata e totalmente fallimentare. Quando si fa un'avventura che non va bene, bisogna liberarsene prima possibile, perché altrimenti si resta prigionieri di una situazione che potrebbe anche peggiorare.

Per questo chiedo ai colleghi, sia di maggioranza che di opposizione, di votare questa Mozione che chiede alla Regione di uscire al più presto dalla società Air Alps.

**PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ  
ASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER**

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Bitte, Abg. Klotz.

**KLOTZ:** Das ist nun wieder eine Angelegenheit, die direkt den Regionalrat betrifft, also ein Beschlussantrag und nicht ein Begehrensantrag, mit dem man Aufgaben nach Rom schiebt, sondern das sind Aufgaben, die hier zu erledigen sind, solange eben der Regionalrat dafür zuständig ist bzw. die Region Gelder in diese Fluggesellschaft investiert hat. Zum einen also, um wie viel handelt es sich jährlich? Was sind konkret die Zahlen? Und dann selbstverständlich nach der langen Geschichte und all dem, was inzwischen bekannt geworden ist, was wir ja wissen, eigentlich schon der Vergangenheit angehört, denn Air-Alps gehört der Vergangenheit an, ist es eigentlich gar nicht mehr zu verstehen, dass die Region immer noch Gelder dort investiert bzw. eben dort Beteiligungen hat. Das scheint doch ein Erfordernis der guten Verwaltungsführung und ein Prinzip des verantwortungsbewussten Umgangs mit den Steuergeldern.

Aus diesem Grund scheint es mit ganz klar notwendig zu sein und auch eine Frage der guten Verwaltungsführung, aus einem Konkursbetrieb auszusteigen und es handelt sich ja um einen Konkursbetrieb, soweit ich weiß. Ich weiß nicht, ob es die Air-Alps überhaupt noch gibt, das werden wir ja hören oder in welchem Rahmen sie überhaupt noch tätig ist. Das ist nach all diesen Ereignissen wirklich eine Frage der Logik und des sofortigen Handelns.

**PRÄSIDENTIN:** Bitte, Assessor Bizzo.

**BIZZO:** Grazie, signora Presidente. Gentili colleghe e colleghi, è chiaro che l'attuale quadro generale evidenzia che la partecipazione della Regione all'interno di Air Alps non può più essere considerata una partecipazione di tipo strategico, non avendo Air Alps ora più alcun ruolo all'interno dell'aeroporto bolzanino e non esercitando più alcuna attività di trasporto da e per l'aeroporto bolzanino stesso.

Per quanto riguarda i giudizi politici che ha espresso il collega Dello Sbarba, ne prendo atto come dei giudizi politici e quindi dei giudizi di parte. Per quanto mi riguarda, il giudizio politico di chi ha operato nell'aeroporto di Bolzano sino al momento della chiusura è più che soddisfacente. Ritrovo peraltro abbastanza semplicistico dare dei giudizi sul risultato economico di un'attività di

pubblico trasporto, soltanto sul valore puntuale degli incassi dei biglietti, eccetera, ma questo è un altro discorso.

Per quanto riguarda la partecipazione di Air Alps all'interno di Air Alps, attualmente non avrebbe alcun motivo di essere proseguita, dato che non ha più alcun valore strategico, ma il valore di 1,88% delle quote, che dal punto di vista nominale avrebbero avuto un valore di 56.000 euro, oggi è di poco meno di 2 euro, avendo Air Alps chiuso l'ultimo bilancio con un buco di 10 milioni.

Pertanto non è sicuramente questo il momento di vendere la nostra partecipazione dell'1,88% per un prezzo che eventualmente sarebbe approssimativamente attorno ad un valore di 2 euro.

Detto questo, è necessario aspettare che si chiuda la valutazione complessiva della vicenda economico-finanziaria attorno ad Air Alps e soprattutto anche nel momento in cui decideremo di uscire da Air Alps dovrà essere necessario attivare una procedura di evidenza pubblica per la valutazione del prezzo delle quote e procedura di evidenza pubblica per la dismissione delle stesse.

Ripeto, quello che è evidente è che da punto di vista economico e finanziario, se c'è un momento sbagliato per vendere la compartecipazione in Air Alps è proprio questo.

**PRÄSIDENTIN:** Danke! Gibt es Stimmabgabeerklärungen? Ich sehe keine. Wir stimmen jetzt ab...

...bitte, Abg. Dello Sbarba.

**DELLO SBARBA:** Brevissimamente, non è una partecipazione strategica, questo mi sembra evidente, il problema assessore è che non è una partecipazione spiegabile, non è fondata, non è ragionevole, non è razionale. Il suo stesso discorso, cioè che non è il momento di vendere, è stato fatto un anno fa, due anni fa, tre anni fa, cioè quando valevano 56 mila euro, quando valevano mezzo milione, quando valevano 700 mila, eccetera.

Non credo che una cosa del genere, in una società del genere, in un'avventura del genere possa essere valutata solo dal punto di vista finanziario. Cioè la Regione non è che gioca in borsa in Air Alps, gioca a fare le scommesse sul pacchetto azionario di Air Alps, anche perché con un buco di 10 milioni di euro e con un valore della nostra quota di 2 euro, non credo che noi possiamo pensare che questo buco dovrà essere ricoperto con nuove capitalizzazioni, eccetera e quindi la quota alla fine non avrà nessun valore.

Credo che ci sia da prendere una decisione di chiudere questa storia, tanto è vero che lei Presidente Durnwalder, come rappresentante legale della Provincia, è in causa ancora con Air Alps, cioè per i danni che ci ha fatto interrompendo il servizio... sì, ho capito, con calma, lo so Presidente. Il Presidente ha detto che bisogna farlo con calma, ho capito.

Allora se approvate questa Mozione vi propongo un compromesso, togliamo la parola "immediatamente" nel dispositivo. Presidente, se lei è d'accordo che in prospettiva bisogna uscire, allora riformuliamo il dispositivo della Mozione così: *a dismettere le proprie quote di partecipazione nella società Air Alps, uscendo definitivamente da questa compagnia aerea.*

Presidente, ieri ero all'assemblea dei Verdi del Tirolo, che hanno approvato il programma che era di 53 pagine e c'erano tanti punti dove c'era

scritto “valutare”, ma i Verdi del Tirolo hanno due ministri dentro la Giunta, in base a questo programma dove c’è scritto “valutare”.

Qui se scrivo “valutare” e basta e poi gestite voi la valutazione, cioè il problema è... come?

Presidente, visto che c’è la possibilità forse di trovare una soluzione, può interrompere la seduta cinque minuti che magari ne parliamo? Io la risolverei subito, Presidente, se mi concede cinque minuti.

**PRÄSIDENTIN:** Dann unterbrechen wir die Sitzung für fünf Minuten.

*(ore 17.18)*

*(ore 17.21)*

**PRÄSIDENTIN:** Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Bitte, Abg. Dello Sbarba.

**DELLO SBARBA:** Grazie. Questa è una discussione che si è trascinata per lungo tempo, a me interessava intanto affermare la volontà, che mi è parso di cogliere anche nelle risposte della Giunta, dell’uscita da questa compagnia aerea. Capisco che ci sono problemi di valutare il momento in cui si deve uscire, ma l’importante è che si affermi il fatto che c’è una decisione di principio e che è l’uscita da questa compagnia aerea.

Allora la riformulazione del dispositivo della Mozione è:

“Tutto ciò considerato,

il Consiglio regionale impegna la Giunta regionale

a dismettere nel momento più opportuno le proprie quote di partecipazione nella società Air Alps, uscendo definitivamente da questa compagnia aerea.”

**PRÄSIDENTIN:** Gut! Wir verlesen es auf Deutsch: „...seine Beteiligungsquote in der Gesellschaft Air Alps im günstigsten Moment aufzulösen und aus dieser Fluggesellschaft definitiv auszusteigen“.

Dann stimmen wir über den so geänderten Text ab. Wer ist dafür? Favorevoli? Wer ist dagegen? Contrari? Wer enthält sich der Stimme? Astenuti?

Bei 1 Enthaltung und den restlichen Stimmen dafür ist der Beschlussantrag genehmigt.

Nachdem einige Kollegen gesagt hatten, dass sie weggehen müssten, weil sie eine Verpflichtung hätten, würde ich vorschlagen, die Sitzung jetzt zu schließen. Ich sehe, dass das in Ordnung geht.

Dann wünsche ich allen einen schönen Abend. La seduta è chiusa.

*(ore 17.24)*

<b>INDICE</b>	<b>INHALTSANGABE</b>
<p><b>MOZIONE N. 45</b>, presentata dai Consiglieri regionali Egger, Leitner, Mair, Tinkhauser, Stocker Sigmar, Heiss, Dello Sbarba e Bombarda, per impegnare la Giunta regionale ad adoperarsi con ogni mezzo possibile contro il potenziamento ed ampliamento del parcheggio per TIR progettato dall'A22 sull'area dell'ex Sadobre nella Alta Val d'Isarco - <b>continuazione</b></p> <p style="text-align: right;">pag. 3</p>	<p><b>BESCHLUSSANTRAG NR. 45</b>, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Egger, Leitner, Mair, Tinkhauser, Stocker Sigmar, Heiss, Dello Sbarba und Bombarda, mit dem die Regionalregierung verpflichtet werden soll, sich mit allen Mitteln gegen die von der Brennerautobahn AG geplante Modernisierung und Erweiterung des LKW-Parkplatzes im Sadobre-Areal im Südtiroler Wipptal einzusetzen – <b>Fortsetzung</b></p> <p style="text-align: right;">Seite 3</p>
<p><b>MOZIONE N. 67</b>, presentata dai Consiglieri regionali Penasa, Savoi, Artioli, Paternoster e Civettini, per impegnare la Giunta regionale a riattivarsi affinché l'assegno previsto dalla legge regionale 21 luglio 1991, n. 13 sia erogato anche ai combattenti e reduci che hanno oltrepassato gli ottantaquattro anni che di fatto non beneficiano più di tale integrazione</p> <p style="text-align: right;">pag. 14</p>	<p><b>BESCHLUSSANTRAG NR. 67</b>, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Penasa, Savoi, Artioli, Paternoster und Civettini, mit dem der Regionalausschuss verpflichtet werden soll, die im Regionalgesetz Nr. 13 vom 21. Juli 1991 vorgesehene Zuwendung auch den Frontkämpfern und Heimkehrern auszahlend, welche das 84. Lebensjahr überschritten haben und derzeit nicht mehr in den Genuss der genannten Ergänzung kommen</p> <p style="text-align: right;">Seite 14</p>
<p><b>VOTO N. 16</b>, presentato dai Consiglieri regionali Dominici, Ottobre, Cogo, Ferrari e Zanon, per sollecitare il Governo, affinché venga presentato un decreto-legge per il riconoscimento di almeno due anni di copertura previdenziale figurativa per ogni figlio, di compensazione per il lavoro di educazione e di cura svolto e per aver abbandonato il proprio posto di lavoro</p> <p style="text-align: right;">pag. 22</p>	<p><b>BEGEHRENSANTRAG NR. 16</b>, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Dominici, Ottobre, Cogo, Ferrari und Zanon, um die Regierung aufzufordern, ein Gesetzesdekret zur Anerkennung der Kindererziehungs- und Pflegezeiten im Ausmaß von mindestens 2 Jahren für jedes Kind als Entschädigung für die von den Frauen geleistete Erziehungs- und Pflegetätigkeit und ihren Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit zu erlassen</p> <p style="text-align: right;">Seite 22</p>



<p><b>VOTO N. 17</b>, presentato dai Consiglieri regionali Heiss, Dello Sbarba, Bombarda, Pichler (Rolle) e Laimer, per sollecitare il Governo e il Parlamento, affinché si oppongano con tutti i mezzi politici e giuridici alla decisione della Slovenia di prorogare fino al 2043 la durata di esercizio della centrale nucleare di Krško</p> <p style="text-align: right;">pag. 38</p>	<p><b>BEGEHRENSANTRAG NR. 17</b>, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Heiss, Dello Sbarba, Bombarda, Pichler (Rolle) und Laimer, um die Regierung und das Parlament aufzufordern, sich mit all den ihnen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln gegen die Entscheidung Sloweniens zur Laufzeitverlängerung und Erweiterung des Atomkraftwerkes in Krško auszusprechen</p> <p style="text-align: right;">Seite 38</p>
<p><b>VOTO N. 18</b>, presentato dai Consiglieri regionali Schuler, Depaoli, Pichler (Rolle), Anderle e Noggler, per sollecitare il Parlamento ad adottare i provvedimenti normativi del caso o ad incaricare il Governo, affinché sia modificato l'articolo 117 del Codice della Strada, stabilendo che, nel primo anno dopo il conseguimento della patente di guida, ai neopatentati sia permesso di guidare gli autoveicoli che superano un determinato rapporto potenza/peso, solo nel caso in cui abbiano a fianco una persona con esperienza di guida almeno decennale</p> <p style="text-align: right;">pag. 48</p>	<p><b>BEGEHRENSANTRAG NR. 18</b>, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Schuler, Depaoli, Pichler (Rolle), Anderle und Noggler, um das Parlament aufzufordern, entsprechende gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen bzw. die Regierung damit zu beauftragen, den Artikel 117 der Straßenverkehrsordnung dahingehend abzuändern, dass Führerscheineulinge im ersten Jahr ab Erhalt der Fahrerlaubnis Fahrzeuge, welche das bestimmte Kraft-/Gewichtsverhältnis überschreiten, nur dann lenken dürfen, wenn ihre Fahrt von einer Person mit mindestens zehnjähriger Fahrpraxis begleitet bzw. kontrolliert wird</p> <p style="text-align: right;">Seite 48</p>
<p><b>MOZIONE N. 50</b>, presentata dai Consiglieri regionali Morandini, Borga, Viola, Delladio e Leonardi, affinché il Presidente del Consiglio regionale e l'Ufficio di Presidenza si adoperino, unitamente al Presidente della Regione, presso le competenti Istituzioni nazionali, Capo dello Stato e Presidente del Consiglio dei Ministri, affinché possa essere chiesta alle Autorità statunitensi una revisione del processo che ha condannato all'ergastolo Chico Forti</p> <p style="text-align: right;">pag. 53</p>	<p><b>BESCHLUSSANTRAG NR. 50</b>, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Morandini, Borga, Viola, Delladio und Leonardi, damit die Präsidentin des Regionalrates und das Präsidium zusammen mit dem Präsidenten der Region bei den zuständigen Stellen auf gesamtstaatlicher Ebene - beim Staatspräsidenten und dem Präsidenten des Ministerrates - erneut mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, auf dass die amerikanischen Behörden Chico Forti die Wiederaufnahme des Prozesses zugestehen, im Rahmen dessen er von einem Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden ist</p> <p style="text-align: right;">Seite 53</p>

<p><b>INTERROGAZIONE N. 117 A RISPOSTA ORALE</b>, presentata dalla Consigliera regionale Klotz, per sapere se il geom. Silvano Grisenti, condannato con sentenza della Corte d'Appello di Trento ad un anno e mezzo di detenzione per truffa, corruzione e concussione, lavora nella Segreteria della Giunta regionale, se gli è stato creato un nuovo ufficio, quali sono le mansioni al lui attribuite e i risultati finora raggiunti e quali ripercussioni avrà la citata sentenza sul suo impiego presso la Regione</p> <p style="text-align: right;">pag. 60</p>	<p><b>ANFRAGE NR. 117 MIT DER BITTE UM MÜNDLICHE ANTWORT</b>, eingebracht von der Regionalratsabgeordneten Eva Klotz, um in Erfahrung zu bringen, ob Geom. Silvano Grisenti, der jüngst vom Oberlandesgericht von Trient zu einer Haftstrafe von eineinhalb Jahren wegen Betrug, Bestechung und versuchter Erpressung verurteilt worden ist, im Sekretariat des Regionalausschusses beschäftigt ist, ob für ihn ein neues Büro geschaffen wurde, welchen Aufgabenbereich er hat, was er bislang an Arbeit geleistet hat und welche Folgen das erwähnte Urteil für seine Anstellung bei der Region hat</p> <p style="text-align: right;">Seite 60</p>
<p><b>MOZIONE N. 53</b>, presentata dai Consiglieri regionali Paternoster, Penasa, Artioli, Savoï, Filippin, Casna e Civettini, affinché la Giunta regionale si faccia promotrice di iniziative legislative volte a incrementare la quota di posizioni lavorative a tempo parziale del personale dei Comuni, con una chiara e ragionevole definizione degli orari standard del part-time fra un minimo di quattordici ed un massimo di ventidue ore settimanali</p> <p style="text-align: right;">pag. 63</p>	<p><b>BESCHLUSSANTRAG NR. 53</b>, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Paternoster, Penasa, Artioli, Savoï, Filippin, Casna und Civettini, auf dass die Regionalregierung Gesetzesinitiativen für die Erhöhung der Teilzeitarbeit der Gemeindebediensteten ergreife, wobei die im Rahmen des Teilzeitarbeitsverhältnisses zu leistende Stundenanzahl genau bestimmt und innerhalb des Bereichs von mindestens 14 und höchstens 22 Wochenarbeitsstunden festgesetzt werden soll</p> <p style="text-align: right;">Seite 63</p>
<p><b>MOZIONE N. 54</b>, presentata dai Consiglieri regionali Dello Sbarba, Heiss e Bombarda, affinché la Regione dismetta immediatamente le proprie quote di partecipazione nella società Air Alps, uscendo definitivamente dalla compagnia aerea</p> <p style="text-align: right;">pag. 64</p>	<p><b>BESCHLUSSANTRAG NR. 54</b>, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Dello Sbarba, Heiss und Bombarda, auf dass die Region ihre Beteiligungsquote in der Gesellschaft Air Alps unverzüglich auflöse und aus dieser Fluggesellschaft definitiv aussteige</p> <p style="text-align: right;">Seite 64</p>
<p><b>INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE</b></p> <p style="text-align: right;">pag. 71</p>	<p><b>ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN</b></p> <p style="text-align: right;">Seite 71</p>

<b>INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI VERZEICHNIS DER REDNER</b>
--

<b>DURNWALDER Alois</b> (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	pag.	3
<b>EGGER Thomas</b> (DIE FREIHEITLICHEN)	"	4
<b>ECCHER Claudio</b> (CIVICA PER DIVINA PRESIDENTE)	"	5-13-47
<b>HEISS Hans</b> (VERDI-GRÜNE-VĚRC)	"	6-38-40-43
<b>KLOTZ Eva</b> (SÜD-TIROLER FREIHEIT)	"	7-26-47-56-61-62-68
<b>PÖDER Andreas</b> (MISTO)	"	8
<b>CIVETTINI Claudio</b> (LEGA NORD)	"	8-20-32-42-43-51-55
<b>LEITNER Pius</b> (DIE FREIHEITLICHEN)	"	10-41
<b>URZÌ Alessandro</b> (MISTO)	"	11
<b>PENASA Franca</b> (TEAM AUTONOMIE)	"	12-14-19-25-33-45-63-64
<b>MORANDINI Pino</b> (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENTINO)	"	17-19-23-35-53-59
<b>STOCKER Martha</b> (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	17-19-28
<b>CASNA Mario</b> (LEGA NORD)	"	21-24-37-42-52
<b>BAUMGARTNER Walter</b> (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	21

<b>DOMINICI Caterina</b> (P.A.T.T. PARTITO AUTONOMISTA TRENINO TIROLESE)	"	22-30
<b>COGO Margherita</b> (PARTITO DEMOCRATICO DEL TRENINO-ALTO ADIGE/SÜDTIROL)	"	27
<b>HOCHGRUBER KUENZER Maria Magdalena</b> (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	28
<b>FILIPPIN Giuseppe</b> (MISTO)	"	31-45
<b>FERRARI Sara</b> (PARTITO DEMOCRATICO DEL TRENINO-ALTO ADIGE/SÜDTIROL)	"	34
<b>PACHER Alberto</b> (PARTITO DEMOCRATICO DEL TRENINO-ALTO ADIGE/SÜDTIROL)	"	42-62
<b>SCHULER Arnold</b> (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	48
<b>KNOLL Sven</b> (SÜD-TIROLER FREIHEIT)	"	52-60
<b>SEMBENOTTI Marco</b> (CIVICA PER DIVINA PRESIDENTE)	"	57
<b>VEZZALI Maurizio</b> (MISTO)	"	59
<b>DELLO SBARBA Riccardo</b> (VERDI-GRÜNE-VÉRC)	"	65-69-70
<b>BIZZO Roberto</b> (PARTITO DEMOCRATICO DEL TRENINO-ALTO ADIGE/SÜDTIROL)	"	68